„Freiheit und Brot!"

229. Ausgabe · 37. Jahrgang

München, Freitag, 9. November 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27 4 60, 23 6 95. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20 6 47. Postscheckkonto: Franz Eher Nachf. G. m. b. H., München 11 3 46

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 8 000 000 000, ausw. M. 10 000 000 000. Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr.

Für Freiheit und Brot!

Ein Mahnruf von Ludendorff

Gott will es!

Betrachtung über den gegenwärtigen Zustand Deutschlands.

Von Houston Stewart Chamberlain.

Stockenden Atems, Brust und Herz beklommen: so stehen wir da und harren der kommenden Ereignisse; denn ein jeder fühlt mit mehr oder weniger Deutlichkeit, daß wir an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt angelangt sind. Alle, denen der Star gestochen wurde, erblicken den Satan leibhaftig gegenwärtig unter uns, und manchen ist zumute, als verspürten sie den Hauch Gottes. Wir entnehmen daraus die Überzeugung, daß es diesmal nicht bloß um menschliche, sondern um göttliche Dinge geht.

Und in der Tat, es geht um das Dasein des Deutschtums, des Deutschgedankens! Dies aber ist der heiligste Gedanke Gottes, der bisher auf Erden Gestalt gewann. Das mag demjenigen eine chauvinistische Übertreibung erscheinen, dessen Blick, umdüstert von der Gegenwart, mit Entsetzen soviel Niedertracht, Feigheit, frevelhaften Leichtsinn unter deutschem Namen die Welt erfüllen sieht. Doch bleibt es ewig wahr, daß ein ganz reiner deutscher Mann — sagen wir ein Schiller — die Krone der bisherigen Schöpfung ist. Und so ein Mensch hervorragendster Art läßt sich gar nicht vereinzelt denken, er entsprießt einer Gemeinsamkeit, wird von ihr getragen, gebildet und genährt, er lebt in Wechselwirkung mit ihr, findet seinen Resonanzboden in ihr. So vielfältig ist der große Mann bedingt durch seine Umgebung. Das Leben eines Schillers zeugt für das Dasein von Millionen von Menschen, die in größerem oder geringerem Grade an den Eigenschaften teilhaben, die wir in Schillers Wesen als besonders deutsch anerkennen müssen.

Welches glänzende Zeugnis deutschen Mannestums — noch unter der täuschenden Oberfläche lebendig — gab nicht der Kriegsausbruch 1914! Es herrschte damals eine Ebbe des bewußt Deutschen; Juda und der Mammonismus waren auf der ganzen Linie schon seit Jahren Trumpf; und wie verschwanden alle diese Schattengestalten im Nu! Zwar tauchten sie nur zu bald wieder auf. Doch inzwischen trotzten die Besten vier Jahre lang an allen Grenzen zugleich, und verwehrten dem übermächtigen Feinde an irgendeiner Stelle Fuß zu fassen.

Freilich entbehren wir jetzt schmerzlich in unserem Kampf gegen „das andere Deutschland" drei Millionen der besten Deutschen; doch inzwischen wächst eine neue Jugend heran, die ihrer Väter würdig zu werden verspricht. Fände sich der Mann, dessen Herz im Einklang mit dem ihrigen schlüge — der geborene Führer —, so wäre mir nicht bange um die Zukunft des Deutschtums.

Und raunt man nicht allerorten, daß der Mann erschienen ist und unter uns auf seine Stunde harrt?

Brüder auf! Die Welt zu befreien!
Kometen winken, die Stund' ist groß.
Alle Gewebe der Tyranneien
Haut entzwei und reißt euch los!
Hinan! — Vorwärts — hinan!
Und das Werk, es werde getan!
So erschallt nun Gottes Stimme,
Denn des Volkes Stimme sie erschallt,
Und entflammt von heiligem Grimme,
Folgt des Blitzes Allgewalt.
Hinan! — Vorwärts — hinan!
Und das große Werk wird getan.

Bayreuth, 6. Nov. 1923.

Berlin bläht sich auf

Berlin, 8. Nov. Gegenüber wiederholten Behauptungen in Blättern verschiedener Parteirichtungen, daß die Reichsregierung von den ihr durch das Ermächtigungsgesetz gegebenen Möglichkeiten zu einem einschneidenden Eingreifen auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet kaum oder doch nur ungenügend Gebrauch machte, wird nachstehend festgestellt, was in dieser Hinsicht, beginnend am 13. Oktober, tatsächlich geschehen ist. Danach handelt es sich um nicht weniger als 16 finanzielle, 15 wirtschaftliche und 9 soziale Verordnungen, die im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden sind, ein Resultat, das nur durch größte Anspannung aller beteiligten Ressorts erzielt werden konnte. **Auf finanziellem Gebiet** sind folgende Verordnungen ergangen: Am 15. Oktober Errichtung der Deutschen Rentenbank. Am 15. Oktober Änderung der Reichsschuldenordnung. Am 17. Oktober Änderung der Ermäßigungen nach § 6 und 4, Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes. Am 18. Oktober Steueraufwertung, Vereinfachung im Besteuerungsverfahren. Am 20. Oktober Flüssigmachung von Mitteln im Wege einer Anleihe. Ausgabe von Schatzanweisungen. Am 24. Oktober Erweiterung des Abgeltungsverfahrens für Ansprüche gegen das Reich. Am 24. Oktober Einschränkung von Entschädigungszahlungen, Gehalts- und Lohnzahlungen außerhalb des Reichsentlastungsgesetzes. Am 24. Oktober Änderung der Ermäßigungen nach § 46, Abs. 2, des Einkommensteuergesetzes. Am 26. Oktober Abänderung des **Weinsteuergesetzes**. Am 27. Oktober Herabminderung der Personalausgaben des Reiches. Am 28. Oktober Abänderung des Reichsentlastungsgesetzes und des Liquidationsschädengesetzes, der Gewaltschädengesetze in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Juli. Am 26. Oktober Änderung des Gesetzes über die Ausgabe und Einlösung von Notgeld. Am 30. Oktober Änderung des Tabaksteuergesetzes. Am 30. Oktober Abfindung von Versorgungsanwärtern.

Auf wirtschaftlichem Gebiete sind folgende Verordnungen ergangen: Am 13. Oktober Betriebsstillegung und Arbeitsstreckung. Am 13. Oktober Ergänzung des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24. Am 15. Oktober Betriebsstillegungen und Arbeitsstreckungen. Am 18. Oktober Kohlenwirtschaft. Am 22. Oktober Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln in Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurse. Am 22. Oktober Sicherstellung des Warenumlaufes. Am 23. Oktober Vereinfachungen im Post- und Postscheckverkehr. Am 23. Oktober Ergänzung des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24. Am 24. Oktober Berechnung des Preises bei Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas und Leitungswasser. Am 26. Oktober Abänderung des Bankgesetzes vom 14. März 1875. Am 29. Oktober Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen. Am 29. Oktober Patentamtliche Gebühren. Am 2. November Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung. Am 2. November Verfahren vor dem Kartellgericht auf Grund der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen. Am 2. November Änderung des Pressenotgesetzes.

Auf sozialem Gebiet: Am 13. Oktober Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge. Am 15. Oktober Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge. Am 29. Oktober Verlängerung der Geltungsdauer zweier Demobilmachungsverordnungen. Am 30. Oktober Schlichtungswesen. Am 30. Oktober Ärzte und Krankenkassen. Am 30. Oktober Vereinfachung in der Sozialversicherung. Am 30. Oktober Krankenhilfe bei Krankenkassen. Am 30. Oktober Versicherungsträger in der Unfallversicherung. Am 30. Oktober Abänderung des Arbeitsnachweisgesetzes.

*

Wir haben der ganzen Liste mit der Absicht Raum gegeben, um damit zu zeigen, wie wenig doch das, was sich in Berlin „Reichsregierung" nennt, Gefühl dafür hat, wie sehr sie sich durch diese Veröffentlichungen lächerlich macht, schon weil die praktischen Erfolge dieser Verordnungen gleich Null sind. Was ist denn bis jetzt besser geworden? Die Not steigt von Tag zu Tag, und mit ihr die Verzweiflung. An ihren Früchten wollen wir die Regierung erkennen; bisher hat sie nur Papier produziert, d. h. papierene Verordnungen und Papiergeld. Das Volk will Taten sehen, die den Willen zeigen, wirklich dem unheimlichen Saustall ein Ende zu machen. Daß das die Regierung Stresemann nicht fertig bringt, diese Erkenntnis wird in den breiten Volksmassen, trotz der ins Endlose gesteigerten, sich selbst widersprechenden Verordnungen nicht mehr aufzuhalten sein. Man muß schon ein Idiot sein, um zu glauben, daß mit papierenen Erlassen auch nur eine tiefgehende Änderung unserer Jammerlage geschaffen werden kann, solange man gleichzeitig den Versailler „Friedens"-Vertrag anerkennt, weiter erfüllt und dem Marxismus in politischer, wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht den breitesten Spielraum gewährt und weiter wirken läßt. Die ganze Frage der Gesundung unseres Volkes und unserer Wirtschaft ist nur noch eine politische Machtfrage. Und erst, wenn diese gelöst ist, kann es wieder aufwärts gehen.

Der Währungsverfall der letzten Tage

tu. **Berlin**, 8. Nov. Die wichtigsten Gründe für den Währungsverfall der letzten Tage sind, wie die „Telegraphen-Union" von zuständiger Seite erfährt, darin zu suchen, daß es infolge der außerordentlichen Verzögerung des Vertragsbeschlusses zwischen der Ruhrindustrie und Frankreich zu einer ungewöhnlichen Steigerung der Zahl der Erwerbslosen im Ruhrgebiet — die Ziffern für das Ruhrgebiet allein sind auf **über 2 Millionen gestiegen — kam, deren Unterstützung ungeheuerliche Summen von Papiermark erfordern.** Man erhofft von der Tatsache, daß ein festes Umtauschverhältnis für die Papiermark in naher Zukunft in Aussicht steht, eine starke psychologische Wirkung, sowohl im Inland wie auch im Ausland, weil aus diesem Entschluß der Reichsregierung hervorgeht, daß Deutschland nicht beabsichtige, die Papiermark ins Nichts fallen zu lassen. . . Die Besserung, die gestern Abend auf den ausländischen Märkten für die Bewertung der Papiermark eintrat, wird von zuständiger Seite schon darauf zurückgeführt, daß die Pläne der Regierung nach einer Konferenz mit den Vertretern der prominenten Banken und den ausländischen Märkten schon bekannt geworden sind. Trotz dieser Besserung ist die Regierung entschlossen, vorläufig an dem Einheitskurs der Devisen festzuhalten, doch wird sie nicht an einem bestimmten Umrechnungskurs kleben, sondern die Festsetzung der Kurse der Lage des Wirtschaftslebens anpassen.

Die Währungsmaßnahmen

tu. **Berlin**, 8. Nov. In Ergänzung der Meldung über die Maßnahmen der Reichsregierung zur Steigerung des Devisenfonds und zur Stützung der Währung erfährt die „Telegraphen-Union" noch folgende Einzelheiten:

Es ist beabsichtigt, etwa 2 Millionen Doppelzentner Zucker zur Ausfuhr zu bringen, und zwar denkt man hierbei an einen durchschnittlichen Preis von 42 Goldmark, so daß diese Ausfuhr etwa 80—90 Millionen Goldmark Ertrag bringen würde. Der Mundzuckerbedarf des Inlandes wird ohne weitere und besondere Schwierigkeiten gedeckt werden können.

Der Ertrag der zweiten, gestern durch Kabinettsbeschluß in Kraft gesetzten Devisenabgabe läßt sich nicht so ohne weiteres schätzen, da das endgültige Ergebnis der ersten Abgabe noch nicht feststeht, und weil in der Zwischenzeit Veränderungen in der Vermögenslage weiterer **Bevölkerungsschichten eingetreten sind.**

General Yorck v. Wartenburg

der 1812 zur Rettung des Vaterlandes „rebellierte". Wo bleibt der General, der 1923 gegen den Volksverrat vom 9. November 1918 „meutert?"

Der Kampf um die Rheinlande

Protestkundgebung gegen das Separatistengesindel

tu. **Barmen**, 8. Nov. Der Einladung zu der gestrigen Sitzung des Rheinischen Provinzial-Landtages waren alle Abgeordneten des Rheinlandes vollzählig gefolgt. Auf der Tagesordnung stand als einziger Gegenstand ein Bericht über den Separatistenterror im Rheinland. Der Berichterstatter führte aus: Seit Wochen sei von allen Seiten das Gesindel zusammengekommen, um die „Freiheit" des Rheinlandes zu proklamieren. Sämtliche politische Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken stimmen in der Verurteilung dieses Vorgehens überein. Die Bevölkerung sei über das Treiben entrüstet, wie kaum je bei einem ähnlichen Vorfall im Völkerleben. Sie habe ihre Abgeordneten nach Barmen gesandt, um Protest zu erheben gegen das Treiben des Gesindels, das sich anmaßt, dem Rheinland die „Freiheit" zu bringen. Alle Hauptbeteiligten seien keine Rheinländer, sondern stammen aus Sachsen, Schlesien, Westfalen, Hannover, Danzig und Westpreußen. Die Besatzung habe sich nicht immer einwandfrei benommen: wenn ein Funken von Gerechtigkeit sie beherrsche, müßte selbst sie das Treiben verurteilen. Die Besatzung habe die Tätigkeit der Sonderbündler wohlwollend vorbereitet. Die ausländische Presse habe zuerst versucht, die Sonderbündler als „Befreier des Rheinlandes vom preußischen Joch" hinzustellen, die von der Bevölkerung lebhaft begrüßt würden. Das reine Gegenteil sei der Fall: überall empfinde die Bevölkerung die Sonderbündler als politische und wirtschaftliche Schädlinge, die Handel und Wandel unterbinden. Niemals werde sie dulden, daß die Abtrennungsbewegung zur Gesetzmäßigkeit gelangt. Die Rheinlande erwarte ein furchtbares Schicksal, wenn sie vom Reiche abgetrennt und ein autonomer Staat konstruiert würde. Die Rheinlande stünden auf dem Boden der Reichsverfassung und gestatteten niemand, sie von der Heimat loszureißen. Sie treten mit dem feierlichen Anspruch vor die Völker der Welt und erheben Einspruch gegen das Treiben der Sonderbündler sowie gegen die Vergewaltigung der Rheinprovinz. Die rheinischen Arbeiter rufen ihren Arbeitsgenossen in der ganzen Welt zu, sich mit ihnen in diesem Protest zu vereinigen. Die Angehörigen aller Konfessionen bitten ihre Glaubensgenossen, ihnen in dem Abwehrkampfe beizustehen. Die ganze Welt, und besonders unsere Gegner, sollten doch bedenken, daß die Weltgeschichte zu guter Letzt das Weltgericht ist. Einmal muß die Lüge der Wahrheit weichen. Man schicke das Gesindel dahin, wohin es gehört: ins Zuchthaus!

Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Landtag vertagte sich hierauf bis **Montag.**

Die Rheinische Republik in Hochheim a. M.

tu. **Frankfurt**, 8. Nov. In Hochheim a. M. haben Separatisten aus Flörsheim (ehem. Sträflinge usw.) unter Leitung Pressiers von der französischen Kreisdelegation Wiesbaden-Land die Rheinische Republik proklamiert.

Die belgische Antwort an den Schuft Matthes

tu. **Brüssel**, 8. Nov. Der belgische Vertreter in der Rheinlandskommission erklärte in Beantwortung des Protestschreibens, das der Separatistenführer Matthes am 2. November wegen der von den belgischen Behörden in Aachen ergriffenen Stellungnahme an ihn richtete, die von dem belgischen Delegierten getroffenen Maßnahmen seien durchaus gesetzmäßig. Die belgische Behörde habe in der Tat sich gegen die Gewalttätigkeiten, die von den auswärtigen Banden begangen wurden, nicht gleichgültig verhalten können, um so weniger, da die belgische Militärbehörde mit der deutschen städtischen Behörde zusammenarbeite. Der belgische Oberkommissar fügt hinzu, daß er außerstande sei, mit der separatistischen Regierung, die weder de jure, noch de facto anerkannt wurde, in Verhandlungen einzutreten.

Der Schuft Deckert geflüchtet

tu. **Brüssel**, 8. Nov. Der Kaufmann Deckert, der an der Spitze der Aachener „Abfallbewegung" stand, hat sich auf belgisches Gebiet geflüchtet und hält sich zur Zeit in Malmedy auf.

Die Antwort Poincarés in der Pfalzfrage

tu. **Paris**, 8. Novbr. Auf die Beschwerde der Reichsregierung hat Poincaré bezüglich der Vorgänge in der Pfalz geantwortet, die französische Regierung habe sich von den Vorbereitungen völlig ferngehalten (!), die zur Auslösung der separatistischen Aktion geführt haben und ebensowenig könne sie eine Verantwortung übernehmen für die Entschließungen, die „in voller Freiheit von der pfälzischen Bevölkerung gefaßt worden seien". Poincaré erklärt, er könne nicht bedauern, wenn zwischen den französischen Besatzungsbehörden und der Bevölkerung Beziehungen aufgenommen werden, „die mächtige Faktoren für Ruhe und Frieden gewesen sind und bleiben".

Der französische Kriegsminister im Ruhrgebiet

tu. **Paris**, 8. Nov. Nach einer Meldung aus Düsseldorf hat sich der französische Kriegsminister Maginot gestern im Auto nach Dahlhausen begeben, wo er ausführlich mit dem General Degoutte und dem französischen Oberkommissar Tirard konferierte. Im Verlauf des Nachmittags setzte er seine Rundreise fort und besprach mit den französischen Truppenkommandanten die Unterbringung der soeben unter die Fahne gerufenen Jahresklasse, die zum Teil demnächst in das Ruhrgebiet geschickt werden soll.

Ein blutiger Zusammenstoß im Ruhrgebiet

tu. **Gelsenkirchen**, 8. Nov. Gelegentlich einer Erwerbslosendemonstration kam es gestern auf der Zeche „Bonifazius" zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Belegschaft, die auf die Mittel der Ruhrhilfe und nach deren Einstellung auf die Erwerbslosenfürsorge angewiesen ist, konnte nur kleine Beträge erhalten und drang in der Erregung hierüber in das Büro des Betriebsführers ein. Dieser wurde mißhandelt und der Inspektor als Geisel festgesetzt. Die Polizei mußte von der Hieb- und Schußwaffe Gebrauch machen, wobei ein Bergmann getötet und dreißig schwer verletzt wurden. Ein Polizeibeamter wurde durch Schläge mit Eisenteilen schwer verletzt, auch mehrere Zechenbeamte erhielten Verletzungen.

Die Verschacherungskonferenz

tu. **Paris**, 8. Nov. In Washington erklärt man, daß die Bedingungen des Staatssekretärs Hughes unabänderlich seien und daß insbesondere die Frage der interalliierten Schulden nicht aufgeworfen werden dürfe. Nur eine Einschränkung will man in Washington zulassen, daß nämlich die Sachverständigen sich nicht über die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung äußern und auch keine Kritik an den politischen Grundsätzen üben sollen, deren Anwendung zur Besetzung des Ruhrgebietes führte. Aber über die wirtschaftliche Lage im Ruhrgebiet müsse nach Ansicht des Staatsdepartements unbedingt gesprochen werden, wenn die Sachverständigenkonferenz überhaupt einen praktischen Plan für die Lösung des Reparationsproblems finden solle.

tu. **Berlin**, 8. Nov. Wie die „Börsenzeitung" aus London meldet, hält es „Evening Standard" für möglich, daß England im Falle einer Einigung in der Frage der Sachverständigenkonferenz den früheren englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, als Delegierten ernennen werde.

Italien und die Verschacherungskonferenz

tu. **Rom**, 8. Nov. Die italienische Regierung hat an die Regierungen Englands und Frankreichs in der Frage der Sachverständigenkonferenz eine Verbalnote gerichtet, in der sie die beiden Mächte bittet, ihre formalistischen Gegensätze auf sich beruhen zu lassen und der Einberufung des Ausschusses unter Teilnahme der Vereinigten Staaten kein weiteres Hindernis zu bereiten. Ohne die Teilnahme der Vereinigten Staaten würde die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses selbst bei unbeschränkten Vollmachten völlig zwecklos sein. Das ganze Bestreben der Verbündeten müsse darauf gerichtet sein, den Vereinigten Staaten den Weg zur Wiederaufnahme ihrer aktiven Politik frei zu machen. Nur so werde es möglich sein, die Vereinigten Staaten zur Kenntnis der Weltgefahren zu bringen, die sich in Europa seit ihrem Rücktritt aus dem Rate der Verbündeten aufgehäuft haben. Den Vereinigten Staaten diese Erkenntnis durch eine gründliche Erörterung aller mit der katastrophalen Entwicklung der Dinge in Deutschland zusammenhängenden politischen und wirtschaftlichen Probleme in jeder Weise zu fördern, sei für die Verbündeten angesichts ihrer eigenen schweren Notlage Pflicht der Selbsterhaltung. Die italienische Regierung hoffe daher zuversichtlich, daß der formalistische Streit zwischen Paris und London abgebrochen, und daß alles getan werde, um Amerika die Beschickung des Sachverständigenausschusses dadurch zu ermöglichen, daß man dem Ausschuß keine anderen Schranken und Aufgaben auferlege als die einer gewissenhaften Prüfung aller Umstände, die mit dem Reparationsproblem und der wirtschaftlichen Lage in Europa zusammenhängen und ebenso die einer gewissenhaften sachlichen Berichterstattung. Nur wenn Amerika an dieser Arbeit aktiv teilnehme, werde sie auch gedeihlich zu Ende kommen und Deutschland und Europa den Frieden sichern, den der Austritt des amerikanischen Volkes aus dem Rat der Verbündeten so ernstlich gefährdet hat.

Die Militärkontrolle will zuerst nach Bayern

tu. Paris, 8. Nov. Nach dem „Intransigeant" verlangt die französische Regierung, daß die militärischen Kontrollen zuerst in Bayern wieder hergestellt werden sollen, und zwar durch französische Offiziere in Uniform, deren Sicherheit von der Reichsregierung garantiert werden müsse.

Jüdische Drohungen

Hamburg, 7. Nov. Der Vertreter des Hamburger Fremdenblattes in Neuyork kabelt, das Interesse der Vereinigten Staaten an den Nachrichten über die schlechte Ernährungslage und das Elend in Deutschland werde stark beeinträchtigt durch die Sensationsmeldungen über eine bevorstehende Militärdiktatur, die Wiederaufrichtung der Monarchie, Judenpogrome usw. Maßgebende politische und wirtschaftliche Kreise in Neuyork erklärten, daß eine derartige Entwicklung das Zustandekommen der Konferenz über die Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands und jedes Hilfswesen für Deutschland außerordentlich gefährden würden.

*

Auf diese Leimrute werden ohne Zweifel unsere „Regierungs"-Männer sofort krabbeln. Wir im bewußten Deutschland haben aber kein Interesse an dem Zustandekommen einer sogenannten Sachverständigenkonferenz, und noch weniger erwarten wir Hilfe für uns von den Kreisen, die die angebliche Errichtung der Militärdiktatur oder eingebildete Judenpogrome als politische Druckmittel gebrauchen.

Für Freiheit und Brot!

Die furchtbare Not, der Hungerschrei des Volkes zwingt mich zu sprechen. Verwesungsgeruch liegt über Deutschland, das Volk stirbt — zwanzig Millionen Deutsche sollen ja zu viel sein auf der Welt! Die Überlebenden, ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt, verelenden, die Rasse muß minderwertig werden. Die physische Kraft des einzelnen schwindet, die Arbeitsleistung wird geringer, Wehrbereitschaft und Wehrfähigkeit hören auf. Der Freiheitsgedanke gerät unter der Not ins Wanken, wie es die Feinde wollen, und damit ist unser schmachvolles Los für die Ewigkeit besiegelt. Haben wir schon wieder die Lehren des ersten Teiles des Weltkrieges, des damaligen Heldenkampfs des Deutschen Volkes mit der Not im Lande vergessen?

Das Gedeihen einer Rasse, das physische, sittliche, kulturelle Leben eines Volkes steht im engsten Zusammenhang mit seiner Ernährung. Wehrkraft und Volksernährung gehören zusammen. Ohne hinreichende Ernährung keine Freiheit!

Eigene und fremde Schuld haben uns in die Not geführt. Unser öffentliches Wirtschaftsleben ist bar jeder sittlichen Grundsätze geworden. Hier sitzt der Krebsschaden am Leben des Volkes. Die staatliche Macht versagt, gebunden in falschen Anschauungen und Rücksichten, statt sich über alle Hemmungen hinweg rücksichtslos einzusetzen für das wahre Wohl des Volkes.

Es ist endlich Zeit, die eindringlichen sittlichen und wirtschaftlichen Forderungen des Volkswirts Germanus Agricola zu befolgen, wie er sie schon im Weltkrieg ausgesprochen hat. Noch kurze Zeit der schwächlichen Duldung unserer gegenwärtigen Zustände, dann ist jede Rettung ausgeschlossen, wir finden nicht einmal mehr die Grundlage zu neuem Aufstieg!

Der längst erklungene Ruf des Germanus Agricola: „Schafft billige Lebensmittel!" tönt heute mit Posaunenstärke an unser Ohr. Der Versorgungsgedanke, d. h. das Hervorbringen von möglichst viel Nährgut in gesundem und nahrhaftem Zustand, welches den Volksgenossen und nicht dem Auslande zugute kommt und ihnen möglichst allgemein zu billigem Preis zugänglich ist, muß wieder als oberster Grundsatz unsere Volkswirtschaft beherrschen und ihr tiefen sittlichen Inhalt geben.

Dieser Gedanke allein darf heute für unsere Landwirtschaft die Richtschnur ihres Handelns sein, wenn auch die furchtbare Not nicht mit einem Schlage geändert werden kann. Aber ihr Ende wird und muß einmal durch Steigerung des inländischen Ertragsreichtums im Dienste der Volksversorgung herannahen. Unsere Deutsche Erde kann bei geeigneten Maßnahmen, die hier nicht näher aufgeführt werden können, annähernd genügend Lebensmittel hervorbringen. Das ist der Weg, uns wieder in der Welt als freier Staat zu behaupten! Zur vollen Ernährung unseres Volkes gehört indeß auch die Wiedergewinnung der östlichen Provinzen Preußens. Die Landwirtschaft hat — wie überhaupt jede Wirtschaft — in erster Linie die Aufgabe, den Lebensbedarf des Volkes zu decken, nicht aber darüber hinaus „rentabel" zu sein. Daß dazu Erhaltung des eigenen Lebens und der Wirtschaft gehört, ist selbstverständlich. Ein ehrliches gutes Geld mit stetiger Kaufkraft ist Vorbedingung. Höchster Idealismus hat den Landwirt zu beseelen, seiner großen Verantwortung dem Volke gegenüber hat er sich bewußt zu sein. Das ist die Wegrichtung der völkischen Bewegung. Möge die Landwirtschaft und ihre Berufsorganisationen immer mehr sich ihr hingeben und sie verstehen!

Der Staat aber hat für die Durchführung dieser sittlichen Grundsätze mit voller Gewalt zu sorgen und mit allen seinen Strafmitteln gegen das gemeine Spekulantentum, gegen den Unfug der Aufkäuferei, gegen die gewinnsüchtigen Vertrustungen, gegen die Erzeugung der „rentierlichen Güterknappheit" usw. einzuschreiten und die Ausfuhr lebensnotwendiger Güter, bevor nicht der Volksbedarf vollständig gedeckt ist, zu verhindern. Auch der Zwischenhandel ist auf das äußerste Maß einzuschränken. Während ausländische Märkte mit deutschen Lebensmitteln oft geradezu überschwemmt sind, mußte der Staat mit Aufwand riesiger Geldmittel aus dem Ausland Lebensmittel beschaffen. Das ist eine ernste Tatsache, die Folge der verderblichen Wirtschaftspolitik des nachrevolutionären Staates. Er scheute sich nicht, das Volk dadurch zu betrügen und zu täuschen, daß er teuer eingekaufte Lebensmittel „verbilligt" abgab, um die Gunst des Volkes zu erkaufen, statt rechtzeitig die Vermehrung des Ertragsreichtums an Nährgut nach den dringenden, weitschauenden Wünschen einiger Landwirte in Angriff zu nehmen.

Mit einem Wort: Es handelt sich angesichts der Wirtschaftskatastrophe um die Sicherung des Lebensbedarfs gegen die Machenschaften der Spekulation, dort wo der Lebensnerv des gesamten Volkes sich befindet: auf dem Lebensmittelmarkt. Das ist nur möglich, wenn dem urdeutschen Grundsatz von Treue und Glauben auch im wirtschaftlichen Verkehr wieder Geltung verschafft wird.

Selbstverständlich ist alles nicht so einfach, wie ich es zu meinen scheine. Ich habe in meiner Jugend und im Kriege einen tiefen Blick in die landwirtschaftlichen Verhältnisse getan, und wenn z. B. die Oberste Heeresleitung nicht weit vorausschauend gewesen wäre — der künstliche Dünger würde heute fehlen. Das gegen den Willen kurzsichtiger Beamter bewirkt zu haben, ist ihr ausschließliches Verdienst. Wohin ich heute blicke, nichts als furchtbare Verhältnisse, die immer weiter um sich greifen! Die Umwelt ist fassungslos, soweit die Guten in Betracht kommen — oder mit stil-

lem Triumph erfüllt über Deutschlands Unglück. Überall furchtbare Knappheit an Lebensmitteln! Dem werktätigen Volk, dem gesamten Mittelstand gebricht es infolge der künstlichen Verarmung an Geld zum Kauf, selbst wenn Lebensmittel vorhanden wären.

Eine falsche Verkehrspolitik verteuert von sich aus weiter alle Lebensmittel. Die Verkehrsmittel Eisenbahn, Telegraph, Telephon wurden von unseren Vorfahren zur Lebenserleichterung zugunsten der Allgemeinheit auf gemeinsame Kosten durch gemeinsame Opfer geschaffen. Heute ist ihre Erhaltung Selbstzweck geworden. Der „Rentabilitäts"-wahn beherrscht auch ihren Betrieb, mag auch das Volk darüber zugrunde gehen, abgeschnitten von ihrer Benützung, weil es die Kosten dafür einfach nicht mehr erschwingen kann. Heute dienen sie nur zu oft dazu, den Schiebern und Wucherern ihre verbrecherischen Manöver zu erleichtern, die hundert- und tausendfach die „hohen Spesen" auf das Volk abwälzen. Indessen verbluten sich das schaffende Volk, die ehrlichen Berufe. Das alte Offizierskorps, eine der wichtigsten Stützen der Nation, ist ruiniert, das Beamtentum, die Angestellten und die Arbeiterschaft in die Verelendung hineingetrieben. Die geordneten Hauswirtschaften, kostbarste Volkskraft verkörpernd, sind zugrunde gerichtet. Die deutsche Familie, die Grundlage und Lebenszelle unseres Volkstums, unserer deutschen Kultur, wird zerstört.

Die unsinnige Verteuerung aller Verkehrsmittel bewirkt weiter, daß jetzt die Ernte draußen auf dem Lande bleibt, statt der allgemeinen Versorgung zu dienen. So viel wie jetzt ist noch nie auf dem Lande, zum großen Teil unsachgemäß, eingelagert worden. Unterdessen hungert in den Städten das Volk, und der Winter bricht an. Mit Almosen ist bei diesen Zuständen, wo Untergang dem Ganzen droht, nicht mehr helfend einzugreifen, sondern einzig und allein mit Taten, mit echten Regierungstaten energischer, überragender Staatskunst. Mit jedem Tag verschärft sich die Not. Auf den Märkten brechen die Frauen, die im Kriege alle Leiden heldenhaft ertrugen, in Weinen und Klagen aus bei diesen Wahnsinnspreisen. Jetzt sind sie infolge der revolutionären Planlosigkeit in den öffentlichen Lebensfragen der Nation, besser gesagt, infolge der zielsicheren Tätigkeit aller Volksverderber um Alles betrogen.

Millionen von Arbeitslosen werden mit Papier gefüttert, statt ihnen durch die Erklärung und kategorische Durchführung der allgemeinen Arbeitspflicht zur Lösung der Nährfrage Arbeit und Brot zu geben und ihre Arbeitskraft zur Erhöhung des inländischen Ertragsreichtums zu verwenden. Durch rechtzeitiges Schaffen von Ordnung in der Versorgung wäre überhaupt das Heer der Arbeitslosen nie zu solcher Stärke angeschwollen. Der Arbeitsmarkt hat wieder in Ordnung zu kommen, und dazu ist Ordnung auf dem Lebensmittelmarkt eine der wichtigsten Voraussetzungen. Die ehrliche Arbeit in Stadt und Land muß wieder ihr ehrliches Auskommen haben. Dann, nur dann ist das Volk gerettet!

Damit gelangt die Ernährungsfrage auf das Gebiet der großen Politik. Sie fordert gebieterisch die unzweideutige Erklärung, daß der Versailler Vertrag — durch Frankreichs Schuld — ungültig ist. Ein unerfüllbarer Vertrag ist auch unsittlich und darum unverbindlich.

Die Frage der Volksernährung fordert weiter, daß wir uns aus den Sklavenketten des Weltleihkapitals, hier richtiger des Weltspekulationskapitals, befreien und wieder zu einer gesunden nationalen Geldwirtschaft kommen. Gegen uneinlösbares Papiergeld eines abgewirtschafteten revolutionären Staates, das der Landwirt nicht einmal rechtzeitig erhält und verwerten kann, das täglich in seiner Kaufkraft sinkt, kann die uneingeschränkte Erfüllung der Berufspflicht und die Preisgabe edelster Güter nicht gefordert werden. Jede Porto-, Fracht- und Fahrpreiserhöhung beweist jedem Deutschen, daß das Reich den Glauben an sein eigenes Geld verloren hat. Angesichts der mit Wahnsinnsziffern bedruckten Zettel, die man noch durch Querdruck (!) höher zu bewerten sucht, will auch das wohlwollende Ausland nicht in unser nationales Unglück einer zerstörten Währung hineingezogen werden. Ich sehe wohl, daß die Valutakatastrophe von In- und Auslandsgaunern zu riesenhaft verbrecherischen Schwindelmanövern ausgenützt wird, aber die Geringerbewertung der Mark bis zu ihrem gänzlichen Verfall ist auch ein Selbstschutz anderer Staaten. Warum flüchteten sich ehrliche Deutsche Vermögen in fremde Währungen? Weil das neue Deutschland seine „Währung" nicht „wahrte", sondern zerstören ließ.

Das alles ist nur ein kleiner Ausschnitt von dem, was jeder, nicht nur der Volkswirt, heute sehen muß, was aber die Verantwortlichen längst erkennen und hätten verhüten müssen.

So sehen wir die Ernährungsfrage in einem gewaltigen Ring ethischer, sozialer und wirtschaftlicher Kräfte. Ihre Lösung ist entscheidend für Gegenwart und Zukunft des Volkes und fordert eiserne Pflichterfüllung von Regierung und Volk. Außergewöhnliche Zeit fordert außergewöhnliche Mittel. Neue gesunde Ideale zeigen den Weg, führen unser Volk zur Gesundung zurück und zur Erfüllung seiner Weltsendung.

Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts schuf General von Scharnhorst aus einer Söldnertruppe ein Volksheer, dem Gedanken der Wehrpflicht die erste Prägung verleihend. Im Freiheitskampf führte dieser Pflichtgedanke das Deutsche Volk zum Sieg. Die Wehrpflicht war und bleibt die Grundlage unseres Bestehens gegen den äußeren Feind. Darum hat man sie uns geraubt.

Heute kommt ein mächtiger Inlandsfeind hinzu, der durch Beherrschung im Lebensnotwendigen unser Volk zu dezimieren und dann zu versklaven sucht. Im Weltkriege forderte die Oberste Heeresleitung die Allgemeine Dienstpflicht, die bureaukratischer Geist nicht verstand und verschandelte. Heute fordert der völkische Staat die Allgemeine Nährpflicht. Sie fordert von jedem Deutschen — nicht nur vom Nährstand — wirtschaftlichen Dienst am Vaterland. Sie fordert ihn vom Handel, vom Gewerbe, von der Industrie. Sie will alle deutschen Menschen zu diesem erhabenen Ziel in gemeinsamer Arbeit zusammenführen. Sie fordert, daß jeder im Dienst des Versorgungsgedankens seine Kraft dem Vaterlande zur Verfügung stelle. Sie fordert die Erziehung der weiblichen Jugend zu den eigentlichen Aufgaben des deutschen Weibes. Die Nährpflicht duldet keine Drohnen im Arbeitsstaat, sie fügt vielmehr alle, die heute bequem von der Entartung des Handels und der Geldwirtschaft auf Kosten des Volkes leben, der Gesamtwirtschaft als nützliche Glieder wieder ein. Rassen- und Kulturverfall werden aufhören, infolge des Schutzes der ehrlichen Arbeit wird der Klassenhaß verschwinden, unser Volk wird die kranken Stoffe ausscheiden und zu neuer Blüte kommen. Das ganze Volk wird Nährstand und Wehrstand! Nun weiß jeder, was er dem Vaterlande schuldig ist.

gez.: Ludendorff.

Die deutsche Protestnote

tu. **Paris**, 8. Nov. Wie die „Chicago Tribune" mitteilt, hat Botschaftsrat Dr. von Hoesch die deutsche Protestnote betreffend die Rheinische Republik zugestellt erhalten und wird sie heute oder morgen am Quai d'Orsay überreichen. Das Schriftstück ist sehr umfangreich und führt aus, daß die Reichsbehörden in den besetzten Gebieten an der Aufrechterhaltung der Ordnung behindert wurden, als bewaffnete Separatisten die öffentlichen Gebäude besetzt hielten.

Einheitliche Währung für das besetzte Gebiet

tu. Gelsenkirchen, 8. Nov. Die Bestrebungen der Schaffung einer einheitlichen Währung für das besetzte Gebiet haben festere Formen angenommen. Die treibende Kraft in dieser Angelegenheit ist auf deutscher Seite der Bankier Louis Hagen; der Verhandlungsleiter der Gegenseite ist Tirard. Nachdem die Besprechungen mit Tirard zu einem gewissen Abschluß gekommen sind, hat sich, wie bestimmt verlautet, Herr Louis Hagen nach Berlin begeben, um die im Reifen begriffenen Pläne von der Reichsregierung sanktionieren zu lassen.

Jaspar über die Lüge im Ruhrgebiet

tu. **Brüssel**, 8. Nov. Gestern fand unter dem Vorsitz Jaspars ein Ministerrat statt. Der Außenminister unterrichtete seine Kollegen über die politische Lage. Im Hinblick auf die Ereignisse in Aachen rechtfertigte Jaspar das Verhalten des belgischen Oberkommissars, zu dem ihm auch die Interalliierte Rheinlandskommission ihre Zustimmung gegeben habe. Jaspar dementierte dann eine amerikanische Meldung, wonach der belgische Oberkommissar die Separatisten aufgefordert hätte, die belgische Zone zu verlassen. Im Hinblick auf die Lage im Ruhrgebiet erwähnte der Außenminister, daß die Verhandlungen mit den Deutschen zum Stillstand gekommen seien, doch hoffe man, daß eine Unterzeichnung der schwebenden Fragen in den nächsten Tagen stattfinden und dieselben ratifiziert werden. Man sehe voraus, daß 90% der Gruben und Metallfabriken im Ruhrgebiet von diesem Augenblick an für Frankreich und Belgien arbeiten werden. Belgien werde von der zu liefernden Menge an Kohle, Koks und Braunkohle ungefähr 23% erhalten.

Bezugspreis im Inland durch die Post im Monat November 2450000000 Mark, zweimalige Nachforderungen werden bekanntgegeben. Streifbandbezugsgebühr im November für Inland 60 Milliarden Mark, für Ausland: Österreich 30000 Kr., Ungarn 12000 Kr., Jugoslawien 50 Dinare, Polen 200000 Mark p., Italien 14 Lire, Holland 1½ Gulden, England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Vereinigte Staaten von Amerika 1 Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3½ schweizerische Franken.

Ein Moratorium?

tu. **London**, 8. Nov. Der Pariser Berichterstatter der „Daily Mail" ist vom Quay d'Orsay über die Instruktionen an Jusserand informiert worden. Poincaré erwarte, daß ein Sachverständigenausschuß Deutschlands Fähigkeit, Zahlungen zu leisten in den nächsten drei Jahren bis 1926, verneinen werde. Unter der Voraussetzung, daß Frankreich wertvolle Pfänder in der Hand behalte, sei es bereit, Deutschland für diese Zeit ein Moratorium zu gewähren. Wenn Poincaré von Deutschlands Zahlungsfähigkeit der nächsten Zukunft spreche, so habe er damit den Zeitpunkt bis 1930 im Auge. Frankreich werde keine Einwendungen dagegen machen, falls der Sachverständigenausschuß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Ruhrgebiet prüfe, unter der Voraussetzung, daß die Tatsache nicht in Zweifel gezogen werden darf, daß Frankreich mit Zustimmung der Reparationskommission die Besetzung ausgeführt hat.

Der Völkerbund gegen die Zerstückelung Deutschlands

tu. **London**, 8. Nov. Der englische Premierminister hat heute eine Deputation des Völkerbundes empfangen, die ihm eine Resolution überreichte, worin die britische Regierung zu ihrer gegen jede Zerstückelung Deutschlands gerichteten Politik beglückwünscht wird.

Frankreich und die Schweiz

tu. **Paris**, 8. Nov. Die französische Antwort auf die schweizerische Note wegen der Freizone wurde gestern Abend dem hiesigen Gesandten der Schweiz übergeben. Nach den vorliegenden Angaben bleibt Poincaré bei seiner Absicht, am 10. November die Freizone aufzuheben und erklärt sich bereit, mit dem Bundesrat den Meinungsaustausch fortzusetzen und sogar damit einverstanden, daß die Angelegenheit, falls die französisch-schweizerischen Besprechungen völlig ergebnislos verlaufen sollten, zur Beurteilung einem Schiedsgerichtshof unterbreitet werde.

Die Opfer der Unruhen in Polen

tu. **Warschau**, 8. Nov. Bei den blutigen Zusammenstößen in Krakau fielen vom Offizierskorps des 8. Ulanenregiments zwei Rittmeister, ein Oberleutnant und vier Ulanen; der Kommandeur des Regiments ist schwer verwundet, 64 Ulanen sind verletzt. Nach den letzten Meldungen beläuft sich die Zahl der während der Krakauer Straßenkämpfe Gefallenen auf 25, darunter 15 Militärpersonen und ein Polizist. Leichter verwundet wurden 29, schwer verwundet 49 Personen.

Der Worowskiprozeß

Lausanne, 8. Nov. In der gestrigen Vormittagssitzung berichtete der französische Kommunist Rappaport, der russischen Ursprungs ist, über das Revolverattentat, das kürzlich in Berlin von einem russischen Offizier der Wrangelarmee gegen seine Tochter verübt wurde. In längeren Darlegungen verurteilte er den politischen Mord, von wem er auch ausginge; er behauptete, daß er auch der marxistischen Doktrin widerspreche. Hierauf begann die Vernehmung der von der Verteidigung geladenen Zeugen. Edith Conradi, die Tochter des Onkels des Mörders, des reichen Petersburger Schokoladefabrikanten Viktor Conradi, sagte aus, daß ihr Vater im September 1918 nach der Ermordung des Sowjetkommissars Uritzi, von den Bolschewiki bei der Nacht aus seinem Haus verhaftet wurde. Nach einigen Wochen erfuhren sie, daß er erschossen worden sei. Die näheren Umstände des Todes sind unbekannt geblieben. Die Kinder verließen völlig mittellos Rußland. Der Verteidiger Muralt aus Montreux machte Angaben über die Familie Conradi, die er seit vielen Jahren kennt, und über ernste Ausschreitungen, die während der russischen Revolution gegen verschiedene Schweizer begangen wurden.

Der Jahrestag der russischen Revolution

tu. **Moskau**, 8. Nov. Anläßlich des Jahrestages der russischen Revolution fand hier eine große militärische Parade statt. Ernste Beunruhigung erwirkt die Abwesenheit Trotzkis. Es verstärkt sich das Gerücht, daß er infolge seines Krebsleidens das Bett hüten muß.

„Deutsches" Reich

Die militärische Komödie in Sachsen

München, 7. Nov. Aus dem Briefe eines zur Zeit in Sachsen Dienst tuenden Reichswehrsoldaten ist die folgende Stelle von besonderer Bedeutung, weil sie einen klaren Einblick in die Stimmung der in Sachsen tätigen Reichswehrtruppen gibt:

„Die Reichsregierung wird die Mißstände in Sachsen mit rücksichtsloser Tatkraft beseitigen." — So las man überall in den offiziösen Gazetten. Mit erheblichem Geräusch wurde ein umfangreicher militärischer Apparat aufgeboten, der Vormarsch begann. Und das Ergebnis? Die kommunistische Regierung eines Zeigner wurde durch die unabhängige eines Fellisch ersetzt, **im übrigen blieb alles hübsch beim alten.** Herr Zeigner wurde Landgerichtsdirektor in Dresden; die roten Hundertschaften, die beim Anmarsch der Reichswehr ihre Gewehre in die Ecke gestellt hatten und nur als friedliches, werktätiges Volk in Erscheinung traten, haben da, wo die Reichswehr wieder abgerückt ist, ihre Gewehre lustig wieder hervorgeholt und üben fröhlich den alten Terror weiter aus. Ihre Führer aber lachen sich ins Fäustchen; sie haben ja längst gewußt, daß ihnen eine Regierung mit Stresemann nicht weh tun würde. Es war von vornherein dafür gesorgt, daß **neben dem Führer der Reichswehr ein Genosse als Zivilkommissar saß**, der schon aufpassen würde, daß die unschuldigen Schäfchen nicht zu hart behandelt würden. So war das **ganze militärische Vorgehen von vornherein zu einer Komödie** verurteilt. Die finanziellen Kosten tragen die Steuerzahler, die moralischen Kosten trägt unsere gute Reichswehr, die dadurch zu einem **Instrument des Marxismus** herabgewürdigt worden ist. Das zeigt sich jetzt darin, daß nunmehr General Müller, der Führer der in Sachsen eingesetzten Reichswehrtruppen, **den Abschied erbeten hat**, weil er es unter seiner Würde hält, sich und seine Truppen derart mißbrauchen zu lassen. Wir erwarten von General von Seeckt, daß er der unwürdigen Komödie schleunigst ein Ende bereitet. Die Reichswehr ist schließlich zu gut, um noch länger die Geschäfte der Sozialdemokratie zu besorgen.

Die hier dargelegte Auffassung deckt sich Punkt für Punkt mit der, die wir schon seit Anfang des Vorgehens gegen Sachsen vertreten haben. Es bleibt alles beim alten, und Herr Stresemann, der „starke Mann", bildet sich ein, in Sowjet-Sachsen nun wieder Ordnung und „verfassungsmäßige Zustände" geschaffen zu haben, bis der Marxismus, übermütig über seinen Sieg, dem Herrn Stresemann erneut ein Schnippchen schlägt.

Das Reich und Thüringen

tu. **Weimar**, 8. Nov. Die Maßregeln der militärischen Behörden zum Schutze gegen die Übergriffe der irregulären Verbände haben den thüringischen Ministerpräsidenten Fröhlich veranlaßt, nach Berlin zu fahren, um bei der Reichsregierung Beschwerde zu führen. Der Reichswehrminister hat daraufhin folgendes Schreiben an den Ministerpräsidenten gerichtet:

„Zur Erläuterung des Ihnen vom Wehrkreiskommando V zugegangenen Schreibens darf ich noch folgendes ausführen: Der Auftrag des Generalleutnants Reinhart lautet dahin, Thüringen auch gegen jeden Einfall von Banden von auswärts zu schützen. Ich bin überzeugt, daß die Schutzpolizei und die Reichswehr zu dieser Aufgabe völlig genügen, daß daneben aber bewaffnete Organisationen unnötig sind, weil sie eine Gefahr für die Bevölkerung und die Truppen sind. Ich wäre dankbar, wenn dem General Reinhart bezw. dem örtlichen Gruppenkommandeur General Hasse jede Unterstützung zur Lösung seiner Aufgabe geleistet würde."

tu. **Weimar**, 8. Nov. Im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Reichswehr zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung und verfassungsmäßiger Zustände in Thüringen ist in Thüringen eine Regierungskrise akut geworden. Die Landtagsabgeordneten wurden telegraphisch nach Weimar gerufen.

Die „Ordnung" in Sowjetthüringen

Erfurt, 7. Nov. Folgende Bekanntmachung an die thüringische Bevölkerung wird veröffentlicht: Zahlreiche Hilferufe der thüringischen Bevölkerung aller Schichten zeugen von den Gewalttätigkeiten und ungesetzlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben durch die kommunistischen Hundertschaften. Trotz des ausdrücklichen Verbotes des von der Reichsregierung beauftragten Militärbefehlshabers bestehen diese Verbände weiter und betätigen sich in einer Weise, die für die Autorität des Reiches und der vollziehenden Gewalt unerträglich ist. Der Militärbefehlshaber im Wehrkreiskommando V hat mich beauftragt, im Freistaat Thüringen mit den mir zur Verfügung stehenden Truppen alle Maßnahmen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande nötig sind und die Durchführung der Befehle des Inhabers der vollziehenden Gewalt gewährleisten. Hierzu wurde die Thüringische Landespolizei mit den staatlichen und kommunalen Polizeiorganen im Freistaat Thüringen mir unterstellt und erhält von mir die erforderlichen Befehle. Die zu treffenden Maßnahmen richten sich nicht gegen die ordnungsliebende Bevölkerung. Ich vertraue vielmehr auf deren Mitwirkung. Auf der anderen Seite wird rücksichtslos jeglicher Widerstand, der sich meiner Truppe und der Landespolizei entgegenstellt, mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln gebrochen werden. In Erkenntnis der schweren Notlage, in der der überwiegende Teil der Bevölkerung sich befindet, wird die Truppe dem Lande nicht zur Last fallen. Sie führt ihre Verpflegung mit sich. Die mit der militärischen Leitung an Ort und Stelle beauftragten Befehlshaber handeln in meinem Namen. Hasse, Generalleutnant, Kommandeur der III. Kavalleriedivision. Für die Richtigkeit: Der Chef des Stabes, von Livonius, Major.

Deutsches Kinderelend als Folge des Novemberverbrechens

Berlin, 8. Nov. Der Deutsche Zentralausschuß für Auslandshilfe gab in der gestrigen Vollversammlung ein erschütterndes Bild von der Not der deutschen Kinder. Nach den Berichten der Vertreter der einzelnen Landesteile und Gemeinden stehen Tausende von Kindern dem Hungertode gegenüber. Es gäbe Kinder, die weder Brot noch Milch, noch Kartoffeln, noch Fett, sondern nur irgendeinen Kaffee-Ersatz als Nahrung bekämen. In Dresden ist ein Sechstel aller Schüler der Volksschulen an den Folgen des Hungers erkrankt. In Berlin kommen unzählige Kinder ohne Nahrung in die Schule oder versäumen sie, weil sie den Hunger nicht so fühlen, wenn sie zu Bett liegen. Für die Kinderspeisungen hat das Reich 5 Millionen Goldmark in Aussicht gestellt, eine Summe, die jedoch nur zur täglichen Versorgung von 500 000 Kindern mit 500 Kalorien Nahrung für etwa 5 Monate ausreicht. Es wurden dann weiter noch Mitteilungen gemacht über die Hilfe des Auslandes, der deutschen Landwirtschaft und der Arbeiterschaft, die durch Sonntagsarbeit Überstunden und freiwillige Arbeitsleistung ihren bedürftigen Volksgenossen helfen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, München

Sonntag, den 11. November 1923, nachmittags 6 Uhr,

findet im

Zirkusgebäude auf dem Marsfelde

anläßlich der **Standartenweihe der Sturmabteilungen** der Nationalsozial. Deutschen Arbeiterpartei eine

große Festfeier

unter Beteiligung des gesamten Deutschen **Kampfbundes** statt.

Redner

Adolf Hitler

Mitwirkung 2er Musikkapellen.
Eintritt: 5 Milliarden Mark, einschließlich Lustbarkeitssteuer.

Kassaeröffnung: 4.30 Uhr nachmittags.
Kartenvorverkauf ab Freitag, den 9. 11. 1923 in der Geschäftsstelle Corneliusstraße 12.

Einberufer für die Parteileitung:

Anton Drexler.

Der 9. November

Am heutigen Tage jährt sich zum fünften Male die Schmach der Revolution. Es dünkt uns ein sinniges Zeichen zu sein, daß man dem marxistischen Verbrecherorgan am Altheimereck gestatten will, am Freitag wieder herauszukommen. Das edle Blatt kommt dann noch gerade recht, um einen begeisterten Artikel zum Beginn des sechsten Jahres der aus Meineid und Verrat geborenen Republik an seinen bescheidenen Leserkreis zu verkökern.

Aber ob die Marxistenvettel sich heuer so leicht täte? Wir wissen ja, daß keine Partei über so viel ölige und verlogene Phrasen verfügt wie die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, bei der jedes Wort ihres Namens schon eine lügnerische Floskel ist. Denn sie ist weder vereinigt noch sozial, noch demokratisch, sie ist keine Partei, sondern ein Haufen Dummköpfe, geführt von feilen Judenknechten und gezügelt von gerissenen Juden, und sie hat endlich mit Deutschland so wenig etwas zu tun und gemein wie dieses mit ihr. Immerhin, die Lobartikel zum Preise des 9. November werden schwieriger zu fertigen sein. Daher wollen wir den marxistischen Soldschreibern die Mühe abnehmen und dem deutschen Volke die Größe des diesjährigen 9. Novembers vor Augen halten.

In den fünf Jahren ihres Bestehens hat die deutsche Republik als Tochter der jüdischen Revolution das ganze Erbe der Vergangenheit verludert und vertan. Sie versprach nach Scheidemanns Wort Friede. Da sie aus namenloser Feigheit und Verräterei im Rücken eines unbesiegten Heeres hervorging, konnte sie nur einen feigen und faulen Frieden bringen. Lediglich die latenten Energien im deutschen Volke selbst haben den Prozeß des endgültigen Zusammenbruches aufgehalten und verlangsamt. Ohne diese hätte die namenlose pazifistische Passivität der Novemberverräterei schon sehr viel früher zur absoluten Unterwerfung unter den Feindbund geführt. Die ersten Führer dieser Republik haben dem Volke vorgeredet, das kapitalistische und imperialistische Frankreich werde einem Eisner-Deutschland einen milden Frieden bescheren. Niemand außer unserem Adolf Hitler hat sich damals gegen diesen ungeheuren Schwindel gestemmt, der doch offenkundig war; denn wie hätte ein Clemenceau, ein Poincaré dazu kommen sollen, fremde Proletarier, die gegen sie, die Militaristen, über dem Rhein Krieg geführt hatten, milder zu behandeln als die eigenen Arbeitnehmer? Statt die Kräfte des Volkes nach dem Beispiel der ersten französischen Revolution zu einer Massenerhebung gegen den äußeren Feind zusammenzufassen, zersetzte man die letzten Reste der Armee in Atome und sandte Erzberger in den Wald von Compiègne, die unerhörtesten Waffenstillstandsbedingungen der Weltgeschichte zu unterschreiben.

Von diesem 9. November an taumelte das deutsche Volk außenpolitisch dem Abgrund zu. Versailles, die Zerschlagung der alten Wehrmacht, der Raub der Kolonien, Elsaß-Lothringens, die Wegreißung guten alten deutschen Landes durch Dänemark, Polen, Italien, Jugoslawien, Rumänien, die Tschechoslowakei, die Verewigung der Rheinlandbesetzung, der Einbruch ins Ruhrgebiet, all das sind nur Auswirkungen des 9. Novembers, der Deutschlands Kräfte lähmte und selbstzerstörerisch nach innen kehrte. Warum hat keine deutsche Regierung seit 1918 den Kampf gegen die Schuldlüge aufgenommen? Weil die Schuldlüge untrennbar mit der Lüge des 9. Novembers zusammenhängt! Stürzt die eine, ist die andere verloren, wird das alte Deutschland von dieser Infamie entlastet, entfällt für die Revolution jeder Grund, wird sie zum Meineid und Verrat vor aller Welt, werden ihre noch lebenden Anstifter und Führer von „oben" bis unten dem Gerichte der Nation preisgegeben.

Zur außenpolitischen Versklavung trat die innenpolitische Zerfleischung. Diese Revolution, diese Republik, feig bis zur Selbstaufgabe nach außen, so daß sie selbst ihre Verfassung dem Versailler Diktat unterordnete, führte und führt Krieg nach innen. Wer führt den Krieg, mit wem, gegen wen? Die jüdische Internationale führt diesen Krieg mit ihren bestochenen Subjekten und betörten Arbeitern und Intellektuellen ohne Einsicht gegen das deutsche Volk in

Aufruf!

Nicht jedem wuchs ein Schwert in seine Hand,
Nicht jedes Auge sah den Grimm der Schlacht:
Der führt den Pflug wohl über Ackersland —
Der steigt hinunter in der Berge Schacht —

Der zwingt das Eisen in der Esse Glut —
Der hier schafft Linnen — jener Mehl und Brot —
Doch wie in allen fließt dasselbe Blut,
Seid alle ihr vom gleichen Feind bedroht!

Darum erkennet, daß ihr Deutsche seid:
Deutsche des Herzens, Deutsche eures Tuns:
Im Rock des Bürgers wie im Eisenkleid —
Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns!

Wer nicht mit kämpfet in der Stunde Not,
Wer nicht mit leidet, lachend der Gefahr —
Wer nicht mit ausharrt, wär's: bis in den Tod —
Der ist kein Deutscher, wie er's niemals war!!

Alfred Falb.

Die Revolution von 1918

im Urteil des Verfassers des „Untergangs des Abendlandes"

Man mag zu dem bekannten Werke Oswald Spenglers „Der Untergang des Abendlandes" stehen wie man will, den außerordentlichen Gedankenreichtum des Verfassers, seine scharfsinnigen Darlegungen und eigenartigen Problemstellungen, die namentlich der Geschichtswissenschaft neue Bahnen eröffnen, werden von keinem, der sein Werk gelesen hat, bestritten werden können. In einer kleineren Schrift „Preußentum und Sozialismus" (München 1920) hat Spengler seine Auffassung über die politischen Kräfte und Strömungen der Gegenwart niedergelegt. Gerade heute. Fünf Jahre nach der Revolution, zu einer Zeit, in der andere Männer des Geisteslebens, wie z. B. der Dichter Gerhart Hauptmann, Gustav Frenssen oder Thomas Mann, ein Bekenntnis zur neuen deutschen Republik abgelegt haben, dürfte es nicht uninteressant sein, einmal die Meinung eines Mannes wie Spengler zu hören, den die deutsche Wissenschaft heute schon zu einen ihrer Besten zählen darf. Spengler ist kein Dichter, er ist ein Mann der Wissenschaft, jedoch kein weltfremder Gelehrter, sondern ein Skeptiker, ein „nüchterner Tatsachenmensch". Als solcher ist Spengler zu einem Urteil gelangt, das verdient, einmal etwas näher betrachtet zu werden.

Der 19. Juli 1917 ist für ihn der erste Akt der Revolution. Es war dies der Tag der Annahme der bekannten Friedensresolution und des Sturzes Bethmann Hollwegs. „Es war kein Aufstand des Volkes, das zusah, ängstlich, zweifelnd, nicht ohne jene michelhafte Sympathie mit allem, was gegen die da oben vorging, es war eine Revolution in den Fraktionszimmern. Mehrheitsparteien ist bei uns ein Name für einen Verein von zweihundert Mitgliedern, nicht für den größeren Teil des Volkes. Erzberger als der taktisch begabteste Demagog unter ihnen, groß in Hinterhalten, Überfällen, Skandalen, ein Virtuose im Kinderspiel des Ministerstürzens, ohne die geringste staatsmännische Begabung englischer Parlamentarier, deren Kniffe er nur beherrschte, zog den Schwarm der Namenlosen nach sich, die auf eine öffentliche Rolle, gleichviel welche, erpicht waren." Im Juli 1917 ist die alte Staatsgewalt gebrochen worden und an deren Stelle die Souveränität der Parteihäupter getreten, die „nichts Entscheidendes mehr über sich dulden wollten, ohne jedoch selbst Entscheidungen gewachsen zu sein."

„Diesem Handstreich subalterner Parteiführer folgte mit Notwendigkeit im November 1918 der Aufstand des marxistischen Proletariats. Der Schauplatz wurde aus dem Sitzungssaal auf die Straße verlegt. Gedeckt durch die Meuterei der ‚Heimatarmeen', brachen die Leser der radikalen Presse los, von den klügeren Führern verlassen, die nur noch halb von ihrer Sache überzeugt waren. Auf die Revolution der Dummheit folgte die der Gemeinheit. Es war wieder nicht das Volk, nicht einmal die sozialistisch geschulte Masse; es war das Pack mit dem Literatengeschmeiß, das in Aktion trat. Der echte Sozialismus stand im letzten Ringen an der Front oder lag in den Massengräbern von halb Europa, der, welcher im August 1914 aufgestanden war und den man hier verriet. Es war die sinnloseste Tat der deutschen Geschichte. Es wird schwer sein, in der Geschichte anderer Völker ähnliches zu finden."

Und schließlich das Ergebnis: „Die Marxisten hatten die Gewalt in Händen. Aber sie dankten freiwillig ab; der Aufstand kam für ihre Überzeugung zu spät. Er war eine Lüge."

Warum? Verstehen wir überhaupt etwas von Revolution? fragt Spengler, indem er an die Gründe für das Versagen dieser jämmerlichen Bewegung herangeht und an einen Ausspruch Bakunins erinnert, der 1848 erklärte: Die Deutschen sind zu dumm dazu. „Eine echte Revolution ist nur die eines ganzen Volkes, ein Aufschrei, ein eherner Griff, ein Zorn, ein Ziel." In diesem Sinne darf Frankreich als das klassische Land der Revolution gelten, auch England hat eine seiner würdige Revolution in der Geschichte zu verzeichnen, und selbst dem russischen Bolschewismus wird man etwas echt Revolutionäres nicht absprechen können. Was hingegen geschah bei uns? „Die unbeschreibliche Häßlichkeit der Novembertage ist ohne Beispiel. Kein mächtiger Augenblick, nichts Begeisterndes; kein großer Mann, kein bleibendes Wort, kein kühner Frevel, nur Kleinliches, Ekel, Albernheiten. Nein, wir sind keine Revolutionäre. Keine Not, keine Presse, keine Partei kann einen ordnungswidrigen Sturm mit der Gewalt von 1813, 1870, 1914 hervorrufen. Von ein paar Narren und Strebern abgesehen, wirkte die Revolution auf jeden wie ein einstürzendes Haus, am tiefsten vielleicht auf die Sozialistenführer selbst. Es ist ohne Beispiel: sie hatten plötzlich, was sie seit 40 Jahren erstrebten, die volle Gewalt, und empfanden sie als Unglück. Dieselben Soldaten, die unter der schwarzweißroten Fahne vier Jahre lang als Helden gefochten hatten, haben unter der roten nichts gewollt, nichts gewagt, nichts geleistet. Diese Revolution hat ihren Anhängern den echten Mut nicht gegeben, sondern genommen." Selbst die Einsichtigen unter den Sozialisten werden heute nach vier Jahren die Wahrheit dieser Worte zugeben müssen.

Geradezu vernichtend aber ist nun Spenglers Urteil über die Haltung der Sozialdemokraten in jener Zeit. „Sie hatten die Macht, sie hätten alles wagen dürfen. Ein großer Mann aus der Tiefe und das ganze Volk wäre ihm gefolgt. Aber nie ist eine Massenbewegung durch die Erbärmlichkeit der Führer und Gefolgsleute elender in den Schmutz gezogen worden. Die Jakobiner der französischen Revolution kämpften gegen die Mehrheit im Innern und gegen halb Europa an der Front. Sie rissen alles mit. Sie schufen Heere aus dem Nichts, sie siegten ohne Offiziere, ohne Waffen. Ihre Nachäffer von 1918 dagegen verkrochen sich; statt an die Spitze roter Heere stellten sie sich an die Spitze gutbezahlter Arbeiterräte. Statt der Schlachten gegen den Kapitalismus gewannen sie die gegen Proviantlager, Fensterscheiben und Staatskassen. Statt ihr Leben verkauften sie ihre Uniformen. An der Feigheit ist diese Revolution gescheitert. Jetzt ist es zu spät. Die Klasse, die Bebel für die Entscheidung herangezüchtet hatte, hat als Einheit versagt. Für immer, denn die verlorene Schwungkraft läßt sich nicht wiedererwecken."

Die Sozialdemokratie hatte versagt, ihre Führer wußten mit der ihnen zugefallenen Macht nichts Rechtes anzufangen, irgend etwas positiv Neues kam nicht zustande; schließlich gab die Weimarer Nationalversammlung dieser Entwicklung einen vorläufigen Abschluß: der Parlamentarismus von 1917 durfte sich, allerdings in republikanischer Aufmachung, wieder auf den gestürzten Thron setzen. Das Urteil Spenglers ist aber auch hier unerbittlich: „denn was in Weimar geleistet wurde an Denken, Können, Haltung, Würde, genügt, um den Parlamentarismus in Deutschland für immer zu richten. Unter dem Symbol der schwarzrotgelben Fahne, die damit endgültig lächerlich geworden ist, wurden alle Torheiten der Paulskirche erneuert, wo die Politik ebenfalls keine Tat, sondern ein Geschwätz, ein Prinzip gewesen war. Der Mann von 1917 war auf dem Gipfel: sein Waffenstillstand, sein Völkerbund, sein Friede, seine Regierung. Im Herzen des Volkes ist Weimar gerichtet. Man lacht nicht einmal. Der Abschluß der Verfassung stieß auf absolute Gleichgültigkeit." Hatte jemand Hoffnungen gehabt, sie waren angesichts der furchtbaren Folgen des 9. Novembers längst geschwunden. Die traurigste und schicksalsschwerste Folge aber war „die gleichzeitige Auslieferung des Landes an den Feind. 1792 in Frankreich waren Vaterland und Revolution identisch, 1919 sind es Gegensätze."

*

Soweit Spengler. Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir bei anderen Problemen grundsätzlich anderer Ansicht sind als er. Das ist schon in zahlreichen Artikeln betont worden, und es waren die gleichen Gründe, die auch als bedauerlicher Mangel an den oben vorgetragenen Ansichten Spenglers über das Novemberverbrechen festgestellt werden müssen. Bei Spengler hat sich der Begriff der Rasse, in den ihn zweifellos zum Teil bedingenden Begriff der klimatischen Herkunft aller Kulturen verflüchtet. Viel klarer und für uns wichtiger wären die Ansichten Spenglers, wenn er in sein Urteil über die „deutsche" Revolution auch die rassenmäßige Zusammensetzung der Revolutionäre einbezogen hätte.

Musikrundschau

Die großen Musikabende des verstärkten Konzertvereins-Orchesters unter der Leitung Siegmund von Hauseggers konnten uns dank der Rührigkeit und Opferfreudigkeit der Konzertdirektion Bauer erhalten bleiben und damit wird dem oft allzu bunten Musikleben Münchens durch eine scharf ausgeprägte, künstlerisch echt deutsche Persönlichkeit auch weiterhin ein fest ruhender Pol gewiesen. Die ungeachtet alles finanziellen Zusammenbruches dicht gefüllte Tonhalle bewies überzeugend, daß wir diese Konzerte nicht vermissen können, ohne Schaden zu leiden an unserer musikhungrigen Seele, hungrig nach deutscher Musik, diesem himmlischen Labsal in der grauenhaften Wüstenei alles übrigen.

Beethovens erste Symphonie in C-Dur gab den Auftakt; zwischen ihr, in der der junge Meister, noch unkundig seiner eigenen titanischen Kraft, in den Spuren Mozarts wandelt, und der „Siebenten" Anton Bruckners spannt sich eine Entfernung von einem Jahrhundert, und trotzdem stehen diese beiden größten deutschen Symphoniker einander innerlich unendlich nahe, wenn auch bei Beethoven der Intellekt, das architektonisch stets kunstvoll Gestaltende, bei Bruckner das Gemüt, die Ausdrucksgewalt der seelisch wechselnden Stimmungen vorherrschen.

Die siebente Symphonie in E-Dur, König Ludwig II. von Bayern gewidmet, entstand 1881—83; Arthur Nikisch führte sie zuerst 1884 in Leipzig auf, zwei Jahre später folgte Hans Richter mit den Philharmonikern in Wien. Sie zählt zu den allergrößten Schöpfungen Bruckners in der Fülle schematischer Einfälle, dem gewaltigen cyklopischen Aufbau und der ungeheueren Stimmungsgewalt, die sich namentlich in dem herrlichen Adagio entlädt, das dem Meister in der wehen Ahnung des bevorstehenden Todes des von ihm über alles verehrten Richard Wagners aus der Feder floß. Dieses Adagio ist eine Erfidrapa, also ein Trauergesang auf den Tod eines Helden, dem man als ebenbürtiges Seitenstück nur den Trauermarsch aus der „Eroika" oder die Trauermusik zu Siegfrieds Tod beigesellen kann.

Und wie packend, herausgestaltend aus seinen letzten Tiefen, wußte Siegmund von Hausegger das ganze Werk zu tönendem Leben zu erwecken. Dumme Kritikasterei schwätzt gerne von der Brüchigkeit Brucknerscher Ecksätze; brüchig nur für den Stabschwinger, der nicht der weitgespannten melodischen Linie in der Gothik Brucknerscher Kontrapunktik zu folgen vermag. Nie verliert dagegen Hausegger diese Linie, und wie weiß er die Steigerungen in atembeklemmender Spannung vorzubereiten und sich in größter Machtfülle auswirken zu lassen. So

seiner Gesamtheit. Was die Rätewirtschaft im Frühjahr 1919 und die Aufstände im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland 1920 und die Unruhen in den folgenden Jahren nicht fertig brachten, das soll nun vollbracht werden, eben in dem Augenblick, da das deutsche Volk seine Peiniger erkennt, sich von den marxistischen Verführern, diesen betrogenen Betrügern, abwenden will. Der Bolschewismus holt zum letzten Schlage aus. Unitarismus und Zentralismus Berliner Prägung haben das Werk Bismarcks zertrümmert, die Bundesstaaten zu Kostgängern des Reiches degradiert, eine ungeheure Verantwortungslosigkeit bis herab zu den kleinsten Gemeinden großgezogen, die nationalen Kraftbecken des Reiches ihrer Zusammenhänge und Ursprungsquellen beraubt, den „Klassenkampf" vom sozialen Gebiet auf das politische Leben übertragen, den Keim der Konflikte geschaffen, die Deutschland nach dem geheimen Willen ihrer geheimen Urheber zersetzen und endlich in ohnmächtige Trümmer zerfallen lassen sollten. Im Sumpfe des parlamentarischen Systems, in der Verlogenheit der repräsentativen Stimmzetteldemokratie, die dem Volke nie besessene Rechte vorgaukelt, sind alle Ansätze zu einem geordneten innenpolitischen Leben bis heute erstickt. Die „freistaatliche" Zwangsverfassung der Länder hat die Bolschewikenzentren in Mitteldeutschland geschaffen und bedroht das letzte nationale Bollwerk, die Kraft- und Erneuerungszelle Deutschlands, Bayern, mit dem Untergang. Eine demokratisierte Verwaltung überschüttet das innenpolitische Dasein mit Gesetzen und Verordnungen, die nur allzu deutlich den Geist der jüdischen Verräter widerspiegeln: Mache ohne Macht! Republikschutzgesetze vollenden das Werk und die Absicht, Deutschland seiner letzten nationalen Führer zu berauben. Die jüdische Republik soll dem instinktiv widerstrebenden Volke mit Polizei und Staatsanwalt, mit Gefängnis, Zuchthaus und Tod eingetrichtert werden. Judentrank des 9. Novembers! So sieht die „Freiheit" aus, die Philipp uns verhieß!

Wirtschaftlich sollte die Revolution nach dem gleichen Wort desselben Oberlügners von Kassel dem deutschen Volke Brot bringen. Was hat sie gebracht? Wir sehen es in diesen Tagen, da in allen deutschen Städten deutsche Greise, Frauen und Kinder bei Wind und Wetter stundenlang um das Brot der Republik anstehen, dessen Preis vor ihren verzweifelnden Augen und ihren um die Ebertfetzen verkrampften Händen unerreichbar in die Höhe schnellt, sehen es an den 4½ Millionen deutscher Erwerbslosen, denen Tag um Tag weitere Hunderttausende sich zugesellen, bis der letzte Mann im Reich arbeitslos geworden ist, sehen es an den gähnend leeren Lagern der Industrie, an den vom ausländischen Judenpack und welschen Gesindel ausgeräuberten Läden, lesen es in den Tabellen der unzähligen Kranken und Toten, denen die Novemberrepublik ein frühes Grab geschaufelt hat, können es ahnen aus dem dumpfen Brausen, das unsere Großstädte durchwühlt, hören am halberstickten Schrei der Volkswut auf der Straße, dem tränenlosen Schluchzen der Millionen, die dieser Staat um alles betrogen hat, und denen er zuletzt sogar den Armensarg verweigert. Denn auch das Sterben hat freibleibende Preise und geht mit dem Index!

Kulturell? Die Zunft der Schieber, Wucherer und Spekulanten blüht und gedeiht. Auf Ministersesseln rükeln sich Zuchthäusler und Gewerkschaftsidioten, auf Ministerstühlen Hoch- und Landesverräter, über weiche Teppiche gehen die Edelsten der deutschen Nation, die Plattfußindianer aus Krotoschin. Überernährung an Speise und Trank, an Geld und Gut, an Behagen und Vergnügen, an Wohnung und Reisen ist hier Losung und Tagesordnung, dieweil das wirkliche Deutsche Volk, dem dieser Deutsche Boden gehört, darbt und leidet, in elenden Löchern ... an Ort und Stelle gefesselt ist, wehrlos jeder Ausbeutung, jedem Unrecht, jeder Schande preisgegeben. Jüdische Gassenhauer werden mit Gold bezahlt, das Deutsche Volk mit jüdischem Gift auf der Bühne und im Kino, in Zeitung und Witzblatt verseucht. Die Werke unserer Besten können nicht mehr gekauft, nicht mehr gedruckt werden. Deutsche Schulkinder kommen ohne Schiefertafel und Griffel, ohne Heft und Buch zur Schule. Das ist das geistige Brot des 9. November!

So, ihr Herren vom Altheimereck, würdet ihr schreiben müssen, wenn ihr den 9. November feiert. Ihr werdet es nicht tun und statt dessen versuchen, durch neue Lügen neue Frist zu erkaufen. Aber Lüge und Frist sollen diesmal die letzten sein! Das schwören wir, die wir das in den Kot gezogene alte Deutschland rächen, das lebende Deutschland retten, das neue Deutschland bauen wollen. Es nahet gen den Tag ...

Merkworte zum 9. November

Am 20. Oktober 1918 schrieb der „Vorwärts": „Deutschland soll — das ist unser fester Wille — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben."

Der Freund Scheidemanns und Schriftleiter des „Vorwärts", Ströbel, sagt am 25. Februar 1915: „Wir bekennen ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen wird."

Am 30. August 1919 sagte der jüdische Abgeordnete Haase: „Wir haben schon von Beginn des Krieges, von Anfang des Jahres 1915 an, systematisch für die Revolutionierung der Flotte gearbeitet."

Der sozialdemokratische Führer Dittmann sagt in seinem Buche: „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution": „Nur wenn sie klar erkennen, daß sie alle Brücken hinter sich abzubrechen haben, daß sie jedwedes patriotisches Gefühl nicht nur aus dem Herzen reißen, sondern auch mit ihrem Hasse zu verfolgen haben, dann usw."

Die „Frankfurter Zeitung" sagte am 1. August 1921: „Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß die Einigkeit der Entente (!) bisher für Deutschland eine gewisse Garantie (!) war." Und am 10. August 1921 schrieb dasselbe alljüdische Börsenblatt: „Wenn Oberschlesien oder auch nur das Industriegebiet nicht völlig deutsch wird, dann sind nur die allgemeinen politischen Interessen der Entente daran schuld, die ihre Einigkeit (welche die „Frankfurter Zeitung" als Garantie für Deutschland bezeichnete) nicht opfern wollten."

Am 15. November 1918 schrieb die „Frankfurter Zeitung": „Der nationale Gedanke hat bei dieser Bewegung (der deutschen Revolution) bewußt (!) nicht mitgewirkt." Und am 21. Juli 1921 sagte dasselbe Blatt: „Um die Politik der Erfüllung, wie sie das Kabinett Wirth vertritt, wird heute im deutschen Volk gerungen. Vorangehen muß der politische Entschluß des Volkes der Erfüllung, mit all dem furchtbar Schweren, das uns auferlegt ist, auch wirklich (!) zu wollen, und aus solchem Wollen dann die Konsequenzen zu ziehen, die Bürde des Tragens und das Pathos der Geduld. Es erfordert den Willen, gewaltige Opfer auch tatsächlich (!) zu bringen, ein karges Leben auf sich zu nehmen, ohne (!) doch auch nur die Gewißheit des Erfolges zu haben."

Am 9. November 1918 veröffentlichten Ebert, Scheidemann und Landsberg ein Manifest an das deutsche Volk. In diesem Manifest wurde die Novemberrevolution als eine „herrliche Bewegung" geschildert, und an der Spitze des Aufrufes standen die Worte: „Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet." Wie diese Befreiung des deutschen Volkes aussieht, bedarf weiter keines Kommentars.

Kanzler und Kardinal

Vor einigen Tagen hat der aus dem Kabinett Stresemann ausgeschiedene marxistische Reichsinnenminister Sollmann in einer Rede oder einem Gespräch die auffallende Wendung gebraucht, Christentum und Sozialismus müßten zusammenhelfen, um das Vaterland über die gegenwärtige Not hinwegzuführen. Dieses plötzliche Bekenntnis eines durch Parteiprogramm zur religiösen Gleichgültigkeit, durch Jahrzehnte lange Parteipraxis zur Religionsfeindschaft verpflichteten Ministers klang merkwürdig genug; man konnte es aber als verschleierte Mahnung an das Zentrum auffassen, dem roten Bundesgenossen wieder in den Sattel zu helfen, ihm die verlorene Herrschaft über die links orientierten Massen wieder zu verschaffen. Der Briefwechsel zwischen Kanzler und Kardinal weist aber darauf hin, daß die Äußerung Sollmanns wohl in einem ganz bestimmten Zusammenhang gefallen ist, und daß er vielleicht über gewisse Bemühungen des Herrn Stresemann unterrichtet war, sich des Einflusses der Kirche zur Rettung des derzeitigen Systems zu bedienen. Schon unter diesem allgemeinen Gesichtspunkt gesehen ist das Vorgehen der Stresemann und Genossen nicht ohne Reiz. Der Kanzler sieht nach Hilfe auf allen Seiten um und er ist dabei auch auf die Kirche verfallen. In der Vergangenheit liegen gewiß Parallelen. Die große französische Revolution hat nach dem Kultus der Vernunft — einigermaßen vergleichbar mit unserer Anbetung der Wirtschaft als der Retterin aus allen Nöten und Herrscherin der Welt — den alten Gott wieder hervorgesucht und Friedrich dem Großen wird das Wort an seinen Kultusminister zugeschrieben: Schaff' Er mir wieder Religion ins Land!

Not lehrt beten und über der Notarche von Weimar drohen die Wogen zusammenzuschlagen. Ein zweiter Noah schickt Stresemann seine Tauben aus; aber keine noch ist mit dem Ölzweig im Schnabel als dem Zeichen des bergenden Landes zurückgekehrt und weder zwischen Berlin und Paris, noch zwischen Berlin und München spannt sich der Regenbogen des Friedens.

Denn auch der Antwortbrief des Münchener Kardinals ist eine Absage. Man muß, will man die Dinge in ihrem ganzen Zusammenhang erfassen und den Absichten des Kanzlers bis in die geheimsten Falten seines staatsmännischen Herzens nachspüren, unterscheiden zwischen dem, was der Kanzler für das Reich und was er für die Beziehungen zu Bayern erreichen wollte. Der Wortlaut des Schreibens Stresemanns an Faulhaber liegt nicht vor, und man ist vorerst auf Vermutungen, die aber hohe Wahrscheinlichkeit haben, angewiesen. Danach hätte der Kanzler auf Grund von Äußerungen des Kardinals über die gegenwärtige Lage Deutschlands bei diesem angeregt, in einer großen Kundgebung aller politischen Parteien in der Reichshauptstadt oder an einem anderen Orte — München? — seine Gedanken über die sittliche Erneuerung des Volkes als Voraussetzung für eine politische und soziale Gesundung Deutschlands zu entwickeln. Betrachtet man diesen Gedankengang, der Stresemanns Schreiben zugrunde liegen soll, im Spiegel des Antwortschreibens des Kardinals, dann ergibt sich folgendes:

Der Kardinal lehnt den als Mittel zum Zweck gemachten Vorschlag des Kanzlers aus gesundheitlichen Gründen und kirchenrechtlichen Bedenken ab. Diese Ablehnung ist begründet durch Tatsachen, die in der seit der Amerikareise und durch sonstige Überarbeitung etwas mitgenommenen Konstitution des Münchener Erzbischofs und weiterhin in seiner hohen Stellung als Kirchenfürst wurzeln. Offenbar hält aber der Kardinal den Weg an sich nicht für opportun, da er als kluger Mann wohl weiß, daß in den brennenden Fragen, die der Lösung harren, das Reinpolitische im Sinne des Entscheidungskampfes zwischen Nationalismus und Marxismus voransteht, und daß das System, das auch noch das Rumpfkabinett Stresemann verkörpert, selbst durch sein mächtiges Wort nicht gerettet werden kann, weil es zum Untergange reif ist. Aber der Kardinal kommt dem Kanzler auf dem Gebiete entgegen, das in das eigentliche Kampffeld eingeschoben ist.

Die letzten Aufrufe der Reichsregierung wie der Parteien der früheren Koalition betonen die Notwendigkeit der Sammlung aller Kräfte zur Rettung von Reich und Volk. Es ist menschlich und parteipolitisch begreiflich, daß sich den Verfassern dieser Aufrufe die Hoffnung auf Rettung des Vaterlandes mit ihrem heißen Wunsche verbindet, selbst heil aus der ungeheuren Krise parteipolitisch und persönlich hervorzugehen. Bis weit in die Arbeiterkreise ist die Erkenntnis gedrungen, daß der Marxismus in der Außen- und Innenpolitik, in Wirtschaft und Kultur versklavt, entrechtet, beraubt und verödet hat, daß er ersetzt werden muß durch Aktivität nach außen, Friede nach innen zwischen Reich, Bundesstaaten, Ständen und Klassen, Freiheit für die Arbeit, Brot für Leib und Seele. Es ist die Tragik Stresemanns und der bürgerlichen Reichstagsparteien in der Koalition, daß sie die Notwendigkeit dieser grundsätzlichen Wandlung auch heute noch nicht zu erkennen vermögen, daß sie noch immer glauben, mit parlamentarischen Kniffen und Pfiffen, mit Mache ohne Überzeugung, mit Ränken und Schwänken die Situation, das System, sich selbst retten zu können. Sie haben nacheinander alles probiert und wir haben das wundersame Schauspiel erlebt, daß die roten Internationalisten und Allerweltsdemokraten sogar nationl geworden sind. Jetzt sind sie, die geschworenen Christusfeinde, bei der Religion angelangt und der Münchener Kardinal als der hervorragendste Exponent der katholischen Kirche in Bayern und im Reiche, soll den nahenden Sturm beschwören. Die einst von diesen Kreisen so heiß befehdete Verquickung von Religion und Politik wird auf einmal Staatsnotwendigkeit. So ändern sich die Zeiten ...

Die Betrachtung des Vorganges wäre unvollständig, wollte man nicht die Dinge besonders unterstreichen, die im Briefe des Kardinals als Programmpunkte angesehen werden müssen. Dr. v. Faulhaber wendet sich gegen den Bürgerkrieg und er nimmt sich bestimmter noch als in seiner aufsehenerregenden Allerseelenpredigt der „israelitischen Mitbürger" und anderer Volksgruppen an, hinsichtlich welch letzterer es ungewiß bleibt, ob er damit die Marxisten meint, oder das von diesen an Leib und Leben bedrohte Bürgertum. Der Kardinal hebt aber noch drei andere Forderungen scharf hervor: Die Notwendigkeit einer föderalistischen Umgestaltung der Weimarer Verfassung, die Erhaltung der Bekenntnisschule und die Selbstbestimmung Bayerns in der monarchischen Frage.

Hier knüpft sich das besondere bayerische Programm des Kardinals zusammen mit den allgemeinen Gedankengängen, die er zur Fernhaltung des Bürgerkrieges und Herbeiführung des Friedens im Reich entwickelt, hier ergeben sich auch ganze und halbe Widersprüche. Die Judenfrage ist mit der Lösung des marxistischen Knotens eng verbunden und ihre rasche und entschiedene Lösung im Sinne einer Generalreinigung des Reiches von den Hunderttausenden von gefährlichen Elementen aus dem Osten, die Land und Volk ausbeuten, ist mit eine der ersten Voraussetzungen für die Wiedergesundung. Der Brief des Kardinals sagt hier nur, was nicht erlaubt sein soll, aber nicht, was sicher auch nach der Überzeugung des Kardinals laut früherer Reden getan werden muß. In das innen- und kulturpolitische Programm der Mehrheit des bayerischen Volkes einschließlich der außerhalb der parlamentarischen Kreise stehenden, aber mächtig gewachsenen und für die schließliche Willensbildung des Volkes entscheidenden Kräfte fügt sich dagegen dieser Gedanke eines aktiven Föderalismus ein; dabei ist aber mit aller Schärfe hervorzuheben, daß die parteipolitisch nicht gebundenen nationalen Kreise in Bayern und im Reiche nichts von einer parlamentarischen Pfusch- und Flickarbeit an der Weimarer Verfassung halten, sondern vom Grunde aufbauen wollen. Die Betonung des bayerischen Königtums ist wohl mehr eine Mentalreservation für die mögliche zukünftige Entwicklung als ein Postulat des Augenblickes.

Der Kardinal hat sich dem Kanzler in seiner Antwort überlegen gezeigt. Der Versuch, den Münchener Kirchenfürsten für bestimmte parlamentarische Erfordernisse zu gewinnen und so Einfluß auf die Willensmeinung der in Bayern herrschenden Faktoren zu erhalten, muß als gescheitert angesehen werden, trotz der Zugeständnisse, die der Brief in dem einen oder anderen Punkte enthält und die durch die Herausstellung spezifischer kirchenpolitischer und bayerischer Belange mehr als aufgewogen werden. Herr Stresemann hat weder Glück noch Stern, auch dies indirekte Spiel ist wie das direkte, die Bayerische Volkspartei zum Eintritt in die Reichsregierung zu bewegen, vorläufig mißglückt. Die Dinge eilen dem Ende zu, die Bahn wird frei für jene Männer, die allein Deutschland retten können!

Die völkische Freiheitsbewegung in der Grenzmark

An der neuen vorläufigen Ostgrenze des Reiches marschiert der völkische Gedanke unaufhaltsam vorwärts und erobert sich eine Stellung nach der anderen. Als starkes völkisches Bollwerk hat sich Schneidemühl, die Hauptstadt der Grenzmark, aufgetan, hier wird der völkische Gedanke gepflegt und gefördert und an den wöchentlichen Sprechabenden, die an jedem Freitag stattfinden, reicht der größte Saal der Stadt nicht aus, die Zuhörer zu fassen, die sich aus allen Teilen der Stadt, aus allen Schichten der Bevölkerung herandrängen. Die Zahl der Anhänger der völkischen Bewegung hat in Schneidemühl das erste Tausend längst überschritten, und der rührige, tatkräftige Führer, Verbandsdirektor Köhler, setzt seine ganze Kraft ein, ihr immer neue Mitglieder zuzuführen. Es gibt dort keine Mitläufer, alle sind Mitkämpfer, von dem besten Willen beseelt, an ihrem Teile am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten. Von Schneidemühl greift die Bewegung auf alle Orte der Grenzmark über, und die unerträgliche, drückende Judenherrschaft in all diesen kleinen Städten und Flecken ist der beste Bundesgenosse derjenigen, die den völkischen Gedanken hinaustragen. So hat der Landesgeschäftsführer Strack in wenigen Wochen sieben Ortsgruppen der Vereinigung völkischer Verbände ins Leben gerufen: in Kreuz, Schönlanke, Jastrow, Preußisch-Friedland, Krojanke, Flatow und Märkisch-Friedland. Die Schwierigkeiten waren groß, da es sich die Polizei angelegen sein ließ, die Versammlungen zu verbieten, wie in Linde zweimal, Flatow, Neustettin und Schloppe. Trotzdem aber breitet sich die Bewegung unaufhaltsam aus, und es bestehen gegenwärtig mehr als ein Dutzend Ortsgruppen mit mehreren tausend Mitgliedern. Die Führung ist eifrig darauf bedacht, die besten Redner der Bewegung den Ortsgruppen zuzuführen, und unendlich ist der Jubel, mit dem überall die Heilsbotschaft der Erlösung und Befreiung des zertretenen und geknechteten Vaterlandes aufgenommen wird. Diese erfreuliche Entwicklung der Freiheitsbewegung in der Ostmark ist uns eine neue sichere Bürgschaft dafür, daß dem völkischen Gedanken die Zukunft gehört.

Letzte Nachrichten

Blutige Kämpfe in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 8. Nov. Im Laufe des gestrigen Tages kam es mehrfach zu blutigen Überfällen der Separatisten auf die Bevölkerung. Von der Mittagszeit an durchzogen die Separatisten fast ununterbrochen die Straßen und feuerten in die Luft, zum Teil aber auch in die Menge hinein. Die Erbitterung der Bevölkerung, besonders auch der Arbeiterschaft, ist aufs äußerste gestiegen, zumal die Franzosen mit einer Schamlosigkeit, die sie wohl nirgendwo im Rheinland gezeigt haben, die Partei der Separatisten ergreifen.

Gegen Mittag drangen vier Separatisten in eine Fabrik ein und wollten zwei Automobile mit Beschlag belegen und wegschaffen. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr, worauf die Separatisten sich zurückzogen. Sie kamen später mit Verstärkung wieder und wollten außer den zwei Autos auch noch Lebensmittel requirieren, die in den Fabriken in Anbetracht der wirtschaftlichen Not zum Teil bei der Lohnzahlung Verwendung finden. Als die Arbeiterschaft von der erneuten Wiederkehr der Separatisten erfuhr, rottete sie sich zusammen und trieb die Separatisten hinaus. Es kam zu einer Schlägerei, wobei ein Separatist totgeschlagen wurde; drei Separtisten wurden schwer verletzt. Nunmehr sperrten die Sonderbündler die Straßen von der Fabik ab, trieben die Bevölkerung mit vorgehaltenen Revolvern auseinander und schossen blindlings in die Luft.

Zu gleicher Zeit wurde in der Marktstraße die Bevölkerung überfallen. Hier war indessen die Erbitterung so groß, daß die Menge trotz der Schüsse nicht vom Platz wich. Die Separatisten mußten schließlich das Feld räumen.

tu. **Paris**, 8. Nov. Dem „Journal" wird aus Mainz gemeldet, daß es bei der Ausrufung der Rheinischen Republik in Kirchheimbolanden in der Pfalz zu ernsten Zwischenfällen gekommen ist. Eine Gruppe von Manifestanten, die die Meldung des „Journals" getreu den Gewohnheiten der französischen Presse als Nationalisten und Kommunisten bezeichnet, hatte gestern abends, kurz nach 7 Uhr, die elektrischen Leitungen abgeschnitten, und erst eine Stunde später hatte der Strom wieder hergestellt werden können. Die Manifestanten hatten in einer Zahl von etwa 1500 die Büroräume des separatistischen örtlichen Komitees belagert. Diese Büroräume befinden sich in demselben Gebäude wie die Büros des Delegierten der Rheinlandskommission. Letzterer versuchte durch zwei Soldaten die Menge auseinanderzutreiben. Es gelang ihnen aber nicht. Die Meldung behauptet weiter: Die Manifestanten hätten darauf den Delegierten der Rheinlandskommission selber belästigt und zu Boden geworfen. Sie hätten ihm auch seinen Revolver entrissen; die Waffe jedoch kurz danach zurückgegeben.

Vor dem Bezirksamt in Kirchheimbolanden habe sich eine förmliche Schlacht entwickelt, da die Manifestanten versuchten, das Bezirksamt im Sturm zu nehmen, welches von 30 Separatisten mit Gewehrschüssen verteidigt wurde. Inzwischen ließ der Delegierte der Rheinlandskommission Verstärkungen herbeiholen, und die Meldung besagt weiter, französische Gendarmen hätten gegen ½10 Uhr abends die Ordnung wieder hergestellt. Man verzeichnet 1 Toten und 5 Verwundete auf seiten der Manifestanten.

Weiteres Separatistenvordringen in der Pfalz.

Landau, 8. Nov. In Landau sind heute, Donnerstag, früh ½8 Uhr mehrere hundert Sonderbündler, lauter junge stadt- und landfremde Burschen, mit der Bahn eingetroffen und in militärisch geordnetem und gegliedertem Zug in die Stadt einmarschiert. Ein Teil zog sofort zum Rathaus, ein anderer zum Bezirksamt und zur Reichsbank. Posten mit Karabinern wurden vor den Gebäuden aufgestellt. Die letzte Abteilung zog dann ebenfalls die Marktstraße hinunter zum Stadthaus. Abgesehen von einer kleinen Schlägerei vor dem Stadthaus ist die Sache bis jetzt ruhig verlaufen. Etwa 200 bewaffnete Sonderbündler sammelten sich in Neustadt am Bahnhof und vor demselben an. Die gesamte Bevölkerung, einschließlich Kommunisten, nimmt scharfe Stellung gegen die Sonderbündler. Die Sonderbündler läuteten die Sturmglocken. Über Neustadt ist eine Verkehrssperre verhängt worden. Die gesamte Polizei, sowohl von Landau als auch von Neustadt, ist unter französischen Befehl gestellt worden. Diese Maßnahme ist schon seit einigen Tagen getroffen worden. Nach Verhandlungen mit der Besatzung wurde die Polizei in ihr Amtslokal eingelassen. Dr. Kirschner von Neustadt wurde auf der Straße von den Sonderbündlern verhaftet. Wohin er gebracht worden ist, ist unbekannt. In Bergzabern begab sich gestern nachmittag 4 Uhr eine Anzahl Sonderbündler nach einer vorher abgehaltenen Versammlung zum Bezirksamtsgebäude und hißte dort die grünweißrote Flagge. Wie verlautet, wurde inzwischen die Fahne wieder heruntergeholt, von den Sonderbündlern aber zum zweiten Male gehißt. In der Stadt ist es ruhig.

Regierungswechsel in Baden.

Karlsruhe, 7. Nov. Der Badische Landtag hat das bisherige Präsidium mit Dr. Baumgartner (Ztr.) an der Spitze wiedergewählt. Darauf wurde mit 55 Stimmen turnusgemäß Finanzminister Köhler (Ztr. — der Freund Dr. Wirths) zum neuen Staatspräsidenten und Unterrichtsminister Dr. Hellpach (Dem.) zum Stellvertreter berufen. Staatspräsident Köhler führte in seiner Antrittsrede unter anderem aus: Wir stehen fest zur Zentralgewalt des Reiches in diesen schweren Tagen. Die Reichsverfassung ist für uns kein Spielball. Wir haben aber ein Recht, zu erwarten, daß die Regierung des Reiches mit starker Autorität und letzter Kraft ihren Bestand schützt gegen alle Angriffe, woher sie immer kommen. Wir verlangen, daß man endlich entschieden und umfassend und ohne falsche Rücksichtnahme zugreift, um die großen wirtschaftlichen Gefahren zu bannen, welche das Sein des deutschen Volkes bedrohen. Wir erwarten ferner, daß die Eigenart der Länder Verständnis finde im Rahmen des Reiches. Wir aber mahnen auch eindringlich, die Wohnung im deutschen Haus jetzt nicht umzuändern, da das Haus in Brand steht. Die große deutsche Einigkeit allein ist der Schild, der die Treuen um das deutsche Banner am Rhein und an der Ruhr noch hält. Dort ringt man um das Deutschtum, um den Bestand des deutschen Vaterlandes. In ihren schwersten Stunden soll die Südwestmark sie brüderlich schützen. Darum rufe ich auf zur Einigkeit, auf diesem unserem Wege dem Vaterlande beizustehen.

Um die Einigung zwischen Berlin und Bayern.

tu. **Stuttgart**, 8. Nov. Es sind Schritte des württembergischen Staatspräsidenten zu erwarten, um die Einigung zwischen Berlin und Bayern herbeizuführen.

Die Arbeitsgemeinschaft süddeutscher deutschnationaler Abgeordneter, der Vertreter aus Bayern, Baden und Württemberg angehören, kam in Stuttgart zu einer Sitzung zusammen. In einer Entschließung wurde gefordert, daß die Arbeitsgemeinschaft es für eine Pflicht der süddeutschen Staaten hält, Bayern in seinem Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Einflüsse in der Reichsregierung zu unterstützen.

Auch die Deutschdemokratische Partei des Südens hatte sich zu einer Besprechung in Stuttgart zusammengefunden und zum Ausdruck gebracht, daß unerschütterlich an der Einheit des Reiches festzuhalten ist.

Reichswehr in Weimar eingerückt.

tu. **Weimar**, 8. Nov. Heute vormittag ist ein Bataillon Reichswehr, bestehend aus Infanterie und Kavallerie, in Weimar eingerückt. Die Truppen sind von einer Batterie Artillerie begleitet und besetzten den Marktplatz und das Postamt. Vor dem Ministerialgebäude steht ein Trupp Kavallerie und sperrt den Zugang zu dem Gebäude ab.

Abdankung des Reichskanzlers?

tu. **Berlin**, 8. Nov. Wie der „Lokalanzeiger" meldet, beabsichtigt der Reichskanzler, nach der Ergänzung seines Kabinettes im Reichstage die Vertrauensfrage zu stellen.

Die Deutschnationalen verlangen Ausweisung der Ostjuden.

tu. **Berlin**, 8. Nov. Die deutschnationale Fraktion des preußischen Landtages hat folgende Anfrage gestellt: Den ersten Anstoß zu den in Berlin in den letzten Tagen vorgekommenen Ausschreitungen gaben ostjüdische Händler, die den Erwerbslosen und anderen Unterstützungsbedürftigen unter Ausnützung ihrer Notlage und Unerfahrenheit das für sie beschaffte wertbeständige Geld abzunehmen verstanden, und daß bei den erwähnten unlauteren Elementen vielfach neben wertbeständigen Geldern größere Bestände von Devisen gefunden wurden. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um Preußen von Elementen zu befreien, die das ihnen gewährte Gastrecht zu einem derart aufreizenden und schädlichen Treiben mißbrauchen?

Walther Oehme wieder verhaftet

tu. **Berlin**, 8. Novbr. Der Journalist Walther Öhme ist auf Befehl des Berliner Militärbefehlshabers General von Horn wieder verhaftet worden, weil er durch Verbreitung unwahrer Nachrichten, in denen der Bürgerkrieg in Deutschland als unvermeidbar bevorstehend dargestellt wurde, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufs schwerste gefährdet hat.

Mussolini an die Flieger.

tu. **Rom**, 8. Nov. Bei der Besichtigung des Flugplatzes in Centocelle hielt Mussolini eine Ansprache an die versammelten Offiziere und Mannschaften. Es waren ungefähr 340 Flugzeuge flugbereit aufgestellt. Mussolini sagte: Als Mensch könne er sich Illusionen und Phantastereien hingeben, als Staatsmann aber habe er die Verantwortung für das Gemeinwohl und er gehorche nur den Notwendigkeiten, die ganze Nation vor Schaden zu bewahren. Es sei möglich, daß große Kriege für die Zukunft verhütet werden, aber wahrscheinlich sei es nicht. Jedenfalls richte er sein Augenmerk auf das, was andere Staaten tun und treffe danach seine Maßnahmen. Heute sei Italien schon stark genug, um der weiteren Entwicklung der Dinge, so bedrohlich sie auch sein mögen, ruhig entgegenzusehen. Im nächsten Jahre solle der Flugpark Italiens verdoppelt sein. Er hoffe bestimmt, daß Offiziere und Mannschaften im Dienste des Luftkrieges, wie heute im Frieden, ihre Pflicht voll und ganz erfüllen werden.

Ehrenbezeigung für Jugoslawien.

tu. **Rom**, 8. Nov. Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat gestern nachmittag eine Abteilung bulgarisches Militär mit Fahne vor der auf der serbischen Gesandtschaft gehißten jugoslawischen Fahne Ehrenbezeigung geleistet. Alle übrigen im jugoslawischen Ultimatum enthaltenen Forderungen sind gestern erfüllt worden.

Aus München

Hilfsmaßnahmen der Stadt.

In der Armenpflege wird wegen der katastrophalen Geldentwertung die für November bereits ausbezahlte Unterstützung im dreifachen Betrage nachbezahlt, wofür 1800 Billionen nötig sind. Eine dreieinhalbfache Nachzahlung wird in der Sozial- und Kleinrentnerfürsorge gewährt, wofür 4200 Billionen erforderlich sind. Zur Unterstützung der städtischen Suppenküchen, der öffentlichen Speisehallen und anderer Speisungsgelegenheiten genehmigte der städtische Finanzausschuß einen Zuschuß in Höhe von 150 Billionen.

Zunahme der Erwerbslosigkeit.

Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen ist in der Woche vom 29. Oktober bis 3. November von 13559 auf 14405 gestiegen. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter war am 3. November 41 000.

---

im Adagio den titanischen Aufschwung nach C-Dur mit dem hohen C der Trompete und im pompösen Abschluß des Finales, in dem das Hauptthema in strahlendem Glanz und dramatischer Schlagkraft sich noch einmal in höchstem Glanze entwickelt.

Mit einem Beifallssturm, der schier kein Ende nehmen wollte, dankte die Zuhörerschaft dieser Offenbarung Brucknerscher Tonwelt.

J. St—g.

*

Von dem Liederabend Helmi Wegelius-Asberg hörte ich nur einige Stücke. Sie genügten, um das ausgezeichnete Stimmaterial kennenzulernen, über das die Sängerin von Natur aus verfügen kann. Großer tragender Ton, ein erstaunlicher Umfang (der das Volumen des tiefen Alt und des Mezzosoprans umschließt) und — vorbehaltlich die oft noch starke „Erdgebundenheit" der Vortragskunst: das Format zur Sängerin großen Stils ist damit gegeben. Dr. Rudolf Götz begleitete am Flügel in seiner bekannten einfühlenden und vertiefenden Art.

Die Konzertdirektion Bauer erwirbt sich um die Pflege guter Kammermusik nachgerade außerordentliche Verdienste. So gab das Münchener Streichquartett (Herren Jani Szanto, Felix Saube, Philipp Haaß, Josef Disclez) einen Abend „Auslese Beethovenscher Kammermusikwerke". Die Vortragsfolge umfaßte die Quartette op. 18, Nr. 1, op. 127 und op. 59, Nr. 2. Das Münchener Streichquartett schien zu seinen sonstigen starken Qualitäten noch einen guten Tag zu haben. Namentlich das E-Moll-Quartett war von einer seltenen Abklärung und Schönheit, in technischer und musikalischer Beziehung. Dem Quartett wäre ein besserer Besuch wirklich zu wünschen gewesen.

Der dritte Abend des Birkigtquartettes (Herren Birkigt, Morasch, Pg. Hösl, Beyer-Hané) brachte im Zyklus der Haydnquartette die Werke op. 3, Nr. 1 mit 6, in gewohnt ausgezeichneter Weise.

Auch hier noch zeigt sich die Abhängigkeit des Schöpfers des modernen Streichquartetts von seinen stilistischen Vorbildern der Mannheimer Schule in unverkennbarer Weise. Die Unentwickeltheit der Durchführungsteile in den ersten Sätzen, die Geschlechtslosigkeit der spezifischen Sonatenthemen, die starken Einflüsse der Triosonate namentlich im ariosen Andante und Adagio (Oktavbildungen und Reduzierung der Realstimmen), die von der Sonatentonalität noch kaum gestreifte Modulationsordnung: alles weist erst auf die „Erfindung" der vollen Quartettform in den „russischen" hin.

Das Birkigtquartett hat an diesem Abend mit seiner technischen Disziplin und künstlerischen Auffassung einen Erfolg erzielt, der mehr war als ein Publikumserfolg. Die berühmte Serenade, das Adagio des Quartetts Nr. 18 mit seinen hochklassischen Formdimensionen und überraschender inhaltlicher Tiefe, die ausgesprochene Vierstimmigkeit des gleichen Menuetts hinterließen unverwischbare Eindrücke. Man wird den kommenden Abenden mit großer Spannung und Erwartung entgegensehen können.

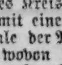
Dr. Paul Strüver gab unter Mitwirkung des verstärkten Domchores (Leitung: Domkapellmeister Prof. Berberich) mit dem Konzertvereinsorchester einen programmatisch bedeutsamen Abend „Don Juan und Faust". Die Gegenüberstellung der Lisztschen Programmsinfonie und der sinfonischen Tondichtung Strauß (die nicht nur die aufsteigende Entwicklungslinie der Programmusik bis zu ihrem schlechthin unüberbietbaren Höhepunkt, sondern auch die Relation zwischen den beiden Hauptvertretern derselben aufwies) gab dem jungen begabten Dirigenten Gelegenheit, seine technische Schulung und ruhig sichere Beherrschung des Apparates im besten Licht zu zeigen. Die sorgsame Kleinarbeit, welche das Orchester schon im „Don Juan", mehr noch in der Faustsinfonie zu leisten hatte (Temponahmen fast durchwegs langsamer als gewöhnlich) ließ die Werke außerordentlich durchsichtig und organisch erscheinen, wenn sie vielleicht auch in der großen Linienführung da und dort litten. Dr. Strüver hat an diesem Abend erneut bewiesen, daß er nicht zu jener neuropathisch sensitiven Gattung von Orchesterleitern gehört, die heute auf dem Ausgangsetat stehen; daß er sich in voller Verantwortung der Kunst gegenüber bescheiden zurückzusetzen weiß und damit nie die Sicherung der technischen Überlegenheit ausschaltet.

Den problematischen Schlußchor der Lisztschen Charaktersinfonie sang der verstärkte Domchor, auf der Orgel von Adolf Hempel, im Tenorsolo von Fritz Krauß sekundiert.

Dr. B.

Symbolik

Leben — Lohn



Liebe — Lob

Das Hakenkreuz besteht aus vier L, die zu einem Windmühlenflügel zusammengesetzt sind und so das Sinnbild des Kreislaufes darstellen. Von den vier Worten mit einem L als Anfang bedeuten zwei die Ideale der Menschheit, „Leben und Liebe", wovon die Dichter und Denker singen, wovon aber kein Mensch satt wird, wenn er keine Ziele hat — „Lohn und Lob", d. h. Brot und Anerkennung, sind die Ziele der Menschen, wonach sie trachten, also Idealismus und Materialismus zu gleichen Teilen im Kreislauf der Dinge und der Zeiten. Das ist das Ewige, stets Wiederkehrende und das Sein Erhaltende. Also das so sehr von den Juden befeindete „Hakenkreuz" ist das Zeichen der Zukunft, der Menschheit Ideale und Ziele vereinigt zu gleichen Teilen im Kreislauf der Zeiten und der Dinge.

Ein alter Ritualmord

Im Jahre 1286 gestand ein altes Judenweib, daß es ein Christenkind geraubt und dasselbe an die Juden verkauft habe, die dem armen Opfer mittels Nadelstichen das Blut abließen, welches sie zu religiösen Zwecken verwendeten. Die Einwohner von München brachen auf die Nachricht von diesem Verbrechen in offenen Aufstand aus und töteten viele derselben. Die erschrockenen Juden flüchteten sich massenweis in die Synagoge, doch gereichte ihnen dies zum Verderben. Die Bewohner Münchens sperrten nämlich die Tore der Synagoge ab, ließen von den Juden niemanden hinaus und trugen aus der ganzen Stadt Brennmaterial zusammen, welches sie um die Synagoge auftürmten und dann anzündeten, infolgedessen sämtliche im Tempel befindlichen Juden zu Asche verbrannten. (Aus: Tisza-Eszlar in der Vergangenheit und Gegenwart von Geza von Onody, Budapest, 1883, Seite 80.)

Kleine Nachrichten

Nationaltheater. Freitag, den 9. November, wird Friedrich Smetanas komische Oper „Die verkaufte Braut" in neuer Einstudierung gegeben. Musikalische Leitung: Dr. Karl Böhm. Inszenierung: Willi Wirk.

Siegfried-Wagner-Konzert. Für das morgen Samstag stattfindende Konzert des Richard-Wagner-Verbandes deutscher Frauen im großen Odeon-Saale unter der Leitung von Siegfried Wagner ist der Kartenverkauf so rege, daß nur noch wenige Sitze mehr zu haben sind. Das Konzert, das im Zeichen Richard und Siegfried Wagners und Franz Liszts steht, empfehlen wir allen unseren Lesern nochmals auf das wärmste.

Das Graphische Kabinett, G. m. b. H., Barerstr. 46 (gegenüber der Neuen Pinakothek), eröffnet soeben seine 6. Ausstellung, in der neue Aquarelle von Erich Heckel gezeigt werden.

Das Institut für wissenschaftliche Pädagogik in München veranstaltet ab 16. November (bis Weihnachten) jeden Freitag, abends ½6 Uhr, eine Vortragsreihe über das Thema „Das Wesen der wahren Autorität" (von Privatdozent Dr. v. Hildebrand). Zu den Vorlesungen, die im Turnsaal des Angerklosters (Blumenstr.) stattfinden, werden gegen mäßige Teilnahmegebühr alle Interessenten zugelassen.

Das neue Bulgarien. Die Größe Bulgariens hat im Laufe der Jahrhunderte sehr geschwankt. Sehr lehrreich sind die Angaben, die Prof. Dr. E. Kassner in einer Abhandlung über Bulgarien in dem eben erschienenen „Erdbüchlein" für 1924 macht. Danach betrug die Größe Bulgariens um 864 unter Boris I. rund 440 000 Quadratkilometer, um 1200 unter Kalojan 204 000 und um 1230 unter Iwan Assen II. 300 000 Quadratkilometer. Dann gehörte das Land jahrhundertelang zur Türkei. Nach der Befreiung durch den Berliner Frieden von 1878 hatte es nur 63 750 Quadratkilometer. Von seinen Eroberungen im Balkankrieg verlor Bulgarien 1913 einen großen Teil, behielt aber immerhin noch 111 837 Quadratkilometer. Im Weltkrieg nahm es den Türken 2588 Quadratkilometer weg, wurde aber im Vertrage von Neuilly auf 103 146 Quadratkilometer verkleinert. Innerhalb dieses Gebietes zählte es 1920 4 861 439 Einwohner, d. h. auf 1 Quadratkilometer durchschnittlich 47 Menschen. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten überwogen in Bulgarien stets die Männer. Infolge des Balkankrieges und des Weltkrieges kommen aber jetzt nur mehr 1003 Männer (1900 noch 1041) auf 1000 Frauen, so daß jetzt viele Mädchen unverheiratet bleiben, was vorher selten vorkam.

Die jetzigen politischen Grenzen Bulgariens fallen, wie jetzt fast überall in Europa, nicht mit den natürlichen geographischen Grenzen noch mit der Verbreitung der Völker zusammen. So erhielt durch den Friedensvertrag von Neuilly Serbien die rein bulgarische Gegend von Zaribrod, obwohl eigentlich schon das benachbarte serbische Pirot nach der Landbevölkerung durchaus bulgarisch ist. Ebenso hat ein großer Teil der jetzt rumänischen Dobrudscha stark bulgarische Bevölkerung, so daß nach dem Berliner Frieden von 1878 die Rumänen selbst mit der Zuteilung dieses nach ihrer Meinung bulgarischen Landes an Stelle des ihnen genommenen Beßarabiens sehr unzufrieden waren. Auch im serbischen und griechischen Mazedonien wohnen auf weiten Strecken bis nach Albanien hin Bulgaren, während Serben und Griechen meist nur auf einzelne Ortschaften beschränkt sind.

Der Kohlenbergbau in den Vereinigten Staaten. Der erste Bergbau auf Kohlen hat 1750 zu Virginien bei Richmond stattgefunden, wo die Kohlen seit 1701 bekannt waren. Ungefähr um 1822 hat der Abbau der pennsylvanischen Hartkohle begonnen. Da dieser von denselben Gesellschaften betrieben wurde, die auch die ersten Kanäle und Eisenbahnen erbauten, so wuchs die Menge des geförderten Anthrazits schnell über die der Weichkohle empor, um erst etwa um 1870 von dieser wieder überflügelt zu werden. Etwa von 1840 an begannen die Steinkohlen die bis dahin hauptsächlich gebrauchten Holzkohlen zu verdrängen und damit den Aufschwung der Großindustrie einzuleiten. Heute liefern die Vereinigten Staaten 38 Prozent der Welterzeugung an Kohlen.

Buchbesprechung

Deutsche Bauern-Hochschule. Vierteljahrszeitschrift für deutsche Bauernkultur und den germanischen Volkshochschulgedanken. Hakenkreuz-Verlag, Deutschschriftenhaus, Hellerau bei Dresden. — Bruno Tanzmann, der Herausgeber der Deutschen Bauernhochschule, weiß immer Eigenes und Gediegenes zu schreiben, so auch in dem vorliegenden Heft über „Die Sendung der deutschen Jugend. Beachtenswert ist der Aufsatz Paul Tonscheidts über die Stadt- und Landjugendbewegung und die praktischen Ratschläge des bekannten Hauptmanns Schmude „Wie können wir durch Siedlung neues Bauerntum und Land schaffen?" Weiter enthält das vorliegende Heft ausgezeichnete Bilder Albert Leo Schlageters und unseres Parteigenossen Heinrich Dolle, des Bergmanns und Siedlers. Hugo Hofmann hat einen Bericht über die Grenzlandarbeit der Deutschböhmischen Volksbildnerwoche auf Schloß Bösig beigesteuert.

M. v. Killinger: Heiteres aus dem Seemannsleben. Verlag E. Beutelspacher u. Co., Dresden-A. 1. In 9monatiger Untersuchungshaft hat Killinger diese lustige Geschichten aufgeschrieben. Er besitzt den sieghaften, lebenssprühenden Humor unserer Seeleute, den wir heute so bitter nötig haben. Auch in den ernstesten Lagen hat ihn seine zuversichtliche Stimmung nicht verlassen und schwere Gefahren hat er mit einem Scherzwort zu überwinden gewußt. Erich Hemmerling hat einen passenden Buchschmuck zu dem trefflichen Büchlein beigesteuert.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 6416—6418. A. E. Brehm, Die Raubtiere. 2. Teil: Hundeartige Raubtiere, Hyänen, Marder, Bären. Herausgegeben von Carl W. Neumann (234 S.). Geh. 90 ₰, geb. 1,50 ℳ Grundzahl mal Schlüsselzahl des Börsenvereins. Der Band bringt die fesselnden, durch eine Fülle von eigenen Erlebnissen und Jagdabenteuern gewürzten Schilderungen der Raubtierwelt zum Abschluß. Neben den durch zahlreiche Märchen und Fabeln besonders volkstümlich gewordenen Tiergestalten wie Wolf, Fuchs und Bär behandelt er in anziehenden Lebensbildern vor allem die wichtigsten tierischen Pelzlieferanten und darf schon deswegen auf einen großen Interessentenkreis rechnen.

Münchener Beobachter

5 Jahre Novemberrepublik im Münchener Volksschulwesen

5 Jahre Novemberrepublik! — Eine Spanne Zeit, die nicht nur zum Rückblick berechtigt, sondern eine Stellungnahme fordert zu den Wandlungen, die in ihr das Schulwesen unserer Stadt erfahren hat. Gerade auf schulischem Gebiet hatten ja die neuen Machthaber herrlich freie Bahn. Niemand störte sie im „Aufbau"; im Gegenteil, die Standesvereine der Lehrr standen ihnen mit Rat und Tat zur Seite. Man hatte die Lehrerschaft klug für sich zu gewinnen gewußt. Man gab ihr das Lehrergesetz — das heute in den letzten Zügen liegt, man machte die Lehrer zu Staatsbeamten — ein Vorrecht, das die Betroffenen nach kurzer Zeit schon als ein zweifelhaftes erkennen mußten —, und man hatte vor allen Dingen die geistliche Schulaufsicht aufgehoben. Was diese betrifft, behaupten aber viele, sie wär auch ohne Revolution zu Fall gekommen, einmal, weil sie reif zum Zusammenbruch war und zum andern auf Grund der vaterländischen Verdienste der Lehrerschaft während des Krieges.

In Zeiten, in denen es um Leben oder Tod des ganzen Volkes geht, dürfen wir aber die Dinge niemals von rein standespolitischen Gesichtspunkten aus betrachten. Daß die obenerwähnten Geschenke der Revolution an die Lehrerschaft aber nur von standespolitischem Wert waren, sich nicht darüber hinaus auswirkten, das erkennen wir in der Schule auf Schritt und Tritt. Es drängen sich hier die gleichen Erscheinungen wie überall im öffentlichen Leben auf.

Die Revolution hat die wirklichen, im Volkstum eingewurzelten und in Tradition und Gesetz verankerten Autoritäten hinweggefegt und an ihre Stelle scheinbare gesetzt, die niemals Autoritäten sein konnten, es in gewissem Sinn auch nicht sein wollten. Das Volk sollte ja „frei" sein — und die neuen Autoritäten wollten auch frei sein, zu tun und zu lassen, was ihnen gefiel. Daß der Träger der Autorität sich selbst die geringste Freiheit zugestehen darf, wenn er nicht nur Autorität heißen, sondern auch als solche wirken soll, daran kehrten sich die Novemberlinge nicht. Die Folge war, daß sie den letzten Rest von Achtung in den Augen des Volkes bald einbüßten. Mit der Achtung vor den sogenannten Führern des Volkes schwand aber auch die Achtung vor dem Staat, dessen Spitze von diesen Führern verkörpert wurde und die Achtung vor den Einrichtungen dieses Staates. An Stelle des früheren Vertrauens trat Mißtrauen, an Stelle der Achtung Mißachtung, an Stelle der Verantwortungsfreudigkeit die Flucht vor der Verantwortung, treu dem Beispiel, das von oben gegeben wurde.

Da die Schule eine Einrichtung des Staates ist, spielten sich in ihr ganz ähnliche Vorgänge wie draußen im Staatswesen ab.

Die geistliche Schulaufsicht war eine Einrichtung, die schon längst der Daseinsberechtigung entbehrte. Angenommen, daß sie nur im Rahmen der Revolution zu Fall gebracht werden konnte, hätte in der Lehrerschaft die Erkenntnis Platz greifen und von höchster Stelle aus gestützt werden müssen: Nun heißt es mit allen Kräften die vorhandenen Fachautoritäten stärken! Statt dessen begann der Sturm gegen diese, in München gegen die Oberlehrer. Trotzdem sich die Mehrheit der Lehrerschaft in einer Abstimmung an den Schulen für den Reform-Oberlehrer entschied, führten die im Schulwesen regierenden Novemberlinge die kollegiale Schulleitung ein. Schulleitung und Schulaufsicht wurden getrennt — ein echter, rechter Schildbürgerstreich, wie sich im Laufe der Jahre immer deutlicher bewiesen hat! Es bildeten sich die Lehrerräte: Landeslehrerrat, Kreislehrerrat, Stadtlehrerrat München, die Lehrerräte an den Schulen. Besprechungen über Besprechungen, Wahlen über Wahlen, gültige und ungültige! Besondere Schwierigkeiten traten bei der Wahl der Vorsitzenden in den einzelnen Schulen zutage, weil jene, die für die kollegiale Leitung gestimmt hatten, nun sich gegen Übernahme von Schulleitungsarbeiten sträubten. So kam es, daß an vielen Münchener Schulen Anhänger des autoritativen Systems die Schulleitung in kollegialem Sinn übernehmen mußten, wollten sie nicht einen völligen Zusammenbruch unseres als vorbildlich bekannten Schulwesens verursachen. Die Freunde des neuen Systems drückten sich von der Arbeit. Dem gewählten Vorsitzenden des Lehrerrates aber muteten sie neben der vollständigen Führung seiner Klasse die Erledigung sämtlicher Schulleitungsgeschäfte zu. Unter diesen Umständen hätte die kollegiale Schulleitung kläglich versagen müssen, wenn nicht die sogen. „Reaktionäre", Damen wie Herren, durch Übernahme von Teilgebieten der Schulleitung dem Vorsitzenden die Last tragbar gemacht hätten. Dies hatte natürlich empfindliche Störungen im Klassenbetrieb der betr. Lehrkräfte zur Folge. Am schwersten litt die Klasse des Vorsitzenden, der stündlich aus der Schularbeit gerissen wurde und lange Zeit ohne Beihilfe die Arbeit in Büro und Klasse leisten mußte — Vereinsbonzen aber, die sich im Ministerium wichtig machten, erhielten von dort aus zur Entlastung einen Schulamtsbewerber zugewiesen. Die demokratischen und sozialistischen Maulhelden verkündeten ½ Jahr nach Einführung stolz: die kollegiale Schulleitung bewährt sich! Wer sie aber führte, das verschwiegen sie aus guten Gründen. Damals entstand in der Lehrerschaft das Sprichwort: der eine macht d' Arbeit, der andere d' Sprüch!

In einer Richtung versagte aber auch die bestgeführte, kollegiale Leitung, sobald es galt, Mißstände in der Amtsführung eines Lehrerratsmitgliedes abzustellen. Mancher spielte in Standesvereinen, Gewerkschaften und bei den Behörden eine große Rolle und vernachlässigte darüber seine Berufspflichten in gröblichster Weise. Trat jemand im Lehrerrat mit einer Anklage gegen eine solche Persönlichkeit hervor, dann rümpften die Demokraten die Nase über solch „unvornehme" Art und Feiglinge ergriffen die Partei des Bloßgestellten; wer konnte denn wissen, wieweit es der Kollege mit Hilfe seiner Unverfrorenheit brachte und dann? Im übrigen fühlte sich jeder unverantwortlich, der Leiter der Schule wie jedes Mitglied des Lehrerrates, jeder einzeln für sich und in der Gesamtheit erst recht.

Zu Beginn dieses Jahres wurde die kollegiale Leitung aufgehoben und eine neue autoritative Leitung eingeführt. Das System hat wieder einmal gewechselt, die Mißstände sind die alten. Die pflichttreuen Lehrkräfte betrachten nach wie vor die Arbeit in der Schulstube als Hauptberuf, die pflichtvergessenen als Nebenberuf; sie treiben's unter der neuen Autorität genau so wie vorher unter der kollegialen Leitung; denn vielfach sind die neuen Autoritäten wie alle übrigen in Neudeutschland eben auch wieder nur äußerliche, ohne Verantwortungsgefühl und ohne den Mut, gegen Pflichtvergessenheit und Lüge nachdrücklich aufzutreten. Es ist auch die Frage, ob der Mutige, der dies wagte, nicht mit der Schulaufsichtsbehörde in Konflikt käme, denn zu Nutz und Frommen der Pflichtvergessenen wurden ja Schulleitung und Schulaufsicht so hochweise getrennt.

Die Schulaufsicht führten zunächst Bezirksschulräte, die von der Lehrerschaft gewählt worden waren, und die neben der Aufsicht über mehrere Schulen eine Klasse zu führen hatten. Die alten Qualifikationen der Lehrkräfte wurden ausgelöscht — wer das Hauptinteresse daran hatte, ist leicht zu raten — und durch die neugewählten Bezirksschulräte wurden neue Qualifikationen ausgefertigt auf Grund eines einmaligen Klassenbesuches, der — vorher angesagt wurde. Es ist sogar vorgekommen, daß der Bezirksschulrat in eine Verschiebung des Zeitpunktes willigte und so der betr. Lehrer Zeit gewann zur Anfertigung des Lehrplanes und zur Ordnung seines verlotterten Schriftwesens.

Heuer wurde auch die Schulaufsicht neu geordnet. Die Bezirksschulräte wurden von der Führung einer Klasse entbunden; sie stehen also nicht mehr unmittelbar im Schulleben. Zugleich wurde eine Verschiebung der Bezirksschulräte vorgenommen, so daß die Mehrzahl der Lehrkräfte wieder einem Vorgesetztenwechsel unter-

5 Jahre Novemberrepublik usw. 3

worfen wurde. Gewinn aus diesem Verfahren ziehen wieder die Gewissenlosen; denn es ist klar, daß jeder Vorgesetzte auf Grund einer einmaligen Beobachtung niemand schaden will, eine zweite Beobachtung wird ihm aber durch Versetzung unmöglich gemacht, und so schlüpft der Lump ungeschoren durch. Es liegt System in der Methode, in der Schule wie im Staate.

Darf es da noch wundernehmen, daß auch die Eltern und Kinder kein Autoritätsgefühl der Schule gegenüber besitzen, daß ein Erlaß der Behörde notwendig wurde, der den Lehrern für den Fall von Beleidigungen durch die Eltern Rechtsschutz zusichert?

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Im Osten unseres Gebietes verläuft noch eine Tiefdruckfurche als Rückstand der nach Nordskandinavien abgezogenen Depression. Unter ihrem Einfluß sind in Ost- und Südbayern erhebliche Niederschläge erfolgt, die im Alpenvorland heute morgen den ersten größeren Schneefall brachten. Die gestern vor Island angedeutete Depression ist bereits nach dem Nordmeere vorgerückt und wird zusammen mit den erwähnten östlichen Tiefdruckresten die Wetterlage der nächsten Tage beherrschen.

Wettervorhersage für Freitag, den 9. Nov.: Pfalz, Nordwestbayern vorübergehende Besserung, bei Aufklaren Nachtfrost; Ost- und Südbayern weitere Niederschläge, oberes Maingebiet Hochwasserwetterlage.

*

Der Jude als Arzt. In dieser unseren Lesern bekannten Kriminalangelegenheit des Juden Dr. Simon Gutmann ließ uns die Staatsanwaltschaft mitteilen, daß bisher die Erhebungen nichts Strafbares gegen Gutmann ergeben hätten. Wir möchten auf das Wörtchen bisher einen besonderen Nachdruck legen, weil wir es auf Grund des Tatbestandes für undenkbar halten, daß sich keine Handhabe bieten sollte, den Simon Gutmann zur Verantwortung zu ziehen. Wir denken auch keineswegs daran, diesen unerhörten Fall im Sand verlaufen zu lassen, sondern werden uns redlich bemühen, diesen Juden der verdienten Strafe zuzuführen. Es sei deshalb vorerst einmal für heute festgestellt: Gutmann hat dem an Lungenasthma leidenden Mädchen Morphium, Koffein und Suprarenin eingespritzt in einer Menge, die allein schon genügte, das Mädchen zu töten. Hernach nahm Gutmann einen Aderlaß vor, der bei Asthma doch höchst überflüssig ist. Und zwar öffnete er nicht bloß die an der Oberfläche gelegene Cubitalvene, sondern die tief gelegene Armarterie, so daß ohne Blutstillung, die, obgleich sie leicht durch Verschnürung des Oberarmes mit einem Band oder durch Hosenträger hätte vorgenommen werden können, Gutmann unterließ, Verblutung innerhalb kurzer Zeit erfolgen mußte. Im Waschbecken allein fanden sich über 2 Liter Blut, die Leiche war vollständig ausgeblutet. Beachtenswert ist, daß der Jude die Angehörigen aus dem Zimmer schickte und allein im Zimmer seine Manipulationen vornahm, was jedem, der die sonderbaren Bräuche des Judentums kennt (Ritualmord), gewisse Vermutungen nahelegt. Wir verlangen, daß Simon Gutmann vor Gericht gestellt wird.

Ein hungernder Hebräer. Ein Hotelbesitzer in Oberstdorf im Allgäu erhielt unlängst von dem Hebräer Ad. Silbermann in Berlin W, Pariser Straße 38, folgenden, in beachtlichem Judendeutsch abgefaßten Brief:

Sehr geehrter Herr!

Sie werden sich aus meiner wiederholten Anwesenheit und meinem Aufenthalt bei Ihnen erinnern. Ich habe nun heute eine Bitte an Sie die Sie mir gewiß erfüllen werden.

Führ meine zahlreiche Familie benötige ich guter Eßbutter. In Berlin kann ich nun die Preise nicht mehr bezahlen. Kann ich nun von Ihnen direkt oder wenn Sie die Freundlichkeit hätten Jemand aus dortiger Gegend zu beauftragen jede 14 Tage 20 bis 30 Pfund (!!) guter Eßbutter bekommen. Was kostet das Pfund inclusive Verpackung und Fracht nach Berlin Pariserstraße. Ich hoffe daß Sie mir behülflich und gefällig sind sonst sterbe ich noch vor Hunger (!!) und kann nicht mehr den schönen Algäu besuchen.

Freundlichen Gruß

gez. Ad. Silbermann.

„Sonst sterbe ich noch vor Hunger." Darnach hätte also Kardinal Faulhaber dennoch recht, wenn er in seiner letzten Allerseelenpredigt meinte, auch die Juden seien Menschen, die wir im Winter nicht hungern lassen dürften. Welche Bewandtnis es aber mit dem „Hungern" der Hebräer hat, zeigt sich an dem Verbrauch des vor dem Verhungern stehenden Silbermann — „jede 14 Tage 20 bis 30 Pfund guter Eßbutter". Wir Gojims können froh sein, wenn's zu einem Pfund Margarine langt!

Lehrlingsfreisprechung im Münchener Kunstgewerbeverein. Wenn es auch im allgemeinen guter Münchner Brauch ist, überkommenes zu hegen und an Gebräuchen der Väter festzuhalten, so ist doch dies innerhalb der handwerklichen Kreise ganz besonders der Fall im Münchner Kunstgewerbeverein. Die alljährliche Freisprechung der Lehrlinge vollzieht sich in einer ungemein reizvollen äußeren Aufmachung und stellt einen Festakt dar, der vor allem auch das gute Einvernehmen zwischen Meisterschaft und handwerklichem Nachwuchs so recht ins Licht stellt. Goldschmied Heiden, der seit vielen Jahren das Lehrlingswesen in treuer Obhut hat, gab auch heuer wieder den achtzehn angehenden Gesellen und den zwei Mädchen, die ihr Gesellenstück geschaffen haben, treffende Worte der Anerkennung und der Ermunterung mit auf den Weg. Die mit der Freisprechung herkömmlicherweise verbundene Ausstellung der Lehrlingsarbeiten im Münchner Kunstgewerbe zeigte wieder, daß in den mannigfachen Zweigen, in der Goldschmiedekunst vor allem, aber auch bei den Ziseleuren, Gießern und Kunstschlossern, den Schnitzern, Schreinern, den Bildhauern und Glasmalern handwerkliches Können noch in Blüte steht und von den Meistern mit Erfolg dem Nachwuchs vermittelt wird.

Kriegergedächtniskapelle Heilig-Geist. Dank des Opfersinnes der Pfarrangehörigen, vor allem aber dank der Gebefreudigkeit von Wohltätern, die nicht genannt sein wollen, hat nun auch die Stadtpfarrkirche Heilig-Geist ihr Kriegerdenkmal erhalten, und zwar eine Kriegergedächtniskapelle.

Den Eingang zieren die Worte „mors janua vitae" (der Tod ist die Pforte zum wahren Leben). Zwei mächtige Eisengitter, feine Kunstschmiedearbeit aus alter Zeit, bilden die Türe; in blendendem Weiß sind die Wände getüncht, von denen sich das reichverzierte, in feiner Farbenstimmung gehaltene, mit einem wertvollen Gemälde von Glötzle versehene Deckengewölbe wirkungsvoll abhebt. An der linken Wandseite ist ein zwar einfacher, aber reichprofilierter Altar aus farbigem Juramarmor aufgebaut, und zwar wieder unter einem Gemälde, „die Verkündigung Mariens" darstellend. In die gegenüberliegende Wandseite ist die dreiteilige Gedenktafel eingelassen; sie trägt die Namen der 265 gefallenen Pfarrangehörigen. Auch über der Gedenktafel, und zwar als weiteres Symbol, kommt ein Gemälde von gleicher Meisterhand, das indessen noch unvollendet ist. Das Ganze macht einen heimischen, friedlichen Eindruck, gewiß so recht geeignet für eine Stätte des Trostes und der Erbauung. So haben alle zusammengewirkt, um ihre Treue und Dankbarkeit zu den Helden zu beweisen, und damit darf sich der Arbeitsausschuß, an dessen Spitze Standesbeamter Bräu stand, mit seinem Werke wohl an die Öffentlichkeit wagen. Am Sonntag, den 11. November 1923, vormittags 11 Uhr, findet in feierlicher Weise die Eröffnung statt; es wird ein Fest der Gesamtpfarrgemeinde werden. Stadtpfarrprediger Worlitschek hält die Festpredigt, der Pfarrvorstand aber die Weihe und die erste heilige Messe in der Kapelle. Den Abschluß des Tages bildet ein Orgelkonzert von Organist Anton Schmid, der dabei herrliche Tonwerke, u. a. die Vogelpredigt des hl. Franziskus, aufführen wird.

Lage des Münchener Wohnungsmarktes. Die Zahl der für eine Familienwohnung mit Küche beim städtischen Wohnungsnachweis vorgemerkten Wohnungsuchenden betrug Ende September 28 725 (August 28 609); darunter befanden sich 12 287 (12 300) vordringliche und 11 438 (11 309) dringliche Vormerkungen. Gegenüber dem Stand zu Monatsbeginn ergab sich somit eine Gesamtmehrung von 116 (206) Vormerkungen. Außer diesen Vormerkungen lagen noch 3453 (3352) Gesuche um Zuweisung von Wohnungen ohne Kochgelegenheit vor. Insgesamt ergibt sich somit Ende September die Zahl von 27 178 (26 961) Wohnungsuchenden. Im September sind 709 (650) neue Vormerkungsanträge beim städt. Wohnungsnachweis eingelaufen, von denen 67 (69) auf Wohnungstausch verwiesen wurden und 34 (32) mangels triftiger Gründe für einen Wohnungswechsel abgelehnt werden mußten. Beim städt. Wohnungsnachweis gelangten 378 (337) Wohnungen zur Anmeldung; vermietet wurden 341 (217) Wohnungen. Im Wohnungstauschverkehr wurden 224 (256) Anträge eingereicht; von diesen wurden 203 (235) genehmigt. Innerhalb der Stadt München wurden hierbei 384 (420) Wohnungen vertauscht. Die Durchschnittszahl der vorsprechenden Parteien betrug im Monat September bei der Abteilung Wohnungsnachweis des Wohnungsamtes allein täglich im Durchschnitt 1782 (1555) Personen; die höchste Besucherzahl an einem Tage belief sich auf 2840 (2560) Personen. Von der Abteilung Wohnungsbeschaffung des städtischen Wohnungsamtes sind im September 187 (148) Wohngelegenheiten, unter diesen 16 (12) selbständige Wohnungen auf Grund der gesetzlichen Verordnungen beschlagnahmt bzw. dem Wohnungsmarkt neu zugeführt worden. Von der Möglichkeit der Ablösung der Zivileinquartierung wurde in 79 (87) Fällen Gebrauch gemacht, und zwar wurden im Wege der Kapitalablösung in 74 (77) Fällen ein Betrag von 89 331 609 000 M., im Wege der Ratenablösung in 5 (10) Fällen ein Betrag von 1 221 674 000 M., somit zusammen 90 553 283 000 M. (2 348 713 000 M.) zugunsten des gemeindlichen Wohnungsbauprogramms 1923 vereinnahmt. — Durch die Rechts- und Räumungsabteilung des Wohnungsamtes wurden 19 (32) widerrechtlich bezogene Wohnungen zwangsweise geräumt. In 46 (63) Fällen, in denen sich der Vermieter weigerte, mit dem vom Wohnungsamt zugewiesenen Wohnungsuchenden Mietvertrag abzuschließen, mußte durch die Rechtsabteilung Antrag auf Abschluß eines Zwangsmietvertrages beim Mieteinigungsamt gestellt werden. Von den durch Beschlüsse des Mieteinigungsamtes erledigten Anträgen, die sich zum Teil auf Anträge aus früheren Monaten beziehen, wurden 26 (8) durch Festsetzung eines Zwangsmietvertrages verbeschieden; in 14 (5) Fällen wurde der Antrag nachträglich zurückgezogen, während in 15 (9) Fällen anderweitige Regelung (z. B. gütliche Einigung der beteiligten Parteien) erzielt wurde.

Die Gebühren in den städt. Krankenanstalten werden ab 4. November 1923 wie folgt festgesetzt: Tagesverpflegssätze in Sälen: für Einheimische 55 Milliarden, für Auswärtige 63 Milliarden Heizzuschlag (1. Okt. bis 30. April) 7,1 Milliarden; 3. Klasse: für Einheimische 60 Milliarden, Auswärtige 69 Milliarden*, Heizzuschlag 7,8 Milliarden; 2. Kl.: für Einheimische 55 Milliarden**, Auswärtige 63 Milliarden**, Heizzuschlag 8,9 Milliarden; 1. Klasse: für Einheimische 77 Milliarden**, Auswärtige 96 Milliarden**, Heizzuschlag 12,4 Milliarden; Vorschuß für Selbstzahler: in Sälen 640 Milliarden, 3. Klasse 700 Milliarden, 2. Klasse 1000 Milliarden, 1. Klasse 1400 Milliarden.

* Ärztehonorar, Heilmittel, Bäder, Massagen, Untersuchung und Behandlung mit Strahlen sind besonders zu bezahlen.

** Außer den vorgenannten Nebenkosten ist auch die Verköstigung besonders zu bezahlen.

Das rumänische Generalkonsulat befindet sich ab 12. November Bauerstraße 38/II. Die Geschäftsstunden sind wie bisher Montag von 3—6 und Dienstag von 9—11 Uhr. Fernruf 32 8 45. An den übrigen Tagen wie bisher in Garmisch.

Grenzübertritt nach Deutsch-Österreich. Wie bekannt, besteht zwischen Deutschland und Österreich ein Übereinkommen, wonach deutsche Staatsangehörige, die mindestens sechs Monate im sog. begünstigten Gebiet (d. i. Reg.-Bezirk Oberbayern, Niederbayern und Schwaben) wohnen, mit dem Nahreise-Sichtvermerk, der von der Bezirkspolizeibehörde (Bezirksamt), in München der Polizeidirektion, erteilt wird, nach den österreichischen Ländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg und den vier Bezirkshauptmannschaften Ried, Rohrbach, Braunau und Schärding Oberösterreichs einreisen und sich dort bis zu 14 Tagen ohne Einholung der Aufenthaltsgenehmigung aufhalten können. Bei vorübergehendem Aufenthalt von mehr als 14 Tagen oder dauerndem Aufenthalt im begünstigten Gebiet ist zur Ausreise aus Deutschland der finanzamtliche Unbedenklichkeitsvermerk im Reisepaß und das österreichische Einreisevisum notwendig. Die jetzige wirtschaftliche Lage in Bayern veranlaßt viele, sich zwecks Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme in das vorgenannte Gebiet zu begeben. Um di ein Österreich ohnehin schon vorhandene Zahl von Erwerbslosen niicht noch zu erhöhen, sah sich die österreichische Regierung veranlaßt, zur Einreise zwecks Stellenantritt und Arbeitssuche auch von nahreiseverkehrsberechtigten Personen das österreichische Konsulatsvisum zu fordern, für dessen Erteilung besondere Weisungen an das österreichische Generalkonsulat München ergangen sind; für die Erteilung des Visums ist die Vorlage der Einreisebewilligung seitens des Bundeskanzleramtes (Inneres) — Wanderungsamt — Wien I, Hoher Markt 5, notwendig. Zwecks Besuch, Geschäftsreisen usw. kann die Einreise nach dem begünstigten Gebiet Österreichs nach wie vor mit Nahreise-Sichtvermerk erfolgen.

Der Raubmord in der Landsberger Straße. Der Raubmörder der Gastwirtsfrau Süßmeier von der Landsberger Straße, der 20 Jahre alte Gärtner Alfred Mönchgesang, ist noch unermittelt. Der junge Täter bekam von seinem Onkel einen grünlichen Covercoatsommerstutzer mit drei Hornknöpfen und grünem Seidenfutter geschenkt. Diesen verkaufte Mönchgesang am 29. Oktober, einen Tag vor der Tat, an einen Unbekannten. Der Käufer wird gebeten, sich bei der Münchener Polizei, Zimmer 468, zu melden.

Eine rabiate Liebhaberin. Ein 23 Jahre altes Mädchen aus Nürnberg hatte seit vier Jahren mit einem in Nürnberg stationierten Reichswehrsoldaten ein Verhältnis. Als dieser nach München versetzt wurde und nichts mehr hören ließ, wuchs die Eifersucht. Das Mädchen fuhr nach München, suchte den Bräutigam in der Wohnung von dessen Bruder auf. Es kam zu einer Auseinandersetzung, die damit endete, daß das Mädchen des Geliebten Wohnung im Zorn verließ, eine Flasche mit Salzsäure kaufte, dem Geliebten auflauerte und ihm die gefüllte Flasche auf den Kopf schlug. Der erste Anschlag hatte keine Verletzungen zur Folge. Am Tag darauf verlangte das Mädchen vom Geliebten, anscheinend beruhigt, das Fahrgeld nach Nürnberg, das es auch durch Vermittlung des Bruders, der die Abfahrt überwachte, erhielt. Das Mädchen fuhr scheinbar nach Nürnberg, stieg in Dachau aus, kehrte nach München zurück, kaufte abermals eine Flasche mit Salzsäure und machte einen erneuten Angriff auf den Bräutigam, der durch diesen Angriff Ätzungen im Gesicht erlitt. Der überfallene Bräutigam ließ das Mädchen festnehmen. Dabei beschuldigte er die Geliebte dreier Vergehen gegen das keimende Leben. Das Mädchen klagte dabei den Bräutigam der Beihilfe an.

Einbruchsdiebstähle. Der 23 Jahre alte, wiederholt vorbestrafte Müller Nikolaus Gruber von Aibling war als Sträfling auf dem Staatsgut Benediktbeuren beschäftigt. Eines Tages drang er gewaltsam in die Vorratskammer des Gutes ein und entwendete 18 Pfund Reis, 10 Pfund Gries und 20 Pfund Suppennudeln. Diese Lebensmittel händigte er dem Gütler Anton Albrecht in Unterzeismering ein, der ihm dafür 23 Zigarren und etwas Rauchtabak zuschanzte. Gruber wurde vom Volksgericht München II unter Einrechnung einer Strafe, die er zur Zeit verbüßt, zur Gesamtstrafe von 1 Jahr Zuchthaus, Albrecht wegen Hehlerei zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Der noch jugendliche Taglöhner Lambert Refzger von Riedenzhofen erbrach in der Nacht vom 17. auf 18. Oktober l. J. den Getreidestadel eines Anwesensbesitzers und Gastwirtes in Röhrmoos, bei dem er vorher gearbeitet hatte und entwendete vier Zentner Saatweizen. Von der Beute konnten ihm drei Zentner wieder abgenommen werden. In der am Volksgericht München II stattgefundenen Verhandlung erklärte der Angeklagte, er sei von dem Bestohlenen schlecht entlohnt worden und da habe er sich durch den Diebstahl schadlos halten wollen. Das Urteil lautete wegen schweren Diebstahls auf vier Monate Gefängnis.

Schweres Unglück. Am Mittwochnachmittag ereignete sich in der Pilgersheimerstraße ein schwerer Unfall. Der 13 Jahre alte Zimmermannssohn Karl Einberger, war auf das Trittbrett eines Straßenbahnwagens gesprungen, glitt aus und wurde unter den Wagen mit dem linken Fuß so eingeklemmt, daß Feuerwehr zur Hebung des Wagens gerufen werden mußte. Dem Knaben war das Fleisch am Fuß bis auf den Knochen weggerissen. Der Rettungsdienst schaffte den Knaben in das Krankenhaus.

Falschgeld. Die echten 100-Millionen-Scheine der Bayerischen Staatsbank, Ausgabe 20. 9. 23, sind durch roten, in Rundschrift geschriebenen Aufdruck auf 100 Milliarden gefälscht.

Kleine Chronik. In der Landsberger Straße wurde am Mittwoch ein 45 Jahre alter Briefträger a. D. von scheuenden Pferden überrannt. Er erlitt einen Schädelbruch. — In der Moosacher Straße wurde am Mittwoch ein Stall mit angebautem Strohschuppen durch Feuer zerstört. Berufs- und Freiwillige Feuerwehr löschten mit drei Schlauchlagen. — Eine Hochstaplerin, die sich Frl. von Neuhaus nennt und sich als Geliebte eines Münchener Großkohlenhändlers ausgab, stahl bei einer Privatiere in Starnberg Kleider, Wäsche und Schmucksachen im Werte von 68 Billionen. — In Allach wurden aus einem Eisenbahnwaggon 18 Kilo reine Schafwolle und eine Kiste Weizenmehl gestohlen.

Droschkentarif. Die Führer der Pferde- und Kraftdroschken sind ab 7. November berechtigt, den am Fahrpreis-Anzeiger aufgewiesenen Betrag einschließlich der Zuschläge für Pferdedroschken auf das 80milliardenfache, für Autos auf das 100milliardenfache zu berechnen.

Näh-, Bügel- und Kochkurse. Um vielfachen Anfragen zu entsprechen, finden in der hauswirtschaftlichen Beratungsstelle vor Weihnachten noch je ein **Nachmittags-Nähkurs**, beginnend am 15. November, und ein **Abend-Nähkurs**, beginnend am 12. November, statt. **Ebenso können** noch Anmeldungen für **Nachmittags-Bügelkurse für Stärkwäsche und Kochkurse** für gute, bürgerliche Küche entgegengenommen werden in der Geschäftsstelle Alte Polizei, Weinstr. 13, Zimmer 48, täglich von 9—5 Uhr, Samstag von 9—1 Uhr.

Verein für das Deutschtum im Ausland. Am Freitag, 9. d. M., abends 8 Uhr, ist im Wagnersaale (Sonnenstr. 22) öffentliche Kundgebung für die Auslandsdeutschen. Dr. Jobst wird über Erlebnisse in Siebenbürgen sprechen, Universitätsprofessor Dr. Haushofer über Südtirol, Stud. Uhl über die Beziehungen der Auslandsdeutschen zum Mutterlande. Musikalische Darbietungen des Quickbornbundes werden den Abend ausfüllen.

Bestattungen

am 9. November.

Südfriedhof: Theodor Bischoff, Direktor, 75 J., 11½ Uhr.
Ostfriedhof: Elise Grill, Kleinrentnersgattin, 76 J., 3½ Uhr; Maria Zill, Schuhmachersgattin, 74 J., 3 Uhr; Ludwig Frey, Apotheker, 62 J., 2¾ Uhr; Therese Bauer, Privatiersgattin, 78 J., 3 Uhr; Therese Geigl, Lederhändlerswitwe, 82 J., 2 Uhr; Anna Haselbeck, Kaffeeköchin, 27 J., 2 Uhr; Anna Nager, Schrankenwärterswitwe, 70 J., k. n. Mannendorf; Therese Schegger, Gastwirtskind, 1½ Mon., 2¼ Uhr.
Nordfriedhof (Schwabing): Rudolf Stefaneck, Sozialrentner, 71 J., 2½ Uhr; Therese Lankes, Fuhrmannsgattin, 58 J., 2¼ Uhr.
Westfriedhof (Moosach): Maria Baumgartner, Bildhauersgattin, 25 J., 3¾ Uhr; Johann Merz, Unterwachtmeister, 23 J., 3¼ Uhr.

Pensionistenforderungen

Am Mittwoch hielt im Mathäserfestsaale der Bayerische Pensionistenbund eine vollbesuchte Monatsversammlung ab. Der Bundesvorsitzende, Herr Binner, teilte eingangs seiner Ausführungen mit: Um eine Besserung der verzweifelten Lage der Pensionisten herbeizuführen, habe er sich bei dem Generalstaatskommissar melden lassen. An dessen Stelle habe ihn Freiherr von Aufseß empfangen und ihm erklärt, es könne zur Zeit nichts für die Pensionisten getan werden; **sie sollten sich gedulden, bis eine Schließung der bayerischen Grenzen erfolgt sei, die bayerische Finanzhoheit, Eisenbahn, Post usw. wieder hergestellt seien. Die Herausgabe einer bayerischen Währung sei in Arbeit und werde demnächst stattfinden.** Ferner wurde festgestellt, daß an den amtlichen Zahlstellen die Pensionisten oft auf das rücksichtsloseste behandelt werden, und die Auszahlung der Pensionen häufig unglaublich lange auf sich warten läßt. Den zuständigen Behörden, der bayerischen und der Reichsregierung, sowie dem bayerischen Staatskommissariat, sollen Klageschriften über diese unhaltbaren Zustände übersandt werden. Die Pensionisten wollen sich nicht länger als Bettler ansehen und behandeln lassen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, welche ebenfalls den genannten Stellen zugeleitet werden soll und welche die Frage stellt, **wann Gauner und Wucherer endlich aufgehängt oder an die Wand gestellt werden, wann gegen die Preistreiberei wirksam vorgegangen werden soll, wann die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Bayern verhindert, der Aufkäuferwahnsinn und die Preistreiberei unterbunden wird.** Es wird eine Erhöhung der Pensionen, die Beseitigung des Sperrgesetzes und eine baldige Behandlung der Einstufungsfrage gefordert.

Gerichtssaal

Fahrlässige Tötung. Am 13. April wurde der in Geiselgasteig wohnhafte verheiratete Hausverwalter Konrad Schäffer von Regensburg von dem Dachdecker Leo Suchomel, der auf dem Dache eines Gebäudes der Firma Emelka in Geiselgasteig eine Dachreparatur vorzunehmen hatte, ersucht, die in der Nähe des Daches vorbeiführende elektrische Stromleitung auszuschalten, damit die Arbeit ungehindert vorgenommen werden könnte. Schäffer schaltete hierauf die Leitung dadurch aus, indem er die im Gange des Ateliergebäudes befindliche Sicherung herausschraubte und sie in den daneben angebrachten, unversperrten Blechkasten legte. Am Nachmittag des gleichen Tages wurde der im gleichen Filmatelier beschäftigte Monteur August Tauschek von hier von einem Hilfsregisseur darauf hingewiesen, daß die Leitung nicht in Ordnung sei. Tauschek fand nun bei der Nachschau die Sicherung im Blechkasten und schraubte sie wieder hinein, ohne sich irgendwie darüber zu vergewissern, durch wen und aus welchem Anlaß die Sicherung herausgeschraubt worden war. Hiedurch kam es, daß Suchomel infolge des Berührens der Leitung eine Starkstromverbrennung der linken Hand und des linken Vorderarmes erlitt, was nach einer eingetretenen Blutvergiftung den Tod des Suchomel zur Folge hatte. Auf erfolgte Anzeige hin verurteilte das Schöffengericht München den Angeklagten Schäffer wegen eines Vergehens der fahrlässigen Tötung zur Geldstrafe von 300 Milliarden, ersatzweise 10 Tage Gefängnis; der Mitangeklagte Tauschek wurde freigesprochen.

Opfer des Wahnsinns

25 **von J. A. Rodionoff.**

Der Fluß, an dessen niedrigem, kahlem, steil abfallendem Ufer einzeln und in Gruppen dicke, schwarze, krumme, rissige, hohle Weidenstämme standen, deren Zweige geköpft waren, so daß sie von weitem wie Mützen aussahen, strömte mit seinem zartgrünen, durchsichtigen Wasser frisch und rasch dahin.

Die von oben fallenden Sonnenstrahlen durchleuchteten ihn so, daß man jedes Steinchen auf seinem Grunde erkennen konnte.

Im Hintergrund sah man durch die alten Weiden, die in ihren krummen, ästereichen Wipfeln zahllose, schwarze Krähennester trugen, die weißen und grauen, aus Lehm und einem Gemisch von Stroh gebauten Hütten des Dorfes schimmern.

An den noch winterkahlen Bäumen brachen unter der Einwirkung der warmen Frühjahrsluft schon zahllose kleine Blattknöspchen auf, so daß sie in der hellen, brennenden Sonne wie von einem luftigen, grünlich-grauen Schleier umhüllt dastanden.

Man ahnte schon, daß, wenn der Frühling mit seiner zauberhaften Weberhand noch ein bis zwei Wochen fleißig an der Arbeit war, von den Wurzeln bis zu den Wipfeln alles mit einem dichten, grünen Gewebe bedeckt sein würde, so daß weder die rissigen, schwarzen Stämme, noch die krummen Zweige, auch keine Krähennester und Hütten mehr zu sehen sein würden.

Vom andern Ufer, auf dem das Dorf lag, das sie eben verlassen hatten, donnerte grollend zwischen all dem Gewehrfeuer und Maschinengewehrgeknatter der erste Kanonenschuß.

Das Schrapnell fuhr klagend, heulend durch die Luft, und mit einem plötzlichem Pa — aff! platzte es mit Pfeifen und Zischen hoch über dem Dorfe.

Eine dicke, schmutziggraue Rauchwolke verflog langsam in der kristallklaren Luft unter dem weiten blauen, schon zärtlich wärmenden Himmel.

Wieder klang hinter dem Dorfe das drohende, Aufmerksamkeit heischende Gebrumm, wieder sang traurig, als ob es sich über jemand beklagte, das Schrapnell durch die Luft, wieder das Krachen der Explosion und die zerfließende Rauchwolke.

Und neue und neue Schüsse.

General Kornilow hatte die Brücke passiert und mit seinem Stabe die verlassene Hütte des Stromwächters bezogen, die am andern Ufer lag.

Von außen sah man seine nicht große, übermächtig schlanke, biegsame Gestalt in grauer, langer Pelzjacke, in voller Kriegsausrüstung, mit grauer Pelzmütze und langen Stiefeln, in der Hüttentür stehend.

In seinem mageren, gelblichen, energischen Gesicht, mit den eingefallenen Wangen, den vorstehenden Backenknochen, den langgeschnittenen, kalten, lebhaften Augen, dem kleinen schwarzen, schon etwas grau werdenden Bärtchen und dem dünnen, herabhängenden Schnurrbart war nicht der geringste Zug von Aufregung oder Unruhe zu bemerken.

An ihm vorbei zogen eiligst in langer, nie abreißender Kette Wagen, Reiter und Fußgänger über die Brücke.

Kornilows Blick glitt über die von all den vielen Hufen, Menschenfüßen und Rädergerumpel knarrende, ratternde und laut polternde Brücke hinweg. Er kniff im hellen Sonnenschein die Augen und zog die Oberlippe hoch, so daß man seine weißen Zähne blitzen sah. Aufmerksam hielt er Ausschau nach allen Seiten und orientierte sich nach der Karte, die er in seiner auffallend blassen kleinen freien Hand mit den langen, dünnen Fingern hielt, und gab seinen Stabsoffizieren irgendwelche Befehle.

In der Nähe Kornilows schritt, die Hände auf dem Rücken und den Kopf gesenkt, Romanowsky, der Chef des Stabes, auf seinen kurzen dicken Beinen, mit finsterer, schweigsamer Miene im verschwommenen, glatt rasierten Gesicht, nervös, breitbeinig die kurze Entfernung zwischen Hütte und Ufer auf und ab.

Er hatte Säbel und Revolver umgeschnallt und war in irgendwelche schwere Gedanken tief versunken, so daß er anscheinend von dem was um ihn her vorging, nichts wahrnahm.

Auf Befehl des Kommandierenden wurden alle Männer, die sich beim Wagenzug befanden und fähig waren, sich zu bewegen, von dem Adjutanten beim Übergang über die Brücke an der Hütte angehalten, vorrätige Gewehre und Patronen unter sie verteilt, und sie in einzelnen Partien zu der Truppe geschickt.

Graue, verkrüppelte Oberste, Hauptleute, Zivilisten jeden Standes und jeder Gesellschaftsklasse stellten sich wie Gemeine in Reih und Glied und zogen in die Schlacht.

Alle verstanden, daß die Armee sich heute in so schwerer Lage befand wie noch niemals vorher.

Die bolschewistische Artillerie beschoß das Dorf und die dünnen Reihen der Freiwilligen nicht nur von der Front, sondern auch schon von beiden Flanken und von hinten.

Die Tausende Wagen des Freiwilligentrosses, deren Übergang über den Fluß mehrere Stunden dauerte, hatten sich in einem riesigen Rechteck in dem breiten Tal aufgestellt, das von einer Seite durch den Fluß, von der anderen durch eine lange Anhöhe begrenzt war.

Der Wagenzug konnte nirgends hin. Er war mit seiner Armee zusammen von einem eisernen feindlichen Ring eingeschlossen.

Die Bolschewisten zogen hier riesige Streitkräfte mit mächtiger Artillerie zusammen.

Sie wußten, daß die Freiwilligen keine Geschosse hatten, wußten, daß ihnen auch die Patronen ausgingen.

Das hob ihren Mut und bewog sie, energischer vorzugehen, als wie es sonst bei ihnen üblich war.

Diesmal hatten die Roten beschlossen, auf jeden Fall die kleine, aber gefährliche Armee zu vernichten.

Den Freiwilligen, die schon seit dem frühen Morgen mit übermächtiger Kraftanstrengung kämpften, war es bis jetzt noch nirgends gelungen, ein Glied der eisernen Kette zu sprengen und sich einen blutigen Korridor zu bahnen.

Die Schrapnelle kamen von allen Seiten und platzten fast ununterbrochen hoch über dem Wagenzug, doch kamen sie mit jedem Mal niedriger und niedriger.

Menschen und Pferde waren während dieses schweren Feldzugsmonats so an das Feuer gewöhnt, daß sie die Gefahr gar nicht beachteten.

Hier und da fielen schon verwundete und getötete Menschen und Pferde, wurden Wagen beschädigt, doch das regte niemand auf.

Der Wagenzug verhielt sich ruhig und wartete gespannt, doch geduldig das Ende der Schlacht.

Die Freiwilligen-Artillerie schwieg.

In der Armee wußte man, daß bei dem gestrigen Gefecht vor dem Dorfe die letzten Geschosse verschossen, und daß auch die Patronen zu Ende gingen.

Das Oberkommando hatte alle Kräfte der Armee angestrengt, um sich so schnell als möglich bis zum Dorf Phillipowsk durchzuschlagen, wo nach Meldungen der Kundschafter große Vorräte von Geschossen und Patronen aufgespeichert liegen sollten.

Die Freiwilligen hatten nun die ganze vergangene Nacht durch nach diesen Munitionslagern gesucht, da von ihrem Finden oder Nichtfinden Leben und Tod der Armee abhing, aber obgleich sie sämtliche Häuser und Höfe aufs genaueste durchwühlt hatten, hatten sie nicht ein Geschoß, nicht eine Patrone entdeckt.

Die Bolschewisten hatten Zeit gehabt, alles rechtzeitig wegzuschaffen.

Jetzt konnte die ermüdete und durch bedeutende Verluste geschwächte Armee nur noch durch geschicktes Manövrieren, die Kraft ihrer Bajonette und ihren Kampfgeist Rettung finden.

Stunde auf Stunde verging in heißem, keine Minute abschwächendem Ringen.

Gegen Mittag wurden einige der Hütten in dem jenseits des Flusses liegenden verlassenen Dorf in Brand gesteckt, und das Feuer verbreitete sich langsam aber sicher, Hütten und Strohhaufen der Reihe nach erfassend.

Der Tag war windstill.

Doch bald sprang das Feuer auch auf die Gehöfte auf der anderen Seite des Flusses über und wütete direkt dort, wo der Wagenzug der Freiwilligen anfing. Durch den Lärm der Feuerschlacht und besonders in den seltenen und kurzen Pausen zwischen den Kanonenschüssen hörte man das gleichmäßige charakteristische und immer stärker werdende böswillige Heulen der Flammen, das Knistern von brennendem Holz, Stroh und Schilf.

Es klang als ob die Kinnladen all der Millionen Soldaten zu Zeiten des unheilvollen Glavkoverch Kerenski* Sonnenblumensamen zerbissen, kauten, schmatzten und lutschten.

Ab und zu klang durch den Gefechtslärm und das drohende Heulen, Zischen und Knistern der Flammen das verzweifelte Brüllen der Kühe, helles, erschrecktes Wiehern der Pferde, wahnsinniges Bellen und Heulen der Hunde und dumpfe, erregte Menschenstimmen.

Die Luft wurde glühend. Ein Wind hatte sich erhoben. Von dem brennenden Dorf wurde die Glut wie aus einem zerspaltenen Ofen ab und zu auf den Wagenzug getrieben.

So gegen drei Uhr nachmittags nahm die Sache der Freiwilligen eine Wendung zum Schlechten.

Die Abteilung des General Markow, die hauptsächlich aus jungen, im Kriege gestählten Offizieren bestand, fing, da sie vollständig ermattet war und nur ein kleiner Haufe, unter dem fürchterlichen Artilleriefeuer von vorne und von den Flanken und unter dem Druck des zahlreichen Feindes langsam an zurückzugehen.

Die Schützenlinien der Abteilung sah man schon auf dieser Seite der Anhöhe.

Im Tal, vom Wagenzug aus, konnte man mit bloßem Auge erkennen, wie sie langsam zurückwichen.

Aller Blicke hafteten in zitternder Aufmerksamkeit an diesen sich scharf vom klaren Himmel abhebenden schwarzen Silhouetten.

„Schlecht steht's um uns, ganz schlecht..."

„Ja, alles hat seine Grenze, sogar der Wahnsinn der Tapferen. Anscheinend schlägt unsre letzte Stunde..." „Nun, warum nicht, Gottes Wille geschehe!" sprachen die einen.

„Wir haben uns noch aus jeder Lage herausgefunden," meinten die anderen. „Gings uns etwa besser vor Kernowskaja oder Ußt-Lobi oder Nekrasowskaja? Dazu haben wir ja unsern Kornilow... Der wickelt sich aus allem heraus und haut ihnen noch gehörig die Fresse voll..."

„Gott geb's. Die Bolschewisten sind heut' nur stärker als jemals sonst."

Und niemand rührte sich, niemand hastete hin und her, vielleicht weil doch niemand fortkonnte, alles Hasten nichts nützte. Es geschieht doch alles von selbst zur rechten Zeit. Doch wer einen Revolver besaß, liebäugelte mit ihm öfter als gewöhnlich.

War er doch, falls es zur Katastrophe kam, die einzige Rettung vor unerträglichen Folterqualen und Leiden.

Die Schrapnelle kamen jetzt noch niedriger, heulten noch lauter und fügten Pferden und Menschen immer mehr Schaden zu.

Jede Minute war zu erwarten, daß die Schützenlinie der Freiwilligen auf den Wagenzug zurückgeworfen werden würde.

In dem Falle war der Freiwilligen-Armee jeder Ausweg genommen.

Dann erwartete sie vollständige Niedermetzelung.

Starr hafteten die Blicke derer, die im Wagenzug harrten, auf ihren Verteidigern.

Die Partisane, die seit dem Morgen mit großem Erfog in der Nachhut gekämpft hatten und die im Rücken nachdrängenden Bolschewisten von dem verlassenen Dorf zurückgehalten, hatten schließlich die Roten ganz vertrieben und wurden auf Befehl Kornilows im kritischsten Moment der erschöpften Abteilung Markows zu Hilfe nach vorne geworfen.

Die Jünglinge zogen bestaubt und müde, doch durch ihren eben erst erfochtenen Sieg beflügelt in strammen Reihen frisch in die neue Schlacht. An der Spitze ihr Brigadekommandeur, der in seiner Ruhe unerschütterliche General Bogajewski.

Beim Ueberschreiten der Brücke dankte ihnen Kornilow herzlich für ihre heutige schneidige Arbeit und sagte, daß er von ihnen noch neue Erfolge erwartete.

Dieses Lob aus dem Munde des von allen Seiten geliebten Kommandierenden begeisterte die jugendlichen Herzen noch mehr.

(Fortsetzung folgt.)

* Abkürzung für Oberbefehlshaber.

Bayern

Der einsame Stresemann

Der Arbeitsausschuß der Landesvorstandschaft der Bayerischen Volkspartei, der Mittwoch nachmittags unter Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling zusammengetreten war, hat, veranlaßt durch die Gerüchte, daß sich Reichskanzler Dr. Stresemann um eine Unterstützung der Bayerischen Volkspartei für die Neubildung seines Kabinetts bemühe, den einmütigen Beschluß gefaßt, die Reichstagsfraktion telegraphisch zu benachrichtigen, daß für die Bayerische Volkspartei eine Beteiligung an einem Kabinett Stresemann aus sachlichen und persönlichen Gründen nicht in Frage kommen könne.

Wenn nicht einmal mehr die Bayerische Volkspartei in die Regierungslaube geht, dann muß es schon sehr, sehr schlecht mit dem Gatten der Jüdin Kleefeld bestellt sein!

Der Haß gegen das Hakenkreuz

Auf der in Bamberg abgehaltenen Vertrauensmännerkonferenz der Bayer. Volkspartei verurteilte es Abg. Held, „daß in fast allen Vaterländischen Verbänden eine üble Hetze gegen die Bayerische Volkspartei getrieben werde“. Dr. Held teilte weiter mit, daß das Konkordat in Bälde dem bayerischen Landtag vorgelegt werde. Sowohl dieser Redner wie der Reichstagsabgeordnete Leicht lehnten aus religiösen wie politischen Gründen den Nationalsozialismus entschieden ab. **Niemand aus der Bayerischen Volkspartei dürfe das Hakenkreuz tragen.**

Damit sind wir vollständig einverstanden, denn wir würden es als eine Schändung unseres, uns heiligen Kampfeszeichens empfinden, wenn wir es auf der Brust eines Bayerischen Volksparteilers sähen. Zwischen unserem auf echt christlichem Boden stehenden Nationalsozialismus und dem Scheinchristentum der Bayerischen Volksverblödungspartei klafft ein unüberbrückbarer Abgrund.

Kardinal Faulhaber

Während das Münchener führende Organ der Bayerischen Volksverblödungspartei sich um den Kernpunkt des Kardinalbriefes, sein warmes Eintreten für die Judenschaft, scheu herumdrückt und behauptet, daß der Kirchenfürst schon einmal durch sein Wort von dem Meineid der Revolution zu einer reinlichen Scheidung der Geister und zu einer grundsätzlichen Klärung unendlich beigetragen habe, welche Worte er, fügen wir hinzu, **ohne die riesige völkische Vorarbeit Adolf Hitlers niemals hätte sprechen können**, weist die „München-Augsburger Abendzeitung“ auf die Kritik des Vorgehens gegen die Reichsregierung und im Zusammenhang damit die Äußerung zur Judenfrage hin. Wir fürchten, meint genanntes Blatt, das wird gedeutet werden als ein gegen den Generalstaatskommissar geführter Schlag, und nahe liegt es, die Zurücknahme von Ausweisungsbefehlen gegen Ostjuden in einen Zusammenhang mit dem Kardinalsbrief zu bringen. Wir möchten das in keiner Weise tun, wer will aber andere hindern, zu folgern: post hoc, ergo propter hoc? Wir halten uns aus vaterländischen Gründen für verpflichtet, auf diese Möglichkeiten neuer Beunruhigungen, die sich — sicher gegen den Willen des Kardinals — aus seinem Schreiben ergeben, aufmerksam zu machen.

Der Generalstaatskommissar dürfte jetzt wohl schon erkennen, daß die Partei, die ihn in höchster Not an die Spitze Bayerns stellte, sich bereits mit der Absicht trägt, ihn sobald als möglich wieder abzusägen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.

Sowjet-Thüringischer Terror

München, 7. Nov. Die oberfränkische Regierung hat dem Generalstaatskommissar folgende Nachricht zukommen lassen: Der Fabrikant Hans Michel von Rothenkirchen (B.A. Teuschnitz) war am Samstag mit Auto nach Koburg gefahren, um Geld zu holen. Auf dem Rückweg wurde er in Sonneberg festgenommen und mit seinem Auto nach Weimar überführt. Nunmehr hat ein Polizeihauptmann aus Weimar mitgeteilt, daß die **Thüringische Regierung den Auftrag gegeben habe, jeden Bayern, der einer nationalen Vereinigung angehört, festzunehmen**, nachdem die bayerische Regierung in Konflikt mit Thüringen (?) stehe. Der Polizeihauptmann hat weiter mitgeteilt, daß morgen darüber entschieden werde, ob Michel interniert oder freigelassen würde. — Wie lange wird der Generalstaatskommissar den Terror noch dulden, den bayerische Staatsangehörige durch Sowjetthüringen zu erdulden haben? Höchste Zeit ist es zum Einmarsch in Thüringen.

Heinz-Orbis ausgeschlossen

In den Pressenachrichten über die Ausrufung der „Freien Pfalz“ wird **Heinz-Orbis** als Führer der Freien Bauernschaft bezeichnet. Diese Nachrichten sind geeignet, die Freie Bauernschaft der Pfalz mit der Ausrufung der „Freien Pfalz“ in Verbindung zu bringen. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß laut Telegramm des Kreisvorsitzenden der Freien Baeurnschaft der Pfalz vom 4. d. M. Heinz wegen seines Verhaltens in der Währungsfrage und anderen Fragen, wobei er ohne Vollmacht der Organisation handelte, auf Grund der Satzungen aus der Organisation ausgeschlossen wurde. Die Freie Bauernschaft der Pfalz steht also nicht hinter Heinz und seinen Plänen. **Die Freie Bauernschaft steht nach wie vor auf streng nationalem Boden.**

Ein tschechoslowakisches Flugzeuggeschwader zum Landen gezwungen

Der „Fränkische Kurier“ berichtet, daß anläßlich der Anwesenheit des Präsidenten Masaryk nach Frankreich widerrechtlich ein über Deutschland geflogenes Flugzeuggeschwader auf dem Rückflug wiederum den Weg über Bayern nahm und drei Maschinen bei Burglengenfeld notlanden und ein viertes bei Kemnath niedergehen mußte. Sämtliche Flugzeuge wurden behördlicherseits vorläufig beschlagnahmt. Sie werden abmontiert und auf dem Landwege zurückgeliefert werden, sofern sie nicht den allgemeinen Vorschriften für Flugzeuge widersprechen. Das Blatt verlangt, daß derartige Verletzungen der bayerischen Landeshoheit mit aller Schärfe verfolgt werden. — Gleich vier Flugzeuge mußten notlanden. Sonderbar! Höchst sonderbar!

Lohnbewegung in der Schuhindustrie

Pirmasens, 7. Nov.

Die Arbeiterschaft der Schuhindustrie ist in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Betriebsräte haben in den einzelnen Betrieben verlangt, daß die Berechnung der Löhne im Friedenslohn zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag und Aufrechnung unter Anwendung des Handelsmultiplikators zu erfolgen hat, ferner daß tägliche Lohnzahlungen nach dem Tagesmultiplikator, oder wöchentliche am Freitag nach dem Multiplikator am Tage zuvor eingeführt werden. Arbeitsverweigerungen und Streiks sollen verweigert, die Forderungen aber **mit aller Dringlichkeit vertreten werden.**

Dr. Heim nicht in der Rentenbank. Wie aus einer Mitteilung des Dr. Heimschen Sekretariats ersichtlich ist, wurde Dr. Heim zwar als Vertreter der Landwirtschaft in den Aufsichtsrat und Verwaltungsrat der Rentenbank gewählt, er hat aber diese Wahl nicht angenommen. Dagegen wird, wie aus einer Erklärung Dr. Schlittenbauers ersichtlich ist, der Bayerische Bauernverein den ihm zugewiesenen Sitz im Verwaltungsrat der Rentenbank besetzen, damit man wenigstens wisse, „was in dieser Bank vorgeht“. Wenn selbst der „lange Schorsch“ bei der Rentenbank nicht mitmachen will — wie oberfaul muß es mit diesem Währungsrettungs-Institut stehen!

Die Besitzungen des bayerischen Kronprinzen in der Tschechoslowakei beschlagnahmefrei. Nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in Prag wurden die in der Tschecho-Slowakei gelegenen Besitzungen des Kronprinzen Rupprecht von Bayern, die dieser von seiner am 3. Februar 1921 verstorbenen Mutter, der Königin Maria Theresia von Bayern, geerbt hatte, als beschlagnahmefreies Eigentum des Kronprinzen erklärt.

Für die Kartoffelzufuhr. Die bayerische Regierung beantragte beim Landtag die Bereitstellung von 5 Billionen Mark zur Erstattung der Frachtbeträge für aus außerbayerischen Ländern eingeführte Kartoffeln. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß ein Hinderungsgrund für den unbedingt notwendigen Bezug außerbayerischer Kartoffeln die außerordentlich hohen Frachten bilden, die gegenwärtig für den Zentner Kartoffeln 100 M. Mark betragen.

Die Pfalz unter dem Separatistenschrecken

Poincarés Pfalzpolitik

In einer seinerzeit der französischen Regierung übergebenen deutschen Note war auf die am 24. Okt. im Pfälzer Kreistag im Auftrag des Generals **de Metz** beantragte Bildung eines autonomen Pfalzstaates mit einer provisorischen Regierung hingewiesen worden. Ferner wurde daran erinnert, daß, nachdem der Kreistag einstimmig diesen Antrag abgelehnt hatte, der General dem Vertreter der bayerischen Regierung bei den Besatzungsbehörden in der Pfalz eröffnete, daß die bayerische Regierung im Konflikt mit der Reichsregierung die Reichsverfassung gebrochen habe. Infolgedessen bestehe eine vollziehende Gewalt der bayerischen Staatsregierung in der Pfalz nicht mehr. Er verbiete daher den bayerischen Beamten in der Pfalz jegliche weitere Ausübung ihrer amtlichen Funktionen.

In seiner **Antwort** erklärte **Poincaré**, die Schwierigkeiten, denen die Pfalz gegenwärtig ausgesetzt sei, seien allein auf die schwere Beunruhigung zurückzuführen, die in Deutschland die Folge des passiven Widerstandes sei. Ebenso, wie die französische Regierung den Vorbereitungen der separatistischen Aktion und den Ereignissen in der Rheinpfalz völlig fernblieb und fern bleibe, ebensowenig könne sie irgendeine Verantwortung übernehmen für die in voller Freiheit von der pfälzischen Bevölkerung gefaßten Entschließungen. Indessen habe sich der Wille der Bevölkerung in einer Weise geäußert, daß es den französischen Behörden unmöglich war, ihre Tür den Personen zu verschließen, die sie darüber unterrichten wollten. Diese Tatsache beweise nur, daß die französischen Behörden in der Pfalz das allgemeine Vertrauen der Bevölkerung erworben haben. Auf die klar formulierte deutsche Beschwerde gegen General de Metz und Major Louis geht Poincaré mit keinem Wort ein. Dies beweist, daß die französische Regierung das Verhalten des Generals de Metz lediglich nicht dementieren kann und will.

Diese Antwort Poincarés beleuchtet wieder einmal scharf die ganze niederträchtige Verlogenheit seiner Politik, die einzig und allein auf die Zertrümmerung Deutschlands gerichtet ist.

Plünderungen und Besetzungen

Pirmasens, 7. Nov. Bei den Plünderungen der Erwerbslosen wurden gestern 5 Uhr nachmittags 23 Plünderer festgenommen. Heute fanden wieder Ansammlungen statt; die Polizei ist Herr der Lage. Die Demonstranten sind in das Stadthaus nicht eingedrungen. Die Bewegung hat bis jetzt noch nichts mit Separatisten zu tun. Es gehen Gerüchte durch die Stadt, daß die Sonderbündler von Kaiserslautern her zu erwarten seien.

Frankenthal, 7. Nov. Die Erwerbslosen sind gestern in das Stadthaus eingedrungen und haben heute auf Weisung des Delegierten, der persönlich erschien, das Stadthaus wieder geräumt. Zur Zeit herrscht vollständige Ruhe. Das Verhältnis zwischen deutscher und französischer Gendarmerie ist einwandfrei. Es gehen Gerüchte eines bevorstehenden Separatistenputsches.

In Erwartung der Separatisten

Neustadt a. d. H., 7. Nov. Heute 2 Uhr 50 Minuten nachmittags wurde die Feuerglocke geläutet, weil angeblich die Separatisten im Anmarsch seien. Zur Zeit herrscht Ruhe. Nachts gehen französische Patrouillen begleitet von je einem deutschen Schutzmann.

Landau, 7. Nov. Man erwartet stündlich das Eintreffen von Separatisten. Die Maßnahmen zum Schutze der Amtsgebäude sind getroffen. Die städtische Polizei ist angeblich dem Befehl der Besatzungsbehörde unterstellt. In dem Bezirk Lambrecht und Bergzabern herrscht Ruhe. Das Postamt Kirchheimbolanden soll von den Separatisten besetzt worden sein.

Bayern und die Grenzlande

Holzkirchen. (Kriegerdenkmals-Enthüllung.) Wahnsinn lastet auf unserer Zeit und drückt alle ehrlichen Menschen nieder. Es ist, als ob Sonne und Freude unbekannte Begriffe geworden wären. Vergeblich fast hält man Ausschau nach Idealen, nach Zeichen alter deutscher Volkstugenden. Ein erfreuliches Beispiel dafür, daß sie noch nicht untergegangen sind, bietet die Marktgemeinde Holzkirchen. Mit mustergültiger Ausdauer und Opferfreudigkeit hat sie trotz der drückenden Notlage ein großes Werk geschaffen. Vollendet steht am Marktplatz das Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen Söhne der Gemeinde — ein Ehrenmal für die Toten und die Lebendigen zugleich. Ein monumentaler Brunnenaufbau trägt die von Künstlerhand geschaffene Doppelfigur — einen vom Felde heimgekehrten, seiner Siege beraubten Krieger, wie er mit stummen Handdruck seinen Jungen verpflichtet, sich der Rettung seines verratenen und geknechteten Vaterlandes zu widmen. Das Denkmal ist eine Zierde nicht nur Holzkirchens, sondern des ganzen Oberlandes, dessen Vaterlandsliebe hier für alle Zeiten sein offenes Bekenntnis gefunden hat. Möge daher das ganze bayerische Oberland am Tage der Enthüllung dieses symbolischen Denkmals durch zahlreiche Beteiligung, besonders aller auf vaterländischem Boden stehender Vereine kundtun, daß es sich freudig zu dieser Idee bekennt. Ein ganzer Stab erprobter Männer ist aufgeboten, alles daranzusetzen, eine allen Teilnehmern unvergeßliche, denkwürdige Feier zu bieten. Wer Sinn und Bedürfnis hat, sich in der heutigen trostlosen Zeit über des Alltags Grau zu erheben und an Idealen neue Lebenshoffnungen zu schöpfen, der versäume nicht, am Sonntag, den 11. November sich an der Kriegerdenkmalsenthüllung in Holzkirchen zu beteiligen.

Wie wir vernehmen, sollen bereits Mitglieder des ehemaligen Königshauses, Vertreter der bayerischen Staatsregierung und bekannte Führer der vaterländischen Verbände ihre Teilnahme zugesagt haben. Festredner: Generalleutnant **Reutter**.

Rosenheim. (Das Kinderelend von heute.) Welchen Umfang das Elend auch in den Provinzstädten angenommen hat, und wie traurig es namentlich auch in der Kinderwelt aussieht, geht aus folgenden Mitteilungen hervor, die sich auf die Verhältnisse in Rosenheim beziehen: 38 Kinder erhalten weder Frühstück noch Abendessen oder nur schwarzen Kaffee, Lindenblütentee usw., 150 Kinder nur Suppe oder Kaffee zu Mittag, 221 Kinder sind stark unterernährt und zum Teil lungenkrank, einem Kind sind infolge schlechter Ernährung beide Unterarme verkrümmt, 33 Kinder sind ohne Hemd oder besitzen nur ein einziges, 51 Kinder sind ohne Unterkleider, 52 ohne genügende Oberkleidung und 48 haben ganz zerrissene Schuhe. Furchtbar sieht es auch mit der Schlafgelegenheit aus. 93 Kinder sind ohne Betten oder genügende Schlafgelegenheit. Ganze Familien mit bis zu sieben Köpfen liegen in einem Bett, sechs Kinder einer Familie schlafen in der Werkstätte des Vaters auf elenden Lumpen am Boden, ebenso zwei Kinder einer anderen Familie. — Alles die Folgen des Novemberverbrechens!

Rosenheim. (Liebesdrama?) Der in Kolbermoor wohnhafte Monteur Theodor Seidlitz schoß eine geschiedene Kaufmannsfrau in die rechte Schläfe und verletzte sie lebensgefährlich. Dann suchte er auf seinem Rade das Weite, konnte aber in Kolbermoor festgenommen werden. Bei seiner Verhaftung behauptete er, der Geliebte der Kaufmannsfrau zu sein und die Tat in deren Einverständnis begangen zu haben.

Prien. (Marxistische Radaubrüder.) Nach einer Zusammenkunft mehrerer Ortsgruppen des Bundes Bayern und Reich versuchten laut „Rosenheimer Anzeiger“ radaulustige Elemente Angehörige des Bundes durch herausforderndes Benehmen zu reizen. Ein Mitglied wurde sogar ernstlich bedroht. Als die Ausschreitung immer größeren Umfang anzunehmen drohte, **griff die vom Bürgermeister aufgerufene Notpolizei ein, stellte die Ruhe wieder her und nahm einen der Angreifer fest.**

Immenstadt. (Rabeneltern.) Das 5½jährige Mädchen der Reetzschen Eheleute ist infolge barbarischer Mißhandlungen gestorben. — Mißhandlungen von Kindern gehören zu den größten Abscheulichkeit ender menschlichen Bestie.

Hindelang. (Opfer der Berg.) Ein Fräulein **Geiß** aus München unternahm eine Partie ins Hirschbachtobel, von der es nicht mehr zurückkehrte. Die Vermißte wurde von einer Expedition in gräßlich verstümmeltem Zustand als Leiche am Fuße der Gresser Wand aufgefunden. Der Absturz war mindestens 250 Meter tief.

Schongau. (Ein tragisches Schicksal.) Der frühere Distriktstierarzt und Stabsveterinär Heckmann hatte seinen Beruf nach zwölfjähriger Ausübung aufgeben müssen, da er ihn nicht mehr ernährte. Er fand eine Existenzmöglichkeit als Angestellter in der Holzstoffabrik Kinjau. Die gänzlich ungewohnte Beschäftigung und das Schicksal des Vaterlandes führten aber bei dem bedauernswerten Mann zu einem Nervenzusammenbruch, so daß er freiwillig aus dem Leben schied.

Vom Bodensee. Die **Weinernte** am deutschen Bodenseeufer, die nunmehr beendet ist, ergab eine Drittelmenge des vorjährigen Herbstes. Die Qualität des „Heurigen“ reicht ungefähr an die 1921er Weine heran. Verkäufe zu Goldmarktpreisen (0,45—1 Goldmark) sind in großer Anzahl abgeschlossen. Der Absatz ist gegenwärtig wegen Zahlungsmittelnot ein schwacher.

Ampfing. (Schwere Bluttat.) Am Montag hat hier der Viehaufkäufer Sebastian **Ehgartner** einen Bauern erstochen. Die Gründe zu der Bluttat sind nicht bekannt. Der Täter ist verhaftet worden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Regensburg. (Fensterln mit blutigem Ausgang.) Als der Bauer **Girglberger** von Altweg nachts nach Hause ging, sah er den Söldnerssohn Geltendorfer von Unterhausbach vor dem Fenster seiner Tochter auf einer Leiter stehen. Der Bauer zog die Leiter weg, so daß der Obenstehende mit dem Kopf nach unten herabfiel und sich eine schwere Verletzung zuzog. Noch nicht genug, zog der Rohling auch noch das Messer und brachte dem hilflos am Boden Liegenden schwere Verletzungen in den Arm und im Unterleib bei, was dessen Tod herbeiführte. Der Wüstling ist verhaftet.

Münchberg. (Kampf gegen die Volksbewucherer.) Das hiesige Bezirksamt hat vom Generalstaatskommissar die Ermächtigung erhalten, Schieber, Wucherer und Preistreiber sofort zu verhaften. Das Bezirksamt wird von dieser Genehmigung rücksichtslos Gebrauch machen.

Bamberg. (Landfriedensbruch.) Vor dem hiesigen Volksgericht kam der Förtschendorfer Landfriedensbruch zur Verhandlung. Angeklagt waren sechs Personen, die als Anführer oder Teilnehmer in Frage kamen. Eine vom Bund „Bayern und Reich“ nach Förtschendorf einberufene Versammlung wurde von Kommunisten gesprengt und die Teilnehmer blutig geschlagen. Das Urteil lautete für zwei Angeklagte auf 1 Jahr bzw. 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Würzburg. (Gasvergiftung in der Münzgassenschule.) Gestern vormittag während des Unterrichtes erkrankten in dem Schulhaus an der Münzgasse, hervorgerufen durch Gasausströmung aus den Heizungsanlagen, eine Anzahl Schulkinder. Innerhalb kurzer Zeit wurde einer immer größeren Anzahl von Kindern unwohl. Die Lehrkräfte öffneten Türen und Fenster und die 500 Schüler und Schülerinnen wurden in den Hof geführt, wo sie sich alsbald wieder von ihrem Unwohlsein erholten. Ärztliche Hilfe war rasch zur Stelle.

Rothenburg o. d. T. (Verhafteter Mörder.) Der landwirtschaftl. Verwalter **Boos**, der den Gutspächter **Gerlinger** durch mehrere Revolverschüsse tödlich verletzt hatte und seitdem flüchtig war, kehrte nach einigen Tagen heimlich wieder an seine Dienststelle zurück. Als der Mörder entdeckt wurde und ein Entweichen nicht mehr möglich war, brachte sich Boos einen lebensgefährlichen Schuß in den Kopf bei, wodurch seine Überführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

An alle Ortsgruppen!

Für Monat November und Dezember können keine Anforderungen von Rednern mehr entgegengenommen werden. Die vorliegenden zahlreichen Gesuche können nur berücksichtigt werden, wenn sich verschiedene Ortsgruppen auch auf weniger bekannte Redner bescheiden.

*

Warnung vor Zuzug

Immer wieder kommen Volksgenossen aus allen Gegenden des Reiches und Deutschösterreichs nach München, um entweder Einstellung bei der Reichswehr oder unserer S.A. zu suchen.

Wir machen demgegenüber darauf aufmerksam, daß die Bestände der Reichswehr voll aufgefüllt sind, daher niemand mehr eingestellt werden kann; was unsere S.A. betrifft, so haben sich bei dieser nur solche Parteigenossen zu melden, die von uns nach München eigens gerufen werden.

*

Jugendbewegung Ortsgruppe München. Samstag, 6.15 Uhr abends, Wehramt. Alles erscheinen. Besprechung der Felddienstübung. — Sonntag, früh 9 Uhr, Jahnstr., Felddienstübung. Alles erscheinen.

*

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Berchtesgaden. Im großen Saal des **Hotels Krone** wird diesen Samstag, abends 8 Uhr, **Dietrich Eckart** seine Nachdichtung des weltberühmten Dramas „**Peer Gynt**“ von **Henrik Ibsen** unter allgemein verständlichen Erläuterungen zum Vortrag bringen. **Adolf Hitler** hat sein Erscheinen zugesagt. Eckarts Arbeit beherrscht seit Jahren die deutsche Bühne; so wurde sie z. B. vom **Berliner Staatstheater** unlängst bereits zum 500. Male aufgeführt. Das Werk, 1867 von Ibsen verfaßt, gibt merkwürdige Aufschlüsse über die Kämpfe und Leiden der Gegenwart. In allernächster Zeit soll der Vortrag in **München** wiederholt werden. Die hiesige Veranstaltung geht von der Ortsgruppe Berchtesgaden der N.S.D.A. aus, die sich seit etlichen Wochen überhaupt sehr rührig zeigt. Auf ihre Veranlassung sprach am 5. Nov. Dietrich Eckart bereits zum zweiten Male innerhalb der letzten zehn Tage in **Freilassing**, der marxistischen Hochburg des Oberlandes, diesmal in einer öffentlichen Versammlung. Eine ganze Anzahl führender Mitglieder der M.S.P. bzw. K.P.D. hatte sich dazu eingefunden. Nach der zweieinhalbstündigen Rede Eckarts, die sich mit allen großen Fragen, namentlich mit der Judenfrage, beschäftigte, erklärte Herr **Kulzer** von der M.S.P. freimütig, **daß er sie im großen ganzen durchaus unterschreiben könne**. Der Bann scheint gebrochen zu sein. Eine weitere Aussprache mit den „Gegnern“ wird im Laufe der nächsten Woche folgen, wozu sich Dietrich Eckart wiederum bereiterklärt hat. Die S.A. der Ortsgruppe ist unter der strammen Führung des Pg. **Selbedinger** in der schönsten Entwicklung begriffen. Ihr Erscheinen bei der jüngst stattgehabten Enthüllung des Kriegerdenkmals in der **Ramsau** wurde viel beachtet.

Ebingen. Am Samstag, den 27. Oktober, sprach Pg. **Stätter** aus Stuttgart in unserem Lokal zum Schiff vor etwa 150 Versammlungsbesuchern über das Thema: „Was wollen wir Nationalsozialisten.“ Seine Worte machten auf die Zuhörer den besten Eindruck. Als Diskussionsredner sprach ein Kommunist, der, ohne auf das Thema näher einzugehen, den Namen unserer Partei nach den Einzelworten zerpflückte und im übrigen die üblichen Verdächtigungen vorbrachte.

Parteigenosse!

Bist du schon Mitglied des Deutschen Kampfbundes? Wenn nicht, melde dich sofort beim

Stoßtrupp Hitler

Anmeldungen täglich 9—12 und 3—6 Uhr im Zigarrengeschäft Berchtold, München, Tal 54.

Versammlungen

Pfaffenhofen. Samstag, den 10. November, im Kramerbräu; Beginn 7½ Uhr abends.

Wolnzach. Sonntag, den 11. November, im Saltenbräu; Beginn 2 Uhr nachmittags.

Turnen und Sport

Bund der Lichtfreunde. Montag abends halb 8 Uhr Heimabend bei Seitz.

*

Menschliche und tierische Sportleistungen

Im Zeitalter des Sports ist es gewiß interessant festzustellen, wie es dem Menschen gelungen ist, in seinen sportlichen Leistungen vierfüßige Tiere und Vögel zu erreichen oder zu übertreffen. Es gibt allerdings keinen Renner, dem es gelänge, 100 Meter in 10 Sekunden zurückzulegen, das bedeutete eine Stundengeschwindigkeit von 36 Kilometern. Es gelingt hingegen einem Windhund leicht, eine Stundengeschwindigkeit von über 70 Kilometer, meist 72 Kilometer zu erreichen. Der Rekord im Dauerlauf wird in der Tierwelt vom Wolf aufgestellt, der leicht in einer Nacht 150 Kilometer zurücklegt; ein Kamel legt auch gut 25 Kilometer pro Stunde einen ganzen Tag lang zurück. Auch die Wildschweine, die in einer Nacht lange Strecken zurücklegen, gehören hierher. Was den Hochsprung anbelangt, so tritt der Mensch weit hinter der Antilope und der Gemse zurück; beide überspringen Hindernisse von 4 Meter Höhe und ein Jaguar erreicht im Sprung einen Zweig 5 Meter vom Boden. Wenn aber ein Flieger wie Sadi Lecointe jüngst mit dem Flugzeug 10 000 Meter und darüber in die Luft steigt, so trifft er dort auf keinerlei Tier mehr. Auch der Albatros, dem es bisher von allen Vögeln allein gelingt, den Ozean zu überfliegen, ohne vor Ermüdung in die See zu fallen, wird bald diesen Rekord mit dem Flugzeug teilen müssen.

Briefkasten

Tiemann, Dornbusch. Den Betrag vom 27. Oktober erhalten.

St. in Eger. Paket durch Lohr erhalten. Besten Dank. Schreck (Ob.-Kdo.).

Handel Finanz- und Wirtschaftspolitik

Beruhigungspillen

Das Reichskabinett gibt „Beschlüsse“ von sich, die, wenn man seinen Versicherungen glauben könnte, in kurzer Zeit aus der Währungskatastrophe eine bessere Zeit erstehen lassen wollte. Man höre und staune:

„Gestern hat das Reichskabinett die entscheidenden Beschlüsse in der Währungsfrage gefaßt. Das Kabinett hat davon abgesehen, schon jetzt einen festen Umrechnungskurs zwischen Papiermark, Goldanleihe oder Rentenmark festzusetzen. Dieser Kurs soll vielmehr erst in dem Augenblick festgesetzt werden, in dem die Rentenmark endgültig in Wirksamkeit tritt. Der Umrechnungskurs wird sich dann nach der in diesem Augenblick vorhandenen Geldlage und der Höhe der Papiermarkumlaufmittel richten.

Vorläufig hat die Regierung zur Erweiterung ihres Devisenfonds zwei grundlegende und außerordentlich einschneidende Maßnahmen beschlossen:

1. Es wird die Devisenabgabe auf Grund der Brotversorgungsabgabe noch ein zweites Mal erhoben werden.

2. Es wird durch den Export einer größeren Menge von Zucker der diesmaligen Ernte ein Devisenfonds beschafft, und zwar ist daran gedacht, nicht nur einen Tel aus dem gesamten Devisenertrag dieses Zuckerexports für das Reich nutzbar zu machen.

An reinen Währungsmaßnahmen sind folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Rentenmark wird auf alle Fälle, wenn keine Streiks die Druckherstellung stören, am 15. November praktisch in den Verkehr kommen.

Um die dann auf dem Markt befindlichen Papiermarksummen rascher aufsaugen zu können, hat sich die Reichsregierung entschlossen, zu der ersten Goldanleihe von 500 Millionen Goldmark und der zweiten, nur in ganz großen Stücken in diesen Tagen aufgelegten Goldanleihe von 300 Millionen Goldmark eine dritte Goldanleihe in Höhe von weiteren 300 Millionen Goldmark aufzulegen, die ebenfalls durch Steuern, und zwar durch eine besondere neue Steuerart gedeckt und getilgt werden soll.

Zu welchem Kurse die Papiermark gegen diese Goldanleihe eingewechselt werden wird, kann vor der Stillegung der Notenpresse selbstverständlich nicht mitgeteilt werden, doch wird der Kurs in dem Augenblick veröffentlicht werden, in dem die Notenpresse endgültig stillgelegt, das heißt, keine Schatzanweisungen für das Reich ohne entsprechende Deckung ausgegeben werden.

Zur Beurteilung der Frage der Rentenmarkausgabe und die dann auch von Reichs wegen durchgeführten Goldrechnungen im Reichshaushalt erfährt die „Telegraphen-Union“ noch folgendes:

Die Rentenbank wird unter anderem Scheidemünzen ausgeben, die schon jetzt zum großen Teil geprägt sind, und zwar ist dabei auf den Kopf der Bevölkerung eine Rentenmark Kleingeld gerechnet. Der Haushaltsplan des Reiches in Gold steht für das Jahr 1924 in seinen Hauptlinien fest. Ebenso sind für die Übergangszeit die notwendigen Dispositionen schon getroffen. Bei diesem Haushaltsplan wird jedenfalls eine äußerste Beschränkung der Ausgaben und eine Heranziehung aller nur möglichen Einnahmequellen stattfinden. Es kommt dabei dem Reich zugute, daß der Gründungsplan der Rentenmark Kredite für das Reich in größerem Umfange für die Übergangszeit vorsieht.“

Dazu muß erstens bemerkt werden, daß das Reich nach der Rentenbank verpflichtet ist, von dem Tag an, da die Rentenmark in den Verkehr kommt, die Notenpresse stillzulegen. Dazu macht die „Deutsche Zeitung“ folgende Randbemerkung:

„Nach der Verordnung über die Flüssigmachung von Mitteln im Wege der Anleihe und über Ausgabe von Schatzanweisungen vom 20. Oktober 1923 kann das Reich die ihm bewilligten Mittel zum Berliner Kurse vom Vortage der Bewilligung in Goldmark umrechnen und diese Goldmarkbeträge wieder in Papiermark zurückrechnen zum Berliner Dollarkurs des Tages, nach dem mit der Anfertigung der Schuldurkunden begonnen wird. In einfaches Deutsch übertragen: Die dem Reich zugebilligten Kredite werden wertbeständig gemacht, das Reich kann, bei steigenden Dollarkursen mehr Papiergeld in den Verkehr bringen, als die ihm zugestandene Summe beträgt.

Nach einer Verordnung vom 5. November wurden nachträglich alle bisher dem Reichsfinanzministerium schon gewährten Kredite ebenfalls „wertbeständig“ gemacht. Da zwischen dem Tag der Bewilligung dieser Kredite und dem Tage ihrer Flüssigmachung der Dollar stets gestiegen sein wird, bedeutet diese Verordnung praktisch die Ausgabe praktisch unbegrenzter Papiermarkmengen. Das wird dadurch verschärft, daß zurückgekaufte Reichsschatzanweisungen das Reich ermächtigen, Papiergeldmengen in den Verkehr zu bringen, die dem Geldwerte der eingelösten Schuldverschreibungen zu dem Tage ihrer Anfertigung entsprechen. Das Reich kann zum Beispiel so für 1 Billion Papiergeld, daß bei einem Dollarstande von 1 Milliarde angefertigt ist, bei einem Dollarstande von 420 Milliarden 420 Billionen Papiergeld ausgeben, wenn es die zuerst ausgegebene 1 Billion aus dem Verkehr zieht.

Wir verstehen tatsächlich nicht, wie die Bestimmung der Rentenbankverordnung, daß keine Papiermark mehr von dem Reich gedruckt wergelangt, und die Bekanntgabe der baldigen den soll, dann die Rentenmark zur Ausgabe Ausgabe von Rentenbank mit diesen oben dem Inhalte nach angegebenen Verordnungen in Einklang zu bringen ist.“

Zweitens soll nach obiger Meldung der Devisenfonds der Regierung abermals aufgefüllt werden. Man kann nur über den Optimismus der amtlichen Stellen staunen, mit dem man immer wieder versucht, ein Faß ohne Boden einzudecken.

Dazu kommt die Auflage einer dritten Goldanleihe, als ob diese ein anderes Schicksal erfahren würde als die erste und zweite.

Die Devisenabgabe soll dem Zweck dienen, die Einfuhr von Getreide und Fett, als des unentbehrlichen Lebensbedarfes, zu heben. Dazu zur Beschaffung von Getreide und Fetten zu noch eine amtliche Expektoration:

„Die Not des Volkes zwingt zu diesen Schritten, um durch die Ausfuhr die Devisen erlangen. Die für den Verbrauch an Mundzucker unerläßliche Menge bleibt im Inlande.

Beide Maßnahmen werden eine wesentliche Entlastung des Devisenmarktes herbeiführen. — Zur vorläufigen Festigung des Kurses der Papiermark und zur demnächstigen Herstellung eines festen Verhältnisses der Papiermark zu einem wertbeständigen Wert hat die Reichsregierung in Ergänzung ihrer bisherigen Entschließungen folgendes beschlossen:

Alle Vorbereitungen sind getroffen worden, damit die Rentenbank mit der Ausgabe der Rentenmark am 15. November beginnen kann. Von diesem Zeitpunkt ab wird der Bedarf des Reiches nicht mehr durch neue Herstellung von Papiermark gedeckt werden. Die Papiermarkinflation wird damit ihr Ende erreichen. Die dann feststehende Menge an Papiermark soll gegen Goldanleihe des Reiches eingetauscht werden können.“

Das klingt ja alles sehr gut, im übrigen wohl das Einzige, was man von amtlichen Auslassungen verlangen kann. Bis zur Festigung des Papiermarkkurses, wenn sie auf diesem Wege kommen soll, können wir uns unter einen Glassturz setzen und von Luft und Liebe leben.

Gegen die Repudiation der Papiermark

WTB. Berlin, 7. Nov. Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme der Reichsmark bei Inlandsgeschäften vom 7. November. Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches wird folgendes verordnet:

§ 1. Der Abschluß und die Erfüllung von Verträgen über die Lieferung von Waren oder die Bewirkung von Leistungen darf nicht verweigert werden, weil die Zahlung in Reichsmark erfolgt.

§ 2. Bei der Preisstellung in ausländischer Währung ist die Reichsmark zum letzten, amtlich in Berlin notierten Kurs der ausländischen Währung oder zum letzten, nach dem § 2 der Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmiteln und Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurs vom 22. Oktober (RGBl. S. 991) ermittelten oder errechneten Kurs der ausländischen Währung in Zahlung zu nehmen, und zwar zum Geld- oder Briefkurs oder dem dazwischen liegenden Kurse. Bei der Preisstellung in Goldmark gilt Abs. 1 entsprechend mit der Maßgabe, daß eine Goldmark nicht höher als $^{10}/_{42}$ nordamerikanische Dollars bewertet werden darf.

§ 3. Im Kleinhandelsverkehr ist die Preisstellung in ausländischer Währung verboten. Bei der Preisstellung in Goldmark im Kleinhandel darf der Berechnung des Reichsmarkbetrages kein höherer Dollarkurs zugrunde gelegt werden als der auf Grund der letzten amtlichen Berliner Kurse für die Auszahlung Neuyork errechnete Mittelkurs.

§ 4. Bei der Zahlung an öffentliche Kassen des Reiches oder der Länder für Forderungen, die auf Goldmark lauten, gilt als Goldmark der Gegenwert von $^{10}/_{42}$ eines nordamerikanischen Dollars. Für die Berechnung des Reichsmarkbetrages ist der letzte, auf Grund der amtlichen Berliner Kurse für die Auszahlung Neuyork errechnete Mittelkurs maßgebend, soweit nicht der Reichsminister der Finanzen eine abweichende Berechnung zuläßt.

§ 5. Geschäfte, die gegen die § 1—3 verstoßen, sind nichtig. Die Nichtigkeit kann nicht zum Nachteil von Personen geltend gemacht werden, die den die Nichtigket begründenden Sachverhalt beim Abschluß des Geschäftes nicht kannten.

§ 6. Wer den Vorschriften der § 1—3 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus und Geldstrafe. Zur Sicherung der Geldstrafe kann das Vermögen des Angeschuldigten ganz oder teilweise beschlagnahmt werden. Neben der Strafe kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht wird. Die Bekanntmachung kann auch durch öffentlichen Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des § 26, Abs. 3 und 4, der Preistreibereiverordnung vom 13. Juli (R.G.Bl. S. 709) gelten entsprechend.

§ 7. Die Bestimmungen finden keine Anwendung auf Geschäfte, bei welchen nach § 3, Abs. 1, der Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung vom 8. Mai, 29. Juni, 24. Juli, 24. August und 2. November (R.G.Bl. S. 275, 509, 748, 835 und 1072) Zahlung in ausländischer Währung gefordert werden darf.

§ 8. Die Reichsregierung erläßt die erforderlichen Durchführungsbestimmungen.

§ 9. Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Als Verkündung gilt auch die Verbreitung durch das Wolffsche Telegraphenbureau in Berlin und die Veröffentlichung in der Presse. Die Reichsregierung bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Der Reichswocheninder

Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 5. November, auf das 98,5milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (13,7milliardenfach) beträgt demnach 620,5 Prozent. Für den Durchschnitt des Monats Oktober berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 3657millionenfache gegenüber dem 15millionenfachen im Durchschnitt des Monats September. Die Steigerung beträgt somit 24 280 Proz. Die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt Oktober auf das 3205-, die Ernährungskosten allein auf das 4301millionenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

Großhandelsinder

Die auf den Stichtag des 6. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt in Papiermark bei einem amtlichen Dollarkurs von 420 Milliarden das 129milliardenfache der Friedenspreise und ist gegenüber dem Stand vom 30. Oktober um 591,2 Prozent gestiegen. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 gleich 100) hat sich in der gleichen Zeit von 120,5 auf 129 oder um 7,1 Prozent gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen Lebensmittel um 624,5 Prozent auf das 113,5milliardenfache, davon die Gruppe Getreide und Kartoffel um 704,5 Prozent auf das 99,7milliardenfache, die Industriestoffe um 550,8 Prozent auf das 157,8milliardenfache, davon die Gruppe Kohle und Eisen um 549 Prozent auf das 161,7milliardenfache, ferner die Einfuhrwaren um 560,6 Prozent auf das 155,8milliardenfache und die Inlandswaren um 599,3 Prozent auf das 123,8milliardenfache.

Im Monatsdurchschnitt des Oktober unter Berücksichtigung aller während des Monats getätigten Preisnotierungen hat sich das Niveau der Großhandelspreise in Papiermark um 29 525 Prozent auf das 7,1milliardenfache des Friedensstandes und in Goldmark (1913 gleich 100) von 101,7 im Durchschnitt des September auf 117,9 oder um 15,9 Prozent im Durchschnitt des Oktober gehoben. — Von den Hauptgruppen stiegen gleichzeitig Lebensmittel um 33 014 Prozent auf das 5,4milliardenfache (90,3 Gold), davon die Hauptgruppe Getreide und Kartoffel um 34 174 Prozent auf das 4,1milliardenfache (68,9 Gold), die Industriestoffe um 26 710 Prozent auf das 10,2milliardenfache (169,5 Gold), davon die Hauptgruppe Kohle und Eisen um 27 306 Prozent auf das 11milliardenfache (182,8 Gold); ferner die Einfuhrwaren um 28 443 Prozent auf das 9,3milliardenfache (153,8 Gold) und die Inlandswaren um 29 834 Prozent auf das 6,7milliardenfache (110,7 Gold).

Bayerischer Landeswocheninder

Der vom Bayerischen Statistischen Landesamt für amtliche und private Bedürfnisse errechnete Landeswochenindex der Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Kleidung) für das rechtsrheinische Bayern stellt sich am 5. November auf das 85 745millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (am 29. Oktober: 13 484 Millionen) beträgt somit 536 Prozent.

Wirtschaftsrundschau

Preismeßzahl für das rechtsrheinische Bayern. In Ausführung der Verordnung des Generalstaatskommissars vom 1. November 1923 betr. Grundsätze für die Berechnung der Preise in Festmark („Bayer. Staatsanzeiger“ 254) teilt die bayerische Landespreisstelle, die mit der Berechnung der Meßzahl beauftragt ist, mit, daß die Preismeßzahl am Donnerstag 150 Milliarden beträgt.

Einzahlungen auf Goldanleihe. Die Reichsbank hat sich entschlossen, die Valorisierung der Einzahlungen auf Goldanleihe zu fordern, soweit die Goldanleihestücke noch nicht begeben worden sind. Die Reichsbank beruft sich dabei auf die reichsgerichtliche Entscheidung vom 6. August, nach der die Aufwertung des selbst vereinbarten Gegenwertes für bestellte Waren usw. gefordert werden kann, auch wenn ein Verschulden einer Seite nicht vorliegt.

Londoner Goldpreis (zur Ausführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken) 92 Schilling 5 Pence für die Unze, demnach 35,6552 Pence für das Gramm Feingold.

Goldanleihekonten bei der Preußischen Staatsbank. Die Preußische Staatsbank (Seehandlung) eröffnet für ihre Kunden Reichsgoldanleihe-Dollarkonten. Als wesentlichste Punkte sind zu erwähnen, daß solche Konten durch Einzahlung von effektiver deutscher Reichsgoldanleihe im Betrage von mindestens 25 Dollars begründet werden. Ein Unterschied zwischen Netto- und Zinsscheinstücken der Goldanleihe wird weder bei der Einzahlung noch bei der Rückzahlung gemacht. Die Wahl der Stücke bei der Rückzahlung steht im freien Ermessen der Preußischen Staatsbank. Die Guthaben werden nicht verzinst. Kontoabschlüsse finden zum 30. Juni und 31. Dezember jedes Jahres statt. Die Umsätze unterliegen einer Provision von 1 pro Mille von der größeren Seite für jedes angefangene Kalenderhalbjahr. Über Guthaben kann durch Abhebungen, Zahlungsaufträge, Verkauf, Bar- und Verrechnungsschecks (nach den Vordrucken der Preußischen Staatsbank) sowie im Kundenkreise der Bank durch Kontoübertragung in Beträgen verfügt werden, die auf 10 Dollarcents abzurunden sind.

Das Banktrustsystem. Nach einer polnischen Meldung fand in Danzig eine Konferenz polnischer, deutscher und französischer Finanzleute statt, zwecks Gründung einer Bank, die sich mit der Gründung eines Industrieunternehmens in Polnisch-Oberschlesien beschäftigen wird.

Der Schröderkredit. Wegen der englischen Kohlenlieferung für die deutsche Eisenbahn fand in Hamburg eine Zusammenkunft mit Engländern statt, bei der deutscherseits der Reichsverband der deutschen Industrie, die deutsche Hochfinanz, das Kalisyndikat vertreten waren, das letztere, weil besonders die Kaliausfuhrdevisen zur Abdeckung des Kredits herangezogen werden sollen, wozu aber die Reichsbahn die Zustimmung anderer Stellen erst erwirken muß. Die Reichsbahn glaubt, neuerdings auf eine Kreditverlängerung der noch geschuldeten eine Million Pfund Sterling für Kohlenlieferungen verzichten und diesen Betrag aus erlangbaren Devisenmitteln fristgemäß tilgen zu können. Sie will als Verhandlungsobjekt für den von der Deutschen Verkehrskreditbank A.-G. in Berlin vermittelten Schröderkredit nur einen Betrag von drei Millionen Pfund Sterling zugrunde legen, und auch diese Summe wird nur als Vertragsmaximum betrachtet, weil die Zusammenziehung aller Garantien in solcher Höhe noch Zeit raubt und der Kredit jetzt als Revolving-Kredit aufgezogen werden soll. Der Kontrahent der Schröder-Gruppe soll nunmehr das Reich unmittelbar werden. Auch ist versichert worden, daß die Reichsbahn auf diese Weise selbständig direkt Käufe in Kohlen tätigen kann, d. h. sich von der Mitwirkung des Kohlenhandels freimacht und dadurch billiger auskommen könne.

Das kann ja gut werden . . .

Stinnes und kein Ende. Der Barmer Bankverein soll binnen kurzem zu Amsterdam eine Zweigniederlassung errichten, als deren Leiter Baron von der Heydt, der bis vor einigen Monaten Teilhaber der von der Heydt-Kerstens-Bank war, auftreten soll. Wie man weiß, ist der Barmer Bankverein ein Glied in dem großen deutschen Provinzbankentrust, wozu u. a. die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München (!) und die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig gehören. Die Aktienmehrheit des Barmer Bankvereins ist in den Händen von Hugo Stinnes.

Thyssen sperrt zu. Auf den Thyssenwerken ist folgende Bekanntmachung angeschlagen: „Die finanzielle Lage des Werkes hat sich derart katastrophal gestaltet, daß wir uns gezwungen sehen, ab 10. November sämtliche Betriebe, einschließlich der Büros, vollständig zu schließen. Alle Beamten und Arbeiter werden mit dem 11. November in die Erwerbslosenfürsorge überführt."

Staatskredite in Rußland. Der Rat für Arbeit und Verteidigung hat den großen Metall- und Maschinenbau Putilow-Werken in Petersburg (die in diesem Sommer infolge Mangels von Aufträgen stillgelegt werden sollten) einen Kredit von 2,2 Millionen Goldrubel gewährt. Die Summe soll dem Umsatzfonds der Werke am Anfang des Wirtschaftsjahres zugerechnet und am Ende abgezogen werden.

Bankkrach in Belgrad. Die Belgrader Vereinigte Bank stellte ihre Zahlungen ein. Über die Passiven dieser aus der jugoslawischen Handelsbank und der Belgrader Baubank gebildeten Bank liegen noch keine verläßlichen Angaben vor. Die Bankdirektion erklärt, daß die Bank infolge der eingetretenen Stagnation in der Bautätigkeit in Schwierigkeiten geraten sei. — Der Gläubigerausschuß der Balkanbank, die infolge von Spekulationen in Dollars ihre Zahlungen einstellen mußte, lehnte den von der Bank beantragten Ausgleich als ungenügend ab. Die Passiven der Bank betragen über 50 Millionen Dinars.

Die Währungsanarchie. Die J. D. Riedel Akt.-Gef in Berlin-Britz gibt auf Grund der ihr erteilten Genehmigung des Reichsfinanzministeriums wertbeständiges Notgeld in Gestalt von Scheinen zu je 42 Goldanleihepfennigen zum Zwecke der Löhnung ihrer Werksangehörigen aus. Diese Scheine werden von allen Depositenkassen der Deutschen Bank in Groß-Berlin ohne Abzug in bar eingelöst.

Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber. Der Bayerischen Handelsbank in München wurde die Genehmigung erteilt, 2326 Millionen M., 8—17prozentige verlosbare, seitens der Bank mit zweimonatlicher Frist kündbare, im Laufe von 70 Jahren rückzahlbare, jedoch vor dem 1. Juli 1928 nicht tilgbare Kommunalschuldverschreibungen auszugeben.

Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern beträgt am 8. 11. 150 Milliarden.

Goldumrechnungssatz für Steueraufwertung. Für die Zwecke der Goldumrechnung von Schulden aus der Zeit vor dem 1. September 1923 wurde der Goldumrechnungssatz auf 1 300 000 M. aufgerundet; er beträgt ferner für je 1 Goldmark in der Zeit: vom 1.—7. Sept. 1 290 000 Papiermark, vom 8.—14. Sept. 2 452 000 Papiermark, vom 15.—18. Sept. 13 900 000 Papiermark, vom 19.—21. Sept. 21 800 000 Papiermark, vom 22.—25. Sept. 33 600 000 Papiermark, vom 26.—28. Sept. 34 800 000 Papiermark, vom 29. Sept. bis 2. Okt. 31 900 000 Papiermark, vom 3.—5. Okt. 36 000 000 Papiermark, vom 6.—9. Okt. 66 900 000 Papiermark, vom 10.—12. Okt. 137 000 000 Papiermark, vom 13.—16. Okt. 243 000 000 Papiermark, vom 17.—19. Okt. 1 080 000 000 Papiermark, v. 20.—23. Okt. 936 000 000 Papiermark, am 24. Okt. 13,3 Milliarden, am 25. Okt. 15 Milliarden, am 26. Okt. 15 Milliarden, am 27. Okt. 15 Milliarden, am 28. Okt. 15 Milliarden, am 29. Okt. 15 Milliarden, am 30. Okt. 15 Milliarden, am 31. Okt. 15 Milliarden, am 1. Nov. 17 Milliarden Papiermark.

Multiplikator bei der Festmarkberechnung. Aus zahlreichen Anfragen bei der Bayerischen Landespreisstelle über die Meßzahl für die Festmarkberechnung nach der Anordnung des Generalstaatskommissars vom 1. November 1923 (Bayer. St.-Anz. Nr. 254 vom 2. 11. 23) geht hervor, daß in der Anwendung derselben noch manche Unklarheiten herrschen. Im Anschluß an bisherige Pressemeldungen sei daher erneut darauf hingewiesen, daß bis auf weiteres die Meßzahl jeweils errechnet wird, indem der amtliche Berliner Dollarmittelkurs durch 4,20 dividiert wird. Die neue Meßzahl gilt sofort nach Bekanntgabe des jeweils neuen Dollarmittelkurses, d. i. etwa 3 Uhr nachmittags. In diesem Zeitpunkt wird auch die Bayerische Landespreisstelle ihre Meßzahl der Presse übergeben.

Die Berechnung der Ortskrankenkassen- und Erwerbslosenfürsorgebeiträge hat dadurch eine wesentliche Änderung erfahren, daß in dieser Woche zum erstenmal der Vollverdienst des Arbeitnehmers als versicherungspflichtiger Grundlohn anzusehen ist, und hiervon für Krankenversicherung 10 Prozent, für Erwerbslosenfürsorge 2 Prozent an die Ortskrankenkasse einzuzahlen sind. Die für alle Lohnberechnungen maßgebenden Bekanntmachungen sind auch für die nächste Woche in der soeben beim Verlag Pößenbacher, Herzogspitalstraße 19, erschienenen Lohnabzugstabelle enthalten. Die Beiträge für die Angestellten- und Invalidenversicherung sind gegenüber der Vorwoche verzwanzigfacht. Die Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung erfolgt ab 5. November nach völlig neuen Richtlinien, die gleichfalls in dieser Tabelle veröffentlicht sind.

Maßnahmen der Reichsbank. Wie die „D. A. Ztg." erfährt, hat sich die Reichsbank entschlossen, die Valorisierung der Einzahlungen auf Goldanleihe zu fordern, soweit die Goldanleihestücke noch nicht begeben worden sind. Die Reichsbank beruft sich dabei auf die reichsgerichtliche Entscheidung vom 6. August, nach der die Aufwertung des selbstvereinbarten Gegenwertes für bestellte Waren usw. gefordert werden kann, auch wenn ein Verschulden einer Seite nicht vorliegt.

Wertbeständiges Notgeld der Bayerischen Vereinsbank. Die Bayerische Vereinsbank ist mit der bayerischen Staatsregierung wegen der Ausgabe von wertbeständigem Notgeld in Verbindung getreten. Auf Grund dieser Verhandlungen wird die Bank nach Maßgabe der Bestimmungen der Reichsregierung wertbeständiges Notgeld ausgeben, sofern sich eine genügende Anzahl von Interessenten in Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zur Abnahme verpflichtet. Das Notgeld lautet auf Teilbeträge der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) und wird gegen Einlieferung des entsprechenden Betrages dieser Anleihe ausgehändigt. Interessenten erhalten Aufschluß durch die Bank.

Zur Frage des Währungsproblems hat im Rahmen der letzten Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde der Pfalz die Handelskammer Ludwigshafen ein Gutachten vorgelegt, das die Notwendigkeit einer Änderung des Währungssystems für die Pfalz verneint, jedoch zugibt, daß die Papiermark in zunehmendem Maße als Zahlungsmittel ungeeignet geworden und ein Ersatz ernstlich in Betracht zu ziehen sei. Als einzig mögliches Besserungsmittel verweist es auf die systematische Förderung der Verwendung von fremden Valuten als Zahlungsmittel. Es sei im besetzten Gebiet tatsächlich ein Zustand eingetreten, den die Wissenschaft mit dem Ausdruck „bunte Währung" bezeichnet, da Dollar, Pfund, Gulden und Franken im Lande umlaufen und wichtige Funktionen als Zahlungsmittel erfüllen. Das Gutachten kommt zu dem Schluß, daß für die Pfalz eine Änderung des Währungssystems, eine Zurücksetzung in den Zustand neuer Verwirrung sei, daß aber die Förderung des Umlaufes fremder Valuten, die bankmäßige Deckung besitzen, nur zu begrüßen sei.

Die schwedische Reichsbank erhöhte den Diskont um 1 Prozent auf 5½ Prozent.

Gesellschaften

München. Am 6. November d. J. wurde in München die Bayerische Kohlenhandelsbank Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von nominal 500 000 000 Mark gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Finanzierung des Einkaufs und der Bewegung von Brennstoffen aller Art im Inlande und der Einfuhr aus dem Auslande, ferner die Vereinfachung des Geldverkehrs zwischen Kohlengroßhändler und den Zechen. Beabsichtigt ist die Ausgabe einer wertbeständigen Kohlenanleihe, für die die Grundlage bereits geschaffen ist.

Gründer sind: 1. Brennstoffvertriebsgesellschaft m. b. H., München; 2. M. Rast & Sohn G. m. b. H., München; 3. Münchener Lagerhaus Ostbahnhof & Co. Flüggen Kohlenhansa G. m. b. H., München; 4. Bronberger & Keßler, München; 5. Gustav Schneider, München; 6. W. Steigenberger, München; 7. J. Welz Nachf. München, offene Handelsgesellschaft; 8. Holz- und Kohlenverein e. G. m. b. H., München; 9. C. Schmid & Co., Nürnberg; 10. Bayerisches Kohlenkontor G. m. b. H., Nürnberg; 11. Klein & Küchle, Augsburg; 12. Karl Teufel, Nürnberg; 13. M. A. Mayer, Bamberg; 14. Valentin Schultheiß, Kulmbach; 15. J. C. Neckermann, Würzburg; 16. J. Senkel Nachf., Nürnberg.

Den Aufsichtsrat bilden: 1. Geh. Justizrat Dr. Karl Schad, München; 2. Ingenieur Rast, München; 3. Dr. Karl Ständt, Mitglied des Reichskohlenrates, Nürnberg; 4. Direktor Schwarzmaier, Kohlengroßhändler, München; 5. Joseph Gstattter, Kohlengroßhändler, Augsburg; 6. Valentin Schultheiß, Kohlengroßhändler, Kulmbach; 7. J. C. Neckermann, Kohlengroßhändler, Würzburg; 8. Isidor Mayer, Kohlengroßhändler, Bamberg; 9. Direktor Heinrich Heitzer, Nürnberg; 10. Grillmaier, Kohlengroßhändler, München; 11. Kverper, Kohlengroßhändler, Nürnberg; 12. Kohlengroßhändler und Handelsrichter Karl Flüggen, München; 13. Heinrich Keßler, Kohlengroßhändler, München; 14. Syndikus Dr. Semmelmann, München. Zum Vorstand sind bestellt: Direktor Albert Wischek, München, Direktor Karl Wachter, München. Es ist beabsichtigt, das Kapital sofort um weitere 500 Millionen Mark zu erhöhen, um den bayerischen Kohlengroßhändlerzechen und Kohlenhandelsgesellschaften, die bei der Gründung nicht beteiligt waren, Gelegenheit zur Interessennahme zu geben. Diesen Interessenten wird eine bestimmte Menge Aktien zu den gleichen Bedingungen wie den Gründern abgegeben. Das Gesellschaftslokal befindet sich München, Luisenstraße 11.

Berlin. Unter der Firma Gold-Kredit-Akt.-Gef. ist eine Gesellschaft gegründet worden mit einem Aktienkapital von 2 010 000 000 M., die den Zweck verfolgt, im volkswirtschaftlichen Interesse Geschäfte in Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen zu fördern und zu finanzieren, sowie Treuhandgeschäfte jeder Art für den Handel mit diesen Gegenständen und für die damit verbundenen Industrien und verwandten Zwecke zu übernehmen. Zweck des Unternehmens ist auch, den Goldankauf in geregelte Bahnen zu leiten und Goldschmieden und Juwelieren Kredite zu gewähren.

Hamburg. Unter dem Namen **Hamburgische Bank** von 1923 wurde heute in der Hamburger Handelskammer unter Beteiligung der Hamburger Banken und Bankiers, der Schiffahrt, Industrie, der Kaufmannschaft und Versicherungsgesellschaften, die Errichtung einer neuen Bank beschlossen, die sich die Aufgabe stellte, den Zahlungsverkehr zu erleichtern, insbesondere durch Errichtung von Goldmarkkonten. Die Bank soll berechtigt sein, alle in Verbindung mit der Errichtung von Goldmarkkonten stehenden Geschäfte zu tätigen. Die erste Aufgabe, die die Bank übernimmt, ist die Förderung des Goldmarkgiroverkehrs. Aus technischen Gründen wird die Bank anfangs nur mit den Banken und Bankiers arbeiten können. Eine Erweiterung des Kreises der Konten für Nichtbankiers ist beabsichtigt. Die Kaufmannschaft und Industrie werden durch Banken und Bankiers Goldmarkgirokonten eröffnen können, indem die Banken und Bankiers eine Rückdeckung bei der Hamburgischen Bank von 1923 nehmen. Verfügungen gegen das Goldmarkkonto können im Wege der Überweisung an ein anderes Goldmarkkonto erfolgen. Außerdem ist die Bank befugt, als zeitweiligen Notbehelf gegen eingelieferte Devisen Gutscheine in Goldmark in Teilabschnitten auszugeben. Die Einzelheiten über diese Gutscheine sind noch in Ausarbeitung begriffen. Das Aktienkapital der Bank beträgt mindestens 5 Billionen Papiermark; außerdem ist ein unkündbarer Garantiefonds in Höhe von mindestens 5 Millionen Goldmark bereitgestellt, auf den bei Gründung sogleich 25 Prozent eingezahlt werden. Soweit die Bank gegen die bei ihr eingelieferten Devisen Gutscheine ausgibt, handelt es sich lediglich darum, den bis zum Erscheinen des neuen vom Reiche zu erwartenden Zahlungsmittels bestehenden Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln durch das Hilfsmittel des Gutscheines wenigstens teilweise zu mildern.

Preisbewegung

In Abänderung der unter dem 13. und 18. Oktober veröffentlichten Brennstoffverkaufspreise werden u. a. die Preise des Kohlensyndikats für das rechtsrheinische Bayern mit Wirkung ab 22. Oktober wie folgt festgesetzt: Braunkohlen aus Schwandorf: Förderkohle 4,65 (anstatt 5,72), Briketts 14,65 (16,17), Nußbriketts (15,38 (17,90), Brikettspäne 10,60 (11,18), Klarteichkohle 5,64 (5,59); Braunkohlen aus Schmidgaden—Schwarzenfeld: Förderkohle 4,65 (anstatt 5,97), Siebkohle 5,64 (—), Briketts 14,98 (17,90), alles in Goldmark je Tonne.

Warenmarkt

München, 8. Nov. (Münchener Produktenbörse v. 7. 11.) In Goldmark, zahlbar in Papiermark. Ab südbayerischen Verladestationen wurden nachstehende Großhandelseinkaufspreise je nach Qualität und Frachtlage der Abgangsstation je Zentner in Mark (Gold) waggonweise festgesetzt, wobei die Erzeugerpreise gegenüber nachstehenden Preisen um die Vergütung an den Aufkäufer, die Umsatzsteuer, Bankprovisionen und Zinsen, Lagerhausspesen, teilweise Fuhrlohn, Zwischenfrachten, Gewichtsverluste, Spesen, Frachten und Abnutzung des Sackmaterials, Nutzen- und Risikoprämie des Provinzhändlers bzw. der Filiallagerhäuser der Genossenschaften niedriger sein müssen: Roggen 8,70—9, Weizen 8,85—9,10, Gerste 8—8,60, Hafer 7,25—7,60, Kleie ohne Sack 3,10—3,50, Rauhfutter: Heu gut, gesund, trocken 2—2,15, Heu gesund, trocken 1,80—2, Stroh gebündelt 1,70 bis 1,80. Multiplikator 150 290 000 000 Papiermark. Von den Mühlen wurden nachstehende Mehlpreise je 100 Kilo in Milliarden übermittelt: bayerische Mehle brutto ohne Sack Weizenmehl 70proz. 5900, Roggenmehl 80proz. 5200, Weizenbrotmehl Nr. 4 3000, Weizenfuttermehl Nr. 6 1400. Sämtliche Preise für bayerische Mehle gelten nur als Richtpreise. Außerbayerische Mehle ohne festes Angebot. Als Richtpreise werden je nach Qualität genannt: norddeutsche und rheinische Weizenmehle 5800—6100.

München, 8. Nov. (Fleischmarktbericht.) Auf dem Münchener Fleischgroßmarkt am Donnerstag, den 8. November, macht sich die infolge Einführung wertbeständiger Kredite bereits schon seit einiger Zeit in den Vordergrund getretene Kreditnot eines großen Teiles der Metzger stärker bemerkbar, als es bisher auch nur annähernd der Fall war. Der ganz geringe Vorrat von 200 Rindervierteln Frischfleisch und 31 Rindervierteln Gefrierfleisch aus Argentinien war nicht nur vollständig ausreichend, sondern es blieben sogar noch Restbestände. Auch auf dem Fleischmarkte wurde heute zum ersten Male nach Goldwährung gehandelt, und ist die Meßzahl wegen des gestrigen neuerlichen Marksturzes von 100 auf 150 Milliarden gestiegen. Die Grundpreise bewegten sich beim Frischfleisch, das wieder in allen Qualitäten vorhanden war, zwischen 60—120, beim Gefrierfleisch, das zwar wieder von nur erstklassigen Mastochsen, jedoch von schon längere Zeit zurückliegenden Schlachtungen stammte, zwischen 60 und 75 Goldpfennigen je Pfund. In Papiermark umgerechnet, betrugen also heute die Preise für Frischfleisch 90—180, für Gefrierfleisch 90—136 Milliarden Mark je Pfund.

Berlin, 8. Nov. (Produktenbericht.) Bei der Verwirrung, die infolge der verschiedenen täglichen Verordnungen in bezug auf die weitere Währungsentwicklung herrscht, hielt sich das Geschäft am Produktenmarkt wieder in sehr engen Grenzen, zumal auch das Angebot recht knapp bleibt. Die Unternehmungslust ist allgemein so gering, daß in den meisten Artikeln das Angebot die Kauflust noch überwog und die Preise teilweise noch weiter abbröckelten. Dies gilt besonders für Brotgetreide, Gerste und Hafer, die alle schwer verkäuflich waren.

Berlin, 8. Nov. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen, Märkischer 182—184; Roggen, Märkischer 172—174; Gerste, Sommergerste, Märkische 160—164; Hafer, Märkischer 147 bis 151; Weizenmehl 30—32,50; Roggenmehl 29—32,5; Viktoriaerbsen 43—52; Kleine Speiseerbsen 33—36.

Kurse

Berlin, 8. Nov. (Devisenbericht.) Da vom Ausland höhere Markkurse vorlagen und die Nachfrage nach Devisen etwas nachgelassen hat, gelang es der Reichsbank die Devisenpreise bei unveränderter Zuteilung auf dem gestrigen Stand zu halten. Für Effekten überwog das Angebot, so daß nach allgemeiner Ansicht für morgen mit einem schwachen Verlauf der Börse zu rechnen ist, zumal auch die Geldversteifung bei Sätzen von 17—20 Prozent anhält.

Der Dollar

628 425 G 631 575 B

Zürich, 8. Nov. (Devisenkurse; ohne Gewähr.) Holland 217,50 Berlin 2½ Centimes pro Milliarde, Wien 0,0079½, Prag 16,45, Paris 32,20, London 25,08, Italien 24,92½, Brüssel 27,75, Budapest 0,0305, Neuyork 5,64, Agram 6,45, Warschau unnotiert, Kopenhagen 96,50 Stockholm 148,00, Christiania 83,00, Madrid 74,75, Buenos Aires 179,00, Sofia 5,17½.

Berlin, den 8. November 1923. Devisen-Kurse.

	8. 11. Geld	r%	8. 11. Brief	7. 11. vor. Geldk.	r%
Amstd.-Rd. 1 Fl.	243,390	2	244,610	243,390	2
Buen. Air. 1 Pes.	197,505	2	198,495	197,505	2
Christiania 1 Kr. .	93,765	2	94,235	93,765	2
Kopenhagen 1 Kr.	107,730	2	108,270	107,730	2
Stockholm 1 Kr. .	165 585	2	166,415	165,585	2
Helsingf. 1 f. M.	16,957	2	17,043	16,957	2
Italien 1 Lira . .	27 930	2	28,070	27,930	2
London 1 Pfd. St.	2,793,000	2	2,807,000	2,793,000	2
New-York 1 Dollar	628,425	2	631,575	628,425	2
Schweiz 1 Frcs. .	111,720	2	112,280	111,720	2
Spanien 1 Pes. .	83 790	2	84,210	83,790	2
Japan 1 Yen . .	305,235	2	306 765	305,235	2
Rio 1 Milreis . .	55,860	2	56,140	55,860	2
Wien 1 Kr. . .	*8,977	2	9,023	8.977	2
Prag 1 Kr.	18,354	2	18,446	18,354	2
Agram 1 Dinar .	7,381	2	7,419	7,381	2
Budapest 1 Kr. .	*33,915	2	34,085	35,915	2
Sofia 1 Leva . .	5,785	2	5,815	5,785	5

Berlin, den 7. November 1923. Noten.

	8. 11. Geld	r%	8. 11. Brief	7. 11. vor. Geldk.	r%
Amerikan. Noten .	628,425	1	631,575	826,425	1
Englische „ .	2,793,000	2	2,807,000	2,793,000	2
Italienische „ .	27,930	5	28,070	27,930	5
Rumänische „ .	4,489		4,511	4,489	
Schweizer „ .	111,720	8	112,280	111,720	8
Türkische „ .	—		—	—	
Tschechische „ .	18,354	5	18,446	18,354	5
Kleine Tschechen	18,354	5	18,446	18,354	5
Österreich. abgest.	*8,978	5	9,022	8,978	5
„ neue 100er	—		—	—	
Polnische Noten .	370,000		—	370,000	
Holländische „ .	243,390		244,610	243,390	
Ungarische „ .	*33,915		34,085	33,915	

* Alle Devisen in Millionen Mark, mit Ausnahme von Wien und Budapest.

Indexzahlen

Goldmark 7. Nov.: 150 000 000 000 P.-M.
Goldsteuerf. 8. Nov.: 150 000 000 000
Großhand.-Index 6. Nov. = 129 000 000 000fach
Lebenshalt.-Index 5. Nov. = 98 500 000 000fach
do. (bayer.) = 85 745 000 000fach
Güterverk.-Index ab 1. Nov.: in Goldmark
Pers.-Vk.-Index ab 1. Nov.: in Goldmark
Fernbriefp. ab 5. Nov.: 1 000 000 000
Buchhdlschlz. 7. Nov. = 161 000 000 000 (o. G.)
Anzeigenschlz. ab 6. Nov.: 130 000 000
Arzneitaxe ab 5. Nov.: 137 000 000

*

Der Privatkapitalismus in Rußland

Nach amtlichem Material betätigt sich das Privatkapital, das bisher überwiegend in der Kleinindustrie zur Geltung kam, in steigendem Maße in der mittleren und der Großindustrie. Von April bis September erfolgten in der Kleinindustrie 6936 Registrationen, vergleichsweise bedeutend weniger als in der gleichen Zeit 1922. Viel bedeutender als in der Kleinindustrie sind schon jetzt Unternehmungen mittleren Charakters der Privatindustrie mit einer Arbeiterzahl bis 1000. Die Betriebe dieses Charakters haben sich vergleichsweise im 1. Vierteljahr 1923 gegenüber dem letzten Halbjahr 1922 mehr als verdoppelt. Der gegenwärtige Stand der Verteilung des Privat- und staatlichen Kapitals ist so, daß in der Kleinindustrie 80 v. H. der Unternehmungen in privater Hand sind, in der mittleren und Großindustrie dagegen 24 v. H. Die Kooperativunternehmungen in der Großindustrie erreichen nur 3,4 v. H. und entwickeln sich bedeutend langsamer trotz der Befreiung von verschiedenen Handelssteuern, als die Privatindustrie.

Das ist also die Quintessenz des staatskapitalistischen Sowjetsystems.

*

Literatur

Heinz Richter: Die Sozialpolitik als Voraussetzung einer nationalen äußeren und inneren Freiheit. Im nationalsozialistischen Verlag Salzburg, Getreideg. 3, veröffentlicht Heinz Richter einen Vortrag, den er auf dem 3. Steirischen Angestelltentag in Graz hielt. Innerhalb der Schriftenreihe des D.H.O. bedeutet die Broschüre Richters einen wertvollen Beitrag zur Lösung des sozialen Problems auf nationaler Grundlage. Die bündige Absage an den Marxismus, Vertiefung der Sozialpolitik durch Verdrängung des Materialismus erfahren im Raume weniger Druckseiten, eine selten logische und folgerichtige Klarstellung.

Dr. B.

Schiffsnachrichten der Hamburg-Amerika-Linie.

Nordamerika:

„Bayern", 26. 10. in Neuyork; „Brasilia", 2. 11. Cuxhaven pass.; „Cleveland", 1. 11. in Neuyork; „Monticello", 8. 10. in Boston; „Reliance", 31. 10. ab Southampton; „Westphalia", 30. 10. Bishop Rock pass.; „Emden", 30. 10. ab Norfolk n. Hamburg; „Hansa", 1. 11. ab Neuyork; „Resolute", 30. 10. in Neuyork; „Mount Clay", 1. 11. Cuxhaven pass.; „Thuringia", 15. 10. in Neuyork.

Westküste Nordamerika:

„Sachsen", 2. 11. Vlissingen pass.; „Hessen", 31. 10. ab San Francisco.

Cuba—Mexiko:

„Toledo", 25. 10. ab La Coruna; „Westerwald", 31. 10. ab Cienfuegos; „Holsatia", 24. 10. ab Havanna.

Westindien:

„Adalia", 24. 10. ab Puerto Colombia; „Amassia", 22. 10. ab Puerto Plata.

Südamerika:

„Altmark", 23. 10. ab Santos; „Frankenwald", 24. 10. in Buenos Aires; „Galicia", 25. 10. in Buenos Aires; „Steigerwald", 22. 10. ab Oporto; „Baden", 20. 10. ab Montevideo; „Niederwald", 30. 10. ab Teneriffa; „Rugia", 11. 7. in Rio Plata; „Württemberg", 23. 10. ab Vigo.

Ostasien:

„Ermland", 2. 11. ab Hongkong; „Preußen", 31. 10. ab Suez; „Havelland", 31. 10. in Dalny; „Oldenburg", 25. 10. ab Singapore.

Afrika:

„Feodosia", 29. 10. ab Las Palmas; „Tanganjika", 31. 10. in Lourenco.

Mitgeteilt durch die Hamburg-Amerika-Linie, Hauptvertretung für Bayern, München, Theatinerstr. 38.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Nagl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Theater-Spielplan

National-Theater
Freitag, 9. Nov., abends 7 Uhr: Die verkaufte Braut.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Salome.

Residenz-Theater
Freitag, 9. Nov., abends 7.30 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Die Fahrt nach Orplid.

Prinzregenten-Theater
Freitag, 9. Nov., abends 7 Uhr: Altheidelberg.
Samstag, 10. Nov., abends 7 Uhr: Das Konzert.

Theater a. Gärtnerplatz
Freitag, 9. November, abends 7.30 Uhr: Die Siegerin
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Katja die Tänzerin.

Münchner Schauspielhaus
Freitag, 9. Nov., abends 7.30 Uhr: Pflicht.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Des Esels Schatten.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Freitag, 9. Nov., abends 7.30 Uhr: Die Faschingsfee.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Zum erstenmal: Süße [illegible]

Volks-Theater
Freitag, 9. November, abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Samstag, 10. Nov., abends 7.30 Uhr: Im weißen Rößl.

Münchner Theater (Blumensäle)
Täglich abends 7.30 Uhr: Der Tatzelwurm.

Schreibmaschinen
verschied. erstklassige Systeme neu und gebraucht
Büromöbel Bürobedarf
ANKAUF
gebrauchter Schreibmaschinen und Typendrucker usw.
Übernahme von Schreibmaschinen-Reparaturen in und außer Haus
Bayer. Bürobedarfs-G.m.b.H.
Fraunhoferstr. 32 · Telephon 26952

Hakenkreuze
Wikingerschiffe, Totenköpfe usw. aller Größen und Ausführungen sowie sämtliche Militäreffekten und Ausrüstungsgegenstände liefert stets preiswert in nur bester Qualitätsware
Ernst Mammitzsch
Eilenburg
Rimkartstr. 9 u. 28. Bezirk Halle a. d. S.

Abzeichen
4 Nadeln 7 mm **nur** 1,05 Goldmark
10 Nadeln 9 mm **nur** 1,05 Goldmark
3 Nadeln 8 mm **nur** 1,05 Goldmark
3 Nadeln 8 mm, rund, Emaille, rot, blau, schwarz **nur** 1,05 Goldmark
Einsendung des Betrages in wertbeständigen Geldscheinen durch Brief. Zusendung erfolgt dann portofrei. Preisliste, illustriert, gegen Rückporto.
Versandhaus Strumpf
Berlin NW 5, Salzwedeler Straße 3

„DIE SCHÖNHEIT"
Monatsschrift für Kunst und Leben
Führende Zeitschrift für Aktbildkunst

Heft 10 soeben erschienen
VERLAG DER SCHÖNHEIT
DRESDEN-A. 24
Münchner Schönheitsheim: Türkenstraße 96

Demnächst erscheint:
„Ein Jahr Fascistenherrschaft in Italien"
Von A. Drexler.
Grundpreis etwa M. 0,40
Vorausbestellungen nimmt die
Deutschvölkische Buchhandlung
München · Thierschstraße 15
entgegen.

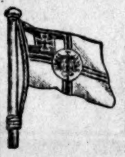
HÜLSENFRÜCHTE
Ladungen, auch kleine Posten
Erbsen · Linsen · Bohnen
Lagerware, preiswert abzugeb.
C. HOEPFNER
MÜNCHEN, BAYERSTRASSE 5/II
STUTTGART, SEESTRASSE 108

Ankauf
von
Brillanten
Gold
Silber
Platin
zu höchsten Preisen.
ARTHUR STRAUSS
2 Dachauer Straße 2
Laden
Rein christliches Unternehmen

Höchsten Tagespreis
für
alte Gebisse
Gold und Silber
in jeder Form zahlt
Ehm, Morassistraße 2, Laden
Ecke Zweibrückenstraße

Jedermann freut sich
wenn er seine getragenen Schuhe, Stiefel, Herren- und Militär-Kleider gut verkauft — wo?
bei **Melusin**, Schuhmachermeister
München, Westenrieder Str. 4

EIS- Spar-Kühlanlagen
3 deutsche Reichspatente
kühlen 2 Jahre
mit einer Eisfüllung
Prima Referenzen! Volle Garantie
Ingenieur **Hugo Hacker**
Wolfratshausen (Isartal)


Seidene Fahrradfähnchen
in all. Farbstellungen, auch solche der
Nationalsozialist. Deutsch. Arbeiterpartei
empfiehlt **Fahnenfabrik**
Robert Träger, Pirna i. Sachsen
Sachsens größtes Spezialhaus aller Vereinsbedarfs

Emil Maurice
Uhrmacher
repariert Uhren auch außer Haus
Rumfordstr. 5/IV

Die führende
polit. Wochenschrift ist das
„Heimatland"
Auf nationaler und völkischer Grundlage führt das „Heimatland" einen zielbewußten Befreiungskrieg gegen alle äußeren und inneren Feinde des deutschen Volkes.
Schriftleitung und Verlag,
München, Sendlingertorplatz 1, Fernruf 54190, Postscheckkonto München 33747.
Bestellungen nimmt der Verlag sowie alle Postanstalten des Reiches jederzeit entgegen.

Bekanntmachung

Als Prozeßbevollmächtigter des Herrn Stadtamtmanns Dr. Frank (Augsburg) gebe ich bekannt, daß die von meinem Herrn Auftraggeber erhobenen Beleidigungsklagen gegen Studienrat Dr. Otto Dickel, Ingenieur Alexander Rennert, Eisendreher Karl Böhrer und Schriftleiter Karl Breul, sämtliche in Augsburg, durch folgenden

Vergleich

am 17. Oktober 1923 vor dem Amtsgericht Augsburg erledigt wurden.

I. Die Privatklagesachen Dr. Frank gegen Dr. Dickel, Rennert und Böhrer, AVZ. B 35/236/23 und Dr. Frank gegen Breul AVZ. B 2255/23 werden verbunden.

II. Die Privatbeklagten erklären, sie haben sich auf Grund der Beweiserhebung vom 17. Oktober 1923 überzeugt, daß die von ihnen über den Privatkläger wiederholt öffentlich aufgestellten Behauptungen, welche den Kläger in seiner Ehre als Mann, Beamten und politischen Führer herabzusetzen geeignet waren, jeglicher Begründung entbehren.

Insbesondere erklärt der Privatbeklagte Breul, als Schriftleiter der Zeitschrift „Deutscher Wille", daß die Behauptungen, als ob der Privatkläger ihm anvertraute Gelder der Werkgemeinde unterschlagen, ehewidrige Beziehungen unterhalten, seine Amtsstellung als Leiter der Preisprüfungsstelle beim Stadtrat Augsburg mißbraucht und einen Meineid geleistet habe, unwahr sind.

Die Privatbeklagten bedauern, die beleidigenden Vorwürfe erhoben zu haben.

III. Der Privatkläger erklärt, daß er dem Privatbeklagten Dr. Dickel den Vorwurf, er sei Freimaurer und von den Juden bestochen, nie gemacht hat und einen solchen Vorwurf auch nicht erheben kann und will.

IV. Der Privatbeklagte Breul erklärt, daß Dr. Dickel den Artikel im „Deutscher Wille" vom 26. Juli 1923 „Der Nationalsozialismus im Werktagsgewand" nicht verfaßt und auch nicht unmittelbar oder mittelbar veranlaßt hat.

V. Durch diesen Vergleich sind alle Beleidigungen zwischen den Streitsteilen bis auf den heutigen Tag ausgeglichen.

VI. Die Beklagten ermächtigen den Anwalt des Privatklägers, auf ihre Kosten diesen Vergleich im „Völkischen Beobachter" in der üblichen Form zu veröffentlichen. Der Beklagte Breul hat die Veröffentlichung des Vergleichs auf seine Kosten auch in der „Schwäbischen Volkszeitung" in der üblichen Form zu gestatten und im „Deutscher Wille" an hervorragender Stelle, wie den Artikel vom 26. Juli 1923, bekanntzugeben.

VII. Die Privatbeklagten tragen samtverbindlich die Kosten des Verfahrens.

VIII. Privatklagen, Widerklage und Strafanträge werden zurückgenommen.

Augsburg, den 2. November 1923.

Dr. Scherer, Rechtsanwalt.

Stellenmarkt

Deutschvölkische, gebildete, alleinstehende Dame
tüchtige Geschäftsfrau, selbständig in Küche und Haus, kinderliebend, welche durch die nat. Gesinnung aus Sachsen flüchten mußte, **sucht für sofort Stellung als Hausdame.**
Gefl. Zuschriften unter 1707 an die Anz.-Abteilung dieses Blattes erbeten.

2 junge Kaufleute
erfahren in Buchhaltung, Expedition und im Verkaufsfach, **suchen für 1. Jan. 24 oder später Stellung.**
Zuschriften erbeten unter 1715 an die Anz.-Abteilung des Blattes.

Verschiedenes

Für junges ruhiges Ehepaar
möbliertes Zimmer
gesucht.
Bezahlung in wertbeständigem Gelde. Anträge umgehend an
Dr. JAHN
Kaulbachstr. 60 a/I. Tel. 37371.

KAUFE zur Auswechslung eines Landhauses verschiedene
Bau- und Installations-Artikel, sowie **Heizkörper** u. eine **Entstaubungsanlage.**
Schriftliche Angebote mit Preis an R. von Rabenau, Wendelstraße 8.

WIEDER VORRÄTIG:
Fichte:
Reden an die deutsche Nation
Halbleinband M. 1,50
Versand unter Nachnahme
DEUTSCHVÖLKISCHE BUCHHANDLUNG
MÜNCHEN THIERSCHSTRASSE 15

Verlangt unsere Tageszeitung auf Bahnhöfen und im Straßenhandel!